UNSER EU-WAHL-PROGRAMM WEIL UNS DIE AM HERZEN LIEGT DIE GRÜNEN

GRUENE.AT

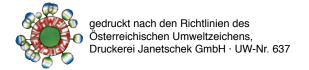


Medieninhaberin: Die Grünen - Die Grüne Alternative, Bundespartei

Mariahilfer Straße 37-39, 1060 Wien

Hersteller: Druckerei Janetschek, 3860 Heidenreichstein

Coverfoto: Adobe Stock Grafik: vonhollenstein.at Wien 2024





INHALT

Vorwort KLIMA BRAUCHT HERZ	6
Saubere, sichere und leistbare Energie	10
Eine Wirtschaft, die an morgen denkt	14
Besser unterwegs in ganz Europa	17
Mehr Natur, die uns schützt	21
Eine gesunde Landwirtschaft für ein gesundes Leben	25
Ein gutes Leben für Mensch und Tier	29
HERZ STATT HETZE	32
Ein Europa, das zusammenhält	33
Nachhaltige Hilfe für eine bessere Zukunft	36
Raus aus schmutzigen Geschäften mit Diktaturen	39
Menschlichkeit und Ordnung	41
Demokratie verteidigen	45
Aufstehen für Freiheit, Vielfalt und Gleichstellung	48
Unabhängige Information, der du vertrauen kannst	51
Zusammenhalt gegen Hass	55
Union gegen Korruption	57
Eine EU, die Perspektiven eröffnet	60
Europäische Demokratie ausbauen	62
Nachhaltige Produkte und europaweiter Schutz für deine Rechte	65
FORTSCHRITT IM HERZEN	68
Ein soziales Europa, das an die Zukunft denkt	69
Modernisierung durch Klimaschutz	73
Ein Europa, das fair handelt	77
Damit alle ihren fairen Beitrag leisten	80
Eine EU mit mehr Handlungskraft	83
Sozialer Zusammenhalt, der Europa starkt macht	85
Gemeinsam für ein gesundes Europa	88
Zukunft auf Bildung und Wissenschaft aufbauen	92
Europa verbinden durch Kunst und Kultur	95
Ein gutes Leben bei dir daheim	98
Für volle Gleichstellung kämpfen	101
Fine aute Zukunft für unsere Kinder	104

VORWORT

Der russische Einmarsch in die Ukraine ist bereits mehr als zwei Jahre her und die Kämpfe toben immer noch. Donald Trump hat die reale Chance, nochmal US-Präsident zu werden. Und über allem hängt die Klimakrise, bedrohlich wie eine dunkle Gewitterwolke. Wer ein paar Momente länger nachdenkt, bemerkt sicher auch noch weitere Verwerfungen und die passenden Sorgenfalten gesellen sich dazu. Und die Frage aller Fragen ist: Was machen wir jetzt mit diesem Blick auf die Welt, mit dieser schaurigen Bestandsaufnahme? Was ist die Antwort auf die akuten Krisen und jene, die vielleicht noch dazu kommen werden?

EUROPA. GANZ KLAR.

Was uns Grüne als Bewegung immer ausgezeichnet hat, ist der unerschütterliche Glaube daran, dass eine bessere Zukunft möglich ist. Wo heute noch ein Parkplatz asphaltiert ist, sehen wir wachsende Bäume, blühende Blumen und spielende Kinder. Wo andere Parteien noch am Gashahn hängen und Lobbys sich an die Ölpipeline klammern, stellen wir schon Windräder auf und bringen Sonnenkraftwerke ans Netz. Wo Andere Frauen zurück an den Herd schicken, arbeiten wir für echte Gleichstellung. Und genau diesen unerschütterlichen Glauben an eine bessere Zukunft braucht es jetzt auch für Europa. Genau jetzt.

Weil Europa – das gemeinsame, das offene und freie Europa – die Antwort ist auf die Krisen und Herausforderungen, mit denen wir heute konfrontiert sind. Europa ist die Chance, diesen Krisen zu begegnen, und wenn die Nacht dann erstmal vorüber ist, am nächsten Morgen in einer besseren Welt aufzuwachen. Europa hat in seiner Geschichte schon mehrfach bewiesen, dass das möglich ist. Ein vom Krieg zerstörter Kontinent hat Vertrauen gefasst, hat zusammengefunden, trifft als Europäische Union (EU) gemeinsam Entscheidungen und übernimmt Verantwortung in der Welt.

Die Europäische Union verfolgt gemeinsame Klimaziele, sie steht gemeinsam für Demokratie und Menschenrechte ein. Sie hat sich Spielregeln für den Naturschutz gegeben und behauptet sich gemeinsam gegen Online-Riesen und Tech-Giganten. Nichts davon ist perfekt, der Weg zum Kompromiss ist oft beschwerlich. Aber in den wesentlichen Fragen unserer Zeit geht Europa voran und ist das Gegenmodell zu autoritären Regimen und Diktaturen.

Und genau deswegen müssen wir gut auf unser Europa aufpassen. Dass Wahlen Richtungsentscheidungen sind, ist nichts Neues. Aber die Richtungen, zwischen denen bei der Wahl am 9. Juni 2024 entschieden wird, liegen so weit auseinander wie nie zuvor in der Geschichte der Europäischen Union. Es ist die Entscheidung für Klimaschutz, Freiheit, Frieden, Wohlstand und Demokratie oder für das Programm der extremen Rechten: Nationalismus und Gewalt. Es ist die Entscheidung zwischen gleichberechtigten, starken Frauen, und dem irrigen Gedanken, dass sie in der Arbeitswelt nichts verloren, sondern am Herd zu dienen haben. Es ist die Entscheidung zwischen Hilfe für die Ukraine und einem Freundschaftsvertrag mit der Putin-Partei. Es ist die Entscheidung für Meinungsfreiheit, oder ob du als Lehrer:in gekündigt wirst, wenn du nicht auf Regierungslinie bist. Es ist die Entscheidung, ob wir weiter an eine bessere Welt glauben und für diese kämpfen, oder ob wir sie aufgeben.

Aber Europa wird von außen und von innen bedroht: Die FPÖ bei uns in Österreich, die AfD in Deutschland, Le Pen in Frankreich, die Post-Faschisten in Italien – die extreme Rechte unternimmt den Anlauf, Europa zu kapern und von innen heraus zu sabotieren und zu zerstören. Wladimir Putin lacht sich im Kreml ins Fäustchen, weil er ein paar Handlanger:innen gefunden hat, die ihm diesen Gefallen tun wollen. Und die Konservativen in Europa stehen

unschlüssig daneben und schwanken noch zwischen Abgrenzung und Copy-Paste. Die Sozialdemokrat:innen stehen beim Klimaschutz leider allzu oft auf der falschen Seite der Geschichte: Im Zweifelsfall sind sie doch für ein weiteres Autobahnprojekt. Putinversteher:innen gibt es bei den Genoss:innen leider auch allzu oft.

Genau darum braucht es starke Grüne im Europäischen Parlament. Gerade jetzt. Weil dort heute ausgestritten, verhandelt und beschlossen wird, was unser Morgen prägt. Weil wir an eine bessere Zukunft glauben, die Vision haben, sie zu gestalten, und den Mut, für sie zu kämpfen. Weil wir an unser gemeinsames, ökologisches, solidarisches Europa glauben und den Willen haben, uns dafür einzusetzen. Was wir in diesem Programm aufgeschrieben haben, sind unsere Ideen dafür. Wenn man eine bessere Welt will, muss man irgendwo damit anfangen.

GENAU JETZT, GENAU FÜR UNSER EUROPA.



WERNER KOGLER
Bundessprecher

LENA SCHILLING EU-Spitzenkandidatin



MIT MUT, HERZ UND HIRN IN EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT INVESTIEREN IN EIN KLIMAGERECHTES EUROPA



Die Klimakrise stellt uns vor eine historische Entscheidung: Gehen wir den vermeintlich "bequemen" Weg, der alles beim Alten belassen will – und laufen sehenden Auges in eine kaputte Welt, in der nichts mehr ist, wie wir es kennen? Oder packen wir gemeinsam an und arbeiten an einer klimaglücklichen Zukunft, um unseren Planeten zu retten?

Ohne Zweifel ist das die größte Herausforderung unserer Generation. Und wir können diese Aufgabe nur gemeinsam schaffen. Als starke EU, die mutig nach vorne schaut und fest zusammenhält. Denn die Treibhausgase machen an keiner Staatsgrenze halt. Und nur gemeinsam gelingt uns die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien, die uns alle sauber, sicher und günstig mit Strom und Wärme versorgen.

Mit dem Green Deal hat Europa den richtigen Weg zwar eingeschlagen. Aber das alte Denken will schon wieder den Rückwärtsgang einlegen und auf Klima-, Umwelt und Naturschutz pfeifen. Und das, obwohl wir doch gerade jetzt spüren, was richtig wäre: Saubere Energie schont nicht nur unsere Umwelt. Sie macht uns auch unabhängig, ist verlässlich und sorgt dafür, dass deine Rechnungen nicht höher werden. Und in Österreich machen schon jetzt so viele mit wie noch nie: Windrad für Windrad, Solardach für Solardach in Richtung Freiheit und Unabhängigkeit.

Es ist gar nicht lang her, da hat Putin den Gashahn zugedreht und Europa absichtlich in eine Rekordinflation getrieben. Die EU muss und will ein für alle Mal unabhängig von russischem Gas werden und keinen brutalen Angriffskrieg finanzieren. Aber dafür müssen wir noch entschlossener und besser in die Energiewende investieren. So können wir die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern und den Übergang zu grüner Energie beschleunigen.

Aufs Geld zu schauen ist wichtig. Aber wer Investitionen in eine bessere Zukunft mit einer kurzsichtig gedachten Schuldenbremse abwürgt, verschärft die Klimakrise immer weiter und schafft am Ende viel größere Probleme, auch für die Wirtschaft.

Eine g'scheite Klima- und Energiepolitik ist nicht zuletzt eine Frage der Gerechtigkeit. Kein Mensch sieht ein, warum Konzerne riesige Gewinne einstreifen, während wir alle für die Schäden zahlen müssen, die diese Konzerne verursachen. Egal ob am Strommarkt oder bei den immer größer werdenden Kosten durch menschen- und industriegemachte Klimaschäden.

Ja, vieles läuft heute noch schief oder unrund. Aber es ist kein Naturgesetz, dass das so bleiben muss. Wir legen die Lösungen auf den Tisch, die unser gemeinsames Europa stärker, unabhängiger, sauberer und grüner machen. Mit dir können wir sie umsetzen.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir Grüne wollen eine mutige EU, die mit vereinten Kräften an einer besseren Zukunft arbeitet. Denn es steht nicht nur alles auf dem Spiel – es gibt auch sehr viel für uns alle zu gewinnen!

Eine mutige Klimapolitik mit Herz und Hirn ist unsere große Chance auf ein lebenswertes, sicheres, erfolgreiches und gerechtes Europa. Ein Europa, das das Wohlergehen der Menschen und künftiger Generationen vor die Einzelinteressen von Konzernen stellt.

Ein Europa, in dem die Wirtschaft auf unsere wertvolle Natur achtet – und gerade dadurch im weltweiten Wettbewerb die Nase vorn hat. Die zwingend notwendige Fortsetzung des Green Deals, mit dem wir unsere Zukunft sichern, gibt es nur mit uns Grünen. Darum geht es in dieser Wahl!

KLIMASCHUTZ UND WIRTSCHAFT UNTER EINEN HUT BRINGEN

Der Schlüssel zu einer lebenswerten Zukunft liegt in einer nachhaltigen Wirtschaft, die Rücksicht auf unsere Umwelt und damit auf unsere eigenen Lebensgrundlagen nimmt. Dazu müssen wir in die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft investieren, die schlauer mit den wertvollen und begrenzten Ressourcen umgeht, die wir haben. Die EU muss koordiniert ihre Industrie auf CO₂-neutrale Technologien umstellen, damit sie innovative Produkte herstellt, ohne schädliche Treibhausgase in die Luft zu blasen. So schützen wir Klima, Umwelt und Natur und steigern die Lebensqualität für uns alle. Der Ausstieg aus dreckiger fossiler Energie zahlt sich auch für die Betriebe aus: Statt unberechenbaren Preisschwankungen sowie der Gefahr von Energieknappheit ausgeliefert zu sein, sparen sie dauerhaft und können sich auf die heimische, saubere Energie verlassen.

GRÜNE WENDE BRINGT DICH WEITER

Für die Umstellung auf eine nachhaltige Wirtschaft müssen wir unsere Infrastruktur modernisieren und ausbauen. Davon haben wir alle etwas: Ein dichtes Bahnnetz bringt auch dich schneller von A nach B. Gleichzeitig entstehen durch den Ausbau des Schienenoder Stromnetzes unzählige neue Jobs in der EU. Das Geld, das dann nicht mehr für teure Energieimporte an despotische Regime fließt, kommt auf den Lohnkonten der Menschen in Europa an. So zahlt sich jeder Euro mehrfach aus, den wir in Europas klimaneutrale Zukunft investieren.

GERECHTIGKEIT DURCH KLIMASCHUTZ

Für uns ist klar: Der Übergang zu unserer klimaneutralen Zukunft muss sozial gerecht sein. Alle Menschen müssen an den Vorteilen teilhaben können. Ihr Leben soll dadurch besser und leistbarer werden. Regionen, in denen viele Menschen in klimaschädlichen Industrien oder Sektoren beschäftigt sind, müssen beim Umstieg auf eine klimaneutrale Wirtschaft unterstützt werden.

Gleichzeitig müssen die steigenden Kosten für Umwelt- und Klimaschäden von jenen bezahlt werden, die sie verursachen und Profit daraus schlagen – und nicht mehr von der Allgemeinheit. Wer unsere Umwelt zerstört, Menschen und Natur ausbeutet, soll davon nicht wirtschaftlich profitieren. Auch das schafft mehr Gerechtigkeit und biegt alte Schieflagen gerade.

DAS GUTE BESSER MACHEN

Der Green Deal liefert eine umfassende Antwort auf die brennenden Fragen unserer Zeit. Er verbindet wirtschaftliche Reformen mit sozialer Gerechtigkeit. Er schützt unsere wertvolle Natur und bringt die Wirtschaft zum Blühen. Er sorgt für zukunftsfähige Jobs und baut Ungleichheiten ab. Er macht uns unabhängig von schmutzigen Energieimporten, stärkt unsere Sicherheit und ist das beste Rezept gegen die fossile Teuerung. Der Green Deal ist Europas nachhaltiger Weg in eine gute, lebenswerte Zukunft. In den letzten Jahren haben wir viel davon erreicht – doch noch mehr bleibt zu tun. Wir Grüne wollen dieses Projekt mutig vorantreiben. Dazu gehört auch, dass wir die Milliarden, die in Subventionen für fossile Brennstoffe fließen, in erneuerbare Energien, die Natur und die biologische Vielfalt investieren.

SAUBERE, SICHERE UND LEISTBARE ENERGIE ERNEUERBARE ENERGIE FÜR GANZ EUROPA



Fossile Energie zerstört nicht nur unsere Umwelt. Sie ist auch unsicher und teuer. Europa ist nach wie vor stark abhängig von fossilen Importen aus autoritären Regimen wie Russland. Und das macht uns erpressbar.

Das haben wir schmerzhaft zu spüren bekommen: Putin hat 2023 mit voller Absicht den Gashahn zugedreht. Die Energiepreise sind explodiert. Das hat die Preise im Supermarkt und in vielen anderen Lebensbereichen in die Höhe getrieben.

Immer noch füllt die EU Putins Kriegskasse mit Milliarden von Euro, da wir nach wie vor Gas und andere fossile Rohstoffe zur Stromproduktion brauchen und unsere Gasnetze ursprünglich für den Import aus Russland gebaut wurden.

Das ist teuer, denn wenn wir Gas zur Stromgewinnung einsetzen, bestimmt der hohe Gaspreis den Strompreis. Dadurch verschärfen diese Marktregeln das Problem der Gasabhängigkeit. Und sie erlauben den Energiekonzernen, die überzogenen Kosten an ihre Kund:innen weiterzugeben und selber fette Zufallsgewinne einzustreichen.

Das alles zeigt: Wir müssen uns unabhängig machen und mit sauberer Energie selbst versorgen. Hier muss die EU noch viel aufholen: Derzeit erzeugt sie nur rund 23 % ihres Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen.

Wir Grüne haben in Österreich in den vergangenen Jahren ein Rekordtempo beim Ausbau der Erneuerbaren vorgelegt. Diesen Schwung wollen wir nach Europa bringen und uns dafür stark machen, dass der ganze Kontinent hier seine Kräfte bündelt.

DA WOLLEN WIR HIN

Den vollständigen Umstieg von Öl und Gas auf saubere Energie schaffen wir in Europa nur gemeinsam. Das Gute ist: Jedes EU-Land bringt seine eigenen Stärken und Vorteile mit. Wenn wir all diese Potenziale verbinden und gemeinsam nutzen, erreichen wir unser großes Ziel: Die Union bis 2040 zu 100 % mit selbst produzierter, erneuerbarer Energie zu versorgen. Unabhängig, sicher, leistbar und klimafreundlich.



Wir Grüne haben ein großes Ziel: Wir wollen Europa unabhängig von schmutzigen Öl- und Gasimporten machen und komplett mit selbst produzierter, sauberer Energie versorgen. Unser klarer Plan bis 2030: Genug Windkraftwerke für eine Kapazität von 500 Gigawatt und doppelt so viel Sonnenstrom: 1 Terawatt. Mit Solaranlagen auf jedem nutzbaren Dach und 40.000 neuen Windrädern in ganz Europa! Damit könnten wir jeweils den durchschnittlichen Strombedarf von 345 Millionen Haushalten decken! Die Betreiber:innen der Windparks und großer Sonnenkraftwerke müssen dann den Strom für Haushalte in der Umgebung und lokale Energiegemeinschaften besonders günstig anbieten. Das ist ein Turbo für den Umstieg auf klimafreundliche Energie, der alle Menschen mitnimmt und von dem du direkt etwas hast.

WENIGER VERBRAUCH, SCHLAUERE NUTZUNG

Die günstigste und umweltfreundlichste Energie ist die, die gar nicht erst verbraucht wird. Wenn wir Häuser sanieren und auf den neuesten Stand der Technik bringen, bedeutet das weniger Stromverbrauch – keine wertvolle Energie mehr, die wortwörtlich beim Fenster rausgeheizt wird. Viel Energie bleibt überhaupt noch ungenutzt. In Zukunft soll der Leitungsmast der Bahn zum kleinen Kraftwerk werden oder die Wärme aus dem Serverraum die Wohnungen in der Nachbarschaft heizen. Mit intelligenten Stromnetzen und -speichern machen wir grüne Energie immer nutzbar, wenn sie gerade gebraucht wird.

EINE GERECHTE UMSTELLUNG FÜR ALLE

Die grüne Energiewende macht das Leben für die Menschen in Europa leistbarer. Wir müssen sicherstellen, dass auch die Umstellung für alle möglich ist. Viele machen sich Sorgen, wie sie das alles stemmen sollen: die neue Heizung, sparsame Küchengeräte und ein gut isoliertes Zuhause. Diese Sorge ist verständlich. Wir wollen den gerechten Weg gehen: Indem wir die Kosten solidarisch auf viele Schultern verteilen, werden sie für alle tragbar. Wir Grüne zeigen in Österreich vor, wie das geht: Sozial gerechte Förderungen übernehmen z.B. bis zu 100 % der Kosten für den Heizungstausch. Was Österreich bereits jetzt macht, kann auch die EU gemeinsam schaffen.

NEUE ENERGIE FÜR ARBEITSMARKT UND WIRTSCHAFT

Für Europas grüne Energiewende müssen wortwörtlich viele Hände zusammenhelfen: Sie installieren die Sonnenkraftwerke auf unseren Dächern, sie bauen unsere neuen Heizsysteme ein, sie dämmen Wände, montieren neue Fenster, verlegen Leitungen und vieles mehr. Das bedeutet unzählige neue, sichere Arbeitsplätze und Aufträge für innovative Firmen in Europa.

GRÜNER STROM FÜR STABILE UND GÜNSTIGE PREISE

Die Regeln am Strommarkt folgen der Logik, dass das letzte zur Deckung der Stromnachfrage noch notwendige Kilowatt den Preis für alle vorgibt. Wenn wir nicht genug erneuerbaren Strom produzieren, bestimmen Kraftwerke mit teurem Gas aus Russland den Preis. Das müssen wir ändern: Die Regeln am Strommarkt müssen für die Erneuerbaren funktionieren, nicht für die fossile Vergangenheit. Das macht deine Stromkosten planbar und auf Dauer günstig, weil Sonne und Wind keine Rechnung schicken.

GARANTIERTE ENERGIE-GRUNDSICHERUNG

Strom muss für alle Menschen leistbar sein und bleiben. Wo der Markt versagt, muss die öffentliche Hand eingreifen. Wir haben es in Österreich mit der Stromkostenbremse vorgezeigt. Jetzt braucht es eine dauerhafte Garantie für ganz Europa. Wenn der Strompreis zu hoch wird, müssen Energieversorger die Grundversorgung zu einem Fixpreis garantieren und Menschen mit wenig Geld durch soziale Tarife die Angst vor der nächsten Stromrechnung nehmen.

STROM DIREKT VON HAUS ZU HAUS

Wo die Menschen sich selbst mit sauberer Energie versorgen, können sie sich immer auf günstigen Strom verlassen – und werden nicht zum Spielball der Weltpolitik. Im alten Energiesystem verheizen wenige große Kraftwerke Unmengen an Gas teuer zu Strom. Europas neue Stromerzeugung setzt auf viele kleine Sonnen- und Windkraftwerke. Dieser günstige grüne Strom "Made in Europe" kann dann von Haus zu Haus geliefert werden. Am schnellsten Weg dorthin, wo er gerade gebraucht wird.

WEIL DIE SONNE IMMER IRGENDWO SCHEINT

Europa ist groß. Selbst wenn's bei uns daheim regnet, scheint irgendwo am Kontinent die Sonne – während anderswo der Wind besonders stark bläst. Das heißt: Grüner Strom kann zu jeder Zeit in großen Mengen produziert werden. Wir müssen den Strom nur überall dorthin bringen, wo er gerade gebraucht wird. Dazu müssen wir das europäische Stromnetz massiv ausbauen und verbinden, über nationale Grenzen hinweg. Deswegen brauchen wir ambitionierte Erneuerbaren-Zielsetzungen auch nach 2030, damit noch mehr neue Wind- und Sonnenkraftwerke entstehen.

ÜBERHOLSPUR FÜR DEN AUSBAU

Die EU braucht eine durchgehende Überholspur für den Ausbau von grüner Energie. Eine schnellere Genehmigung führt dazu, dass mehr Wind- und Sonnenkraftwerke in kürzerer Zeit entstehen. Ausgewiesene Beschleunigungszonen und schlaue Prüfverfahren können sicherstellen, dass dabei auf die Umwelt Rücksicht genommen und jeder notwendige Eingriff ausgeglichen wird: Energiewende und Naturschutz gehen so Hand in Hand.

SICHER OHNE ATOMENERGIE

Österreich ist eine starke Stimme gegen die Kernkraft in Europa. Mit uns Grünen wird das so bleiben. Die veraltete Kernkraft ist keine Lösung für die Zukunft, sondern eine Altlast aus der Vergangenheit. Sie ist extrem teuer und ihr Ausbau braucht sehr viel Zeit, die wir in Zeiten der Klimakrise ganz einfach nicht haben. Vor allem ist und bleibt Atomenergie ein unberechenbares Risiko: einerseits durch die Gefahr von verheerenden Unfällen. Andererseits durch die immer noch ungelöste Frage, wohin mit dem Atommüll, der auf Jahrtausende hin schädlich für Mensch und Umwelt ist. Wir sagen klar: Atomstrom ist niemals "grün". Deshalb hat er auch nichts in der EU-Taxonomie für grüne Investitionen verloren. Und EU-Geld darf nur für die Technologien in die Hand genommen werden, bei denen es gemeinsame Ausbauziele gibt. Mit dem Ausbau von Sonnen- und Windenergie schaffen wir die grüne Wende schneller, günstiger und 100 % sicher!

EINE WIRTSCHAFT, DIE AN MORGEN DENKT

KREISLAUFWIRTSCHAFT UND NACHHALTIGE PRODUKTION IN EUROPA



Die Welt verbraucht, verschwendet und vernichtet Rohstoffe, als gäbe es kein Morgen. Das hat schwere Folgen für unseren Planeten. Wir blasen Unmengen an klimaschädlichen Treibhausgasen in die Luft, um Produkte herzustellen, die einmal verwendet und dann weggeworfen werden. Wertvolle Natur wird zerstört, bedrohte Tier- und Pflanzenarten verlieren ihren letzten natürlichen Lebensraum, Wasser wird untrinkbar und wertvolle Böden werden unfruchtbar.

Auch Europa lebt "auf Pump": Wir bauen Rohstoffe im globalen Süden ab, auf Kosten von ärmeren Ländern. Gleichzeitig laufen wir Gefahr, uns in neue, einseitige Abhängigkeiten von Ländern wie China zu begeben.

Dieses Wirtschaftssystem kann sich auf Dauer nicht ausgehen. Um den Kollaps rechtzeitig abzuwenden, müssen wir unsere Wirtschaft auf nachhaltige Beine stellen: von der Wegwerfgesellschaft zur Kreislaufwirtschaft. Einen umfassenden Aktionsplan dafür hat die EU bereits an den Start gebracht. Jetzt gilt es, ihn gemeinsam umzusetzen und weiter auszubauen.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wollen unsere Wirtschaft so umbauen, dass sie schlau mit den begrenzten Rohstoffen umgeht, die wir zur Verfügung haben. Aus weniger soll mehr werden: weniger Müll für mehr Natur. Weniger Abhängigkeit für mehr Krisenfestigkeit. Weniger Dreck in Luft und Wasser für mehr Lebensqualität. Das ist eine große Chance, die Europa gemeinsam nutzen muss.

UNABHÄNGIGKEIT MACHT UNS KRISENFEST

Die Pandemie hat uns gezeigt, wie verletzbar unsere Wirtschaft durch plötzliche Lieferengpässe sein kann: Wenn die Mikrochips nicht kommen, steht die Produktion in Europa still. Nur wenn wir rechtzeitig nachhaltige Quellen für Akkus, Mikrochips & Co. erschließen, kann Europa bei den wichtigen Zukunftstechnologien ganz vorne dabei sein. Mit einer Kreislaufwirtschaft, die ihre Rohstoffe mit Rücksicht auf die Natur so weit wie möglich recycelt, und wo es geht, im eigenen Kontinent gewinnt, machen wir uns unabhängiger von internationalen Lieferketten. Das macht Europa krisenfest und hält unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig.

SELBST PRODUZIEREN STATT IMPORTIEREN

In der Vergangenheit haben Konzerne ihre Produktion aus Europa ausgelagert, um Kosten zu sparen. Heute wissen wir: Auch Unternehmen leiden an den dadurch entstandenen Lieferengpässen. Die EU hat sich abhängig gemacht und zahlt dafür einen hohen Preis. Egal ob High-Tech oder Medikamente: Europa muss wieder mehr selbst produzieren. Wir Grüne stehen für eine Politik, die die notwendigen Voraussetzungen dafür schafft, beispielsweise durch die Netto-Null-Industrie-Verordnung, die gezielt die Produktionskapazität für wichtige CO_2 neutrale Technologien in der EU ausbauen will. So machen wir uns unabhängig und schaffen gleichzeitig viele Arbeitsplätze.

KLEINE BETRIEBE ALS ZUKUNFTSMOTOR

Gerade die unzähligen innovativen Klein-, Mittel- und Ein-Personen-Unternehmen sind der Schlüssel zur europäischen Kreislaufwirtschaft. Sie sind flexibler und spontaner als große Industriekonzerne. Sie sind gewohnt, neue Wege zu wagen – sowohl in der Zusammenarbeit mit anderen kleineren Betrieben als auch bei der Lieferkette ihrer Produkte. Sie sind häufig in bereits bestehende regionale Kreisläufe eingebettet und bauen diese mit auf. Sie stehen oft in einem direkteren Austausch mit ihren Lieferant:innen und haben dadurch so den Kreislauf ihrer Produkte im Auge. Die Zukunft kann und muss verstärkt auf diesen kleinen und mittleren Betrieben aufbauen.

IN KREISLÄUFEN DENKEN

Europas Wirtschaft der Zukunft denkt in Kreisläufen: Rohstoffe werden umweltverträglich gewonnen. Produkte können lange verwendet werden. Eine Reparatur muss möglich und die günstigere Alternative sein, wie wir es in Österreich mit dem Reparaturbonus vorgezeigt haben. Nach ihrer Lebensdauer können aus Produkten wieder neue Produkte entstehen. Das spart nicht nur knappe Rohstoffe, sondern hilft uns auch dabei, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen.

NATUR BEWAHREN

Ein sparsamer Umgang mit Rohstoffen bedeutet, dass wertvolle Natur auch weiterhin Natur bleiben darf. Indem wir selbst weniger Fläche verbrauchen, lassen wir Tieren und Pflanzen ihren Lebensraum und stoppen den gefährlichen Verlust der Artenvielfalt. Und wir sichern saubere Luft und sauberes Wasser für alle.

MEHRWEG ODER PFAND DRAUF

Viel zu viele Getränkeverpackungen werden nur einmal benutzt und landen dann sofort im Müll – oder noch schlimmer: auf unseren grünen Wiesen oder in unseren Flüssen, die uns mit Trinkwasser versorgen. Ein wirksames Mittel dagegen haben wir Grüne in Österreich durchgesetzt: ein ausgebautes Mehrweg-Angebot und ein Pfandsystem für alle PET-Flaschen und Dosen, das in wenigen Monaten im ganzen Land gilt. Das wollen wir auf die gesamte EU ausweiten und vereinheitlichen.

MEHR GERECHTIGKEIT - WELTWEIT

Dieselben Regeln zum Schutz der Umwelt wie in der EU müssen auch in Drittländern gelten, aus denen wir Rohstoffe beziehen. Auch faire und menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen dort garantiert, kontrolliert und eingehalten werden. Das nun beschlossene Lieferkettengesetz ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Wir Grüne setzen uns dafür ein, diesen Weg weiter zu gehen. Denn das ist eine Frage der Gerechtigkeit – und die brauchen wir auch über die Grenzen Europas hinaus.

BESSER UNTERWEGS IN GANZ EUROPA MOBILITÄT, DIE GUT FÜR MENSCH UND UMWELT IST



Überall schnell und gut unterwegs zu sein, ist ganz zentral in unserem Leben. Mobilität gibt uns Freiheit in Beruf und Freizeit, macht uns unabhängig im Alltag, überwindet Grenzen und verbindet uns miteinander. Alle wollen mobil sein und haben ein Recht darauf. Doch als Antwort auf die Frage, wie wir am besten von A nach B kommen, kannte das alte Denken nur Benzin, Diesel und Beton. Heute ist völlig klar, dass dieser Weg in eine Sackgasse führt.

Der Verkehr ist nach wie vor das klimapolitische Sorgenkind Europas. Während der CO₂-Ausstoß in anderen Bereichen bereits sinkt, steigen die Emissionen hier noch immer europaweit an. Das ist nicht nur ein ernstes Problem für das Klima, sondern auch für unsere Gesundheit. Abgase verschmutzen die Luft, die wir atmen. Vorbeidonnernde LKW-Lawinen sind eine permanente Lärmbelästigung. Und wo man nur mit dem Auto weiterkommt, gibt es kaum Möglichkeit für körperliche Bewegung. All das bringt uns nicht weiter, sondern schränkt uns ein und verschlechtert unsere Lebensqualität.

Die EU hat bereits wichtige Weichen für eine bessere, grüne Mobilität gestellt. Aber es gibt auch Bremser wie die Öl- und Gas-Lobby, die sich dem Fortschritt in ihrem eigenen Interesse in den Weg stellen. Und es gibt die verständliche Sorge vieler Menschen und Betriebe, was diese Umstellung für sie bedeutet. Auch hier müssen wir als EU die richtige Antwort geben und für Gerechtigkeit sorgen: Wenn wir gemeinsam den nachhaltigen Weg nach vorne gehen, sind wir alle besser unterwegs in ganz Europa.

DA WOLLEN WIR HIN

Gemeinsam schaffen wir die grüne Mobilitätswende für ein Europa, in dem wir alle bequemer, günstiger, gesünder und klimafreundlich unterwegs sind. Wir müssen dabei über die Landesgrenzen hinausdenken und auf die vielfältigen Alternativen setzen, die uns zur Verfügung stehen. Denn grüne Mobilität bedeutet mehr Angebot, Freiheit und Unabhängigkeit – und weniger Beton, Lärm und Dreck in der Luft. Das ist gut für Klima, Umwelt und Geldbörsel und bringt uns allen mehr Lebensqualität.



Kurze Flugstrecken bis zu 1.000 Kilometer sind für das Klima besonders schädlich. Bahnfahren wäre die perfekte Alternative. Das Problem: Der Flug ist heute meist billiger als der Zug. Genau das können wir ändern. Wir Grüne wollen für dich einen Preisdeckel für Zugtickets durchsetzen: maximal 10 Cent pro Kilometer. Garantiert für alle Verbindungen in der EU. Von Wien nach Berlin oder Warschau (680 km) kommst du dann für maximal 68 Euro, nach Paris (1.230 km) für maximal 123 Euro. Ohne Ärger über die undurchsichtigen Zusatzgebühren vermeintlicher "Billig"-Airlines. Die Differenz zu den Marktpreisen bekommen die Eisenbahnunternehmen zurückerstattet, damit sie die internationalen Verbindungen weiter ausbauen können. So reist du mit dem Zug klimafreundlicher und auch garantiert günstiger als mit dem Flugzeug. Und weil's um unser Klima geht, soll mit Flügen von Privatjets quer durch Europa auch Schluss sein. Im Jahr 2022 hat allein der Privat-Jetset von einigen wenigen Superreichen in Europa so viel Emissionen verursacht wie 555.000 Menschen.

MEHR KOMFORT FÜR DICH, MEHR JOBS FÜR EUROPA

Wir werden in Zukunft deutlich mehr Züge brauchen. Und die sollen am modernsten Stand der Technik sein, um das Reisen für dich sicher und bequem zu machen. Wenn wir diese Züge in Europa bauen und warten, bringt das auch die Wirtschaft in Schwung und schafft viele neue Jobs.

EUROPA AUF SCHIENE BRINGEN

Gerade im Bahnverkehr gibt es in Europa noch viel Luft nach oben. Und das wollen wir gemeinsam anpacken. Das bedeutet: Ein dichtes Schienennetz, mehr internationale Strecken, zuverlässige Verbindungen, kürzere Fahrzeiten und moderne Züge. Über Jahre wurden die Nachtzüge immer weniger, bis Österreich für eine Trendwende gesorgt hat. Mit vereinten Kräften wollen wir Europas Städte auch in der Nacht wieder besser und bequemer verbinden. Im Herzen Europas wird der Wiener Hauptbahnhof zum Dreh- und Angelpunkt für Nachtzugverbindungen in den ganzen Kontinent.

ZUG STATT FLUG

Der Zug soll die bessere und einfachere Alternative zum Flugzeug werden. Heute ist das viel zu selten der Fall. Gerade bei den Kurz- und Mittelstrecken, auf denen Flüge besonders klimaschädlich sind.

Sehr oft sind das Zubringer zu Langstreckenflügen von den großen internationalen Flughäfen wie Frankfurt, Paris, Wien oder Amsterdam. Deshalb brauchen wir auf kurzen internationalen Strecken ein besseres Zugangebot mit garantierten Höchstpreisen, die billiger als ein Flug sind. Von Hauptstadt zu Hauptstadt sollst du maximal 10 Cent pro Kilometer zahlen müssen. Airlines sollen günstige Zubringer-Züge verpflichtend bei der Buchung anbieten. Und du sollst dein Gepäck schon beguem am Abfahrtsbahnhof einchecken können.

EINFACH BUCHEN STATT SUCHEN UND FLUCHEN

Eine Bahnreise quer durch Europa zu buchen, ist heute noch viel zu kompliziert und oft nur mit einer mühsamen Suche auf mehreren Websites der einzelnen internationalen Bahnanbieter möglich. Das wollen wir ändern: Du sollst Zugtickets für ganz Europa genauso einfach buchen können wie ein Flugticket. Mit wenigen Klicks auf einer Website oder über

eine Buchungsplattform. Dafür wollen wir die Ticket-Systeme der europäischen Bahnen verbinden und endlich ins 21. Jahrhundert bringen.

GÜNSTIGE ÖFFIS, MIT DENEN DU ÜBERALL HINKOMMST

Der Erfolg des KlimaTickets in Österreich zeigt: Wenn bequeme und klimafreundliche Öffis von allen und überall günstig genutzt werden können, steigen die Menschen gerne und öfter vom Auto um. Deshalb treiben wir den Öffi-Ausbau im eigenen Land stärker voran als je zuvor. Und das wollen wir auch über alle Grenzen hinweg für ganz Europa. Denn das ist die bessere und umweltfreundlichere Alternative, die das Zubetonieren unserer wertvollen Natur für immer mehr Straßen und veraltete Autobahnprojekte ersetzen kann.

GESUNDE MOBILITÄT OHNE GRENZEN

Wer mit dem Rad unterwegs ist, tut dem Klima und der eigenen Gesundheit etwas Gutes. Wir wollen einerseits dafür sorgen, dass du überall auf sicheren Radwegen vorankommst und andererseits Europa mit gut ausgebauten Radrouten über die Ländergrenzen hinweg verbinden.

GRÜN MOBIL STATT FOSSIL

Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien – auch im Verkehr! Fossile Energieträger wie Benzin und Diesel sind nicht nur schmutzig, sondern auch begrenzt und werden deshalb immer teurer. Wir haben dieser veralteten Technologie in Europa ein Ablaufdatum gegeben. So kommen in Zukunft nur noch neue, klimafreundliche Fahrzeuge auf die Straße. Die besseren Alternativen gibt es schon heute. Wir stellen sicher, dass auch die notwendige E-Ladeinfrastruktur in ganz Europa bereitsteht.

GRÜNER GÜTERVERKEHR

Ein großer Teil der Luftverschmutzung entsteht heute im Güterverkehr. Den wollen wir in ganz Europa verstärkt von der Straße auf die Schiene bringen. Dort wo notwendig sollen saubere E-LKWs zum Einsatz kommen. Für sie müssen wir die geeigneten Ladestationen in ganz Europa bereitstellen. Und wo es keine bessere Alternative gibt, kann grüner Wasserstoff die fossilen Brennstoffe ersetzen.

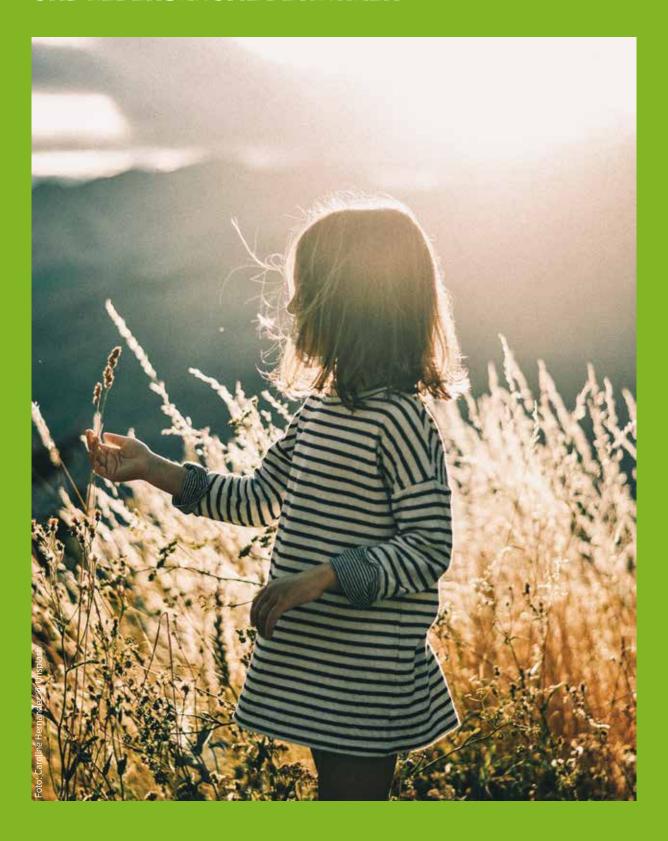
LKW-TRANSIT EINDÄMMEN

Es kann nicht sein, dass Anrainer:innen und Umwelt die Kosten für Transitverkehr auf der Straße tragen. Wir setzen uns für eine EU-Verlagerungsgarantie auf den wichtigsten Transitstrecken ein: Güter, die auf der Schiene transportiert werden können, müssen auch zwingend dorthin verlagert werden, etwa im Brennerbasistunnel. Bis es zu europaweiten Regelungen kommt, unterstützen wir Grüne regionale Maßnahmen wie Dosierungen von LKWs, Fahrverbote für bestimmte Güter, Fahrverbote zu bestimmten Zeiten, Absenkung von Lärm- und Luftgrenzwerten oder andere Möglichkeiten, um den LKW-Transitverkehr einzudämmen.

GERECHTIGKEIT AUCH IN DER LUFT

Die Luftfahrt belastet nicht nur unser Klima, sie vergrößert auch soziale Schieflagen. Wir Grüne wollen mehr Gerechtigkeit, auch in Europas Luftfahrt. Wer den größten Schaden anrichtet, soll dafür auch selbst zahlen – anstatt wie jetzt auf Kosten der Allgemeinheit auf großem Fuß zu leben. Das heißt z.B.: Vielfliegerabgaben für Konzerne, die ihre Manager:innen zu kurzen Meetings quer durch Europa fliegen. Einschränkungen für völlig ineffiziente Flüge mit Privatjets, die unnötig unsere Luft verschmutzen. Schluss mit unfairen Steuervorteilen für Kerosin, die Flugpreise verzerren. Her mit fairen Sozialstandards für alle Menschen, die in der Luftfahrt arbeiten.

MEHR NATUR, DIE UNS SCHÜTZT UNSERE WERTVOLLEN BÖDEN, GEWÄSSER UND LEBENSRÄUME BEWAHREN



Sauberes Wasser, gute Luft und gesunde Böden: Eine intakte Natur ist unsere Lebensgrundlage. Doch davon gibt es immer weniger. Mehr als 60 % der Böden in Europa sind heute bereits geschädigt oder völlig zerstört. Die Situation verschlechtert sich immer weiter. Durch maßloses Zubetonieren, überbordende industrielle Landwirtschaft oder achtlose Verschmutzung geht wertvoller Lebensraum verloren. Das ist eine ernste Bedrohung für die Artenvielfalt und auch für unsere eigene Zukunft.

Gesunde, unverbaute Böden versorgen uns mit Nahrung. Sie speichern und reinigen das Wasser, das wir trinken und schützen uns vor Überschwemmungen. Moore und Bäume nehmen klimaschädliches CO_2 auf, schützen uns vor Hitze und filtern die Luft, die wir zum Atmen brauchen. Von all dem brauchen wir mehr! Die Zerstörung unserer Umwelt hat bereits heute schlimme Folgen in Europa.

Die Luftverschmutzung verursacht jährlich 400.000 Todesfälle in der EU. Auch finanziell können wir uns eine kaputte Natur nicht leisten: Mindestens 50 Milliarden Euro jedes Jahr (!) kostet die EU allein der Verlust wichtiger Ökosystemleistungen unserer Böden.

Wir Grüne wollen eine lebenswerte Zukunft für die Menschen in Europa sichern. Auch für unsere Kinder und Enkelkinder. Zusammen mit vielen engagierten Menschen haben wir lange dafür gekämpft, dass sich Europa zu einer umfassenden Renaturierung und zum Natur- und Umweltschutz bekennt. Diese Ziele müssen wir jetzt konsequent umsetzen und sie fakten- und wissenschaftsbasiert weiterentwickeln.

DA WOLLEN WIR HIN

Die intakte Natur bewahren und natürlichen Lebensraum wiederherstellen, der uns schützt – in diese Richtung muss sich Europa gemeinsam entwickeln. So können wir eine vielfältige Tierund Pflanzenwelt sichern, viel Lebensqualität gewinnen und eine gute Zukunft für kommende Generationen aufbauen.



Grünere Städte mit mehr Natur und weniger Asphalt: Wir Grüne wollen wertvolle Böden schützen und Städte und Gemeinden in ganz Europa dabei unterstützen, unnötige Betonflächen loszuwerden! Davor schrecken viele Bürgermeister:innen heute aus Kostengründen zurück. Besonders ehrgeizige Projekte sollen daher in Zukunft zu 90 % aus EU-Mitteln gefördert werden. Eine innovative Chance sind Tiny Forests – kleine Wälder, die direkt in der Stadt angepflanzt werden und für eine bessere Umwelt sorgen. Sie kühlen in Hitzephasen, lassen Wasser versickern, bieten Lärmschutz und verwandeln entsiegelte Flächen besonders schnell wieder in gesunde Natur. Und jeder wiederhergestellte Quadratmeter Natur ist ein zurückgewonnenes Stück Zukunft für uns alle.

GEMEINSAM BÖDEN SCHÜTZEN

Viel zu viel wertvoller Boden wird heute achtlos zubetoniert. Bodenverbrauch und Flächenversiegelung müssen auf das unbedingt notwendige Ausmaß reduziert werden. Dafür kämpfen wir Grüne in Österreich, wo sich das alte Denken, das immer mehr Beton will, immer noch besonders hartnäckig hält. Wir brauchen aber auch verbindliche Rechtsvorschriften zum Schutz unserer Böden, die in der gesamten EU gelten und an die sich alle halten müssen.

BESTEHENDE FLÄCHEN SCHLAUER NÜTZEN

Bestehende Flächen schlau nützen, bevor neuer Boden zubetoniert wird: Die Voraussetzungen dafür wollen wir in Europa schaffen. Es gibt genug leerstehende Gebäude, die mit kreativen Ideen für viele Zwecke eingesetzt werden können, und Baulücken, die sich umweltverträglich nachverdichten lassen. So bringen wir mehr Leben in verlassene Ortskerne in ganz Europa. Das ist auch ein Mittel gegen die Zersiedelung, die sich negativ auf die Landwirtschaft und in einem erhöhten Verkehrsaufkommen auswirkt.

MEHR GRÜN STATT GRAU

Europas Städte sollen grüner werden. Das ist in Zeiten der Klimakrise angesichts immer höherer Temperaturen und deutlich mehr Hitzetage sogar eine Notwendigkeit. Weniger Beton sorgt dafür, dass sich unsere Städte im Sommer weniger aufheizen. Aus Parkplätzen können wieder grüne Parks werden, in denen unsere Kinder spielen. Bäume nehmen ${\rm CO_2}$ auf, spenden Schatten und bieten Abkühlung. Auch die erholsame Wirkung von Grünflächen auf den Menschen ist erwiesen. Das ist besonders für jene wichtig, die kleine, schlecht isolierte Wohnungen haben und sich keine Klimaanlage leisten können. So sorgt mehr Grün für ein rundum besseres Klima in der Stadt.

RECHT AUF WASSER SCHÜTZEN

Wasser ist lebensnotwendig und aus gutem Grund ein Menschenrecht, das es zu schützen gilt. Die Europäische Union muss gemeinsam sicherstellen, dass alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser haben.

NATURSCHUTZGEBIETE SICHERN UND AUSBAUEN

Die unberührten Naturflächen, die es in Europa noch gibt, stehen unter besonderem Schutz. Diese Gebiete gilt es zu verteidigen und auszubauen. Wir müssen für noch umfassendere Regeln sorgen und genau darauf schauen, dass sie auch eingehalten werden. Unerlaubtes Verbetonieren von Naturschutzgebieten richtet großen Schaden an und muss deshalb auch streng bestraft werden. Überall, wo das möglich ist, sollen wertvolle Schutzgebiete noch vergrößert werden – wie wir das in Österreich zuletzt für den Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel erreicht haben.

BEDROHTEN LEBENSRAUM BEWAHREN

Unser Klima braucht jeden Quadratmeter Wald und Moor, den es auf unserem Kontinent noch gibt. Denn diese nehmen große Mengen an klimaschädlichen Treibhausgasen aus der Atmosphäre auf. Sie sind deshalb ein wichtiger Schutzschild gegen die Erderhitzung und bieten außerdem vielen besonders bedrohten Tier- und Pflanzenarten den letzten verbliebenen Lebensraum. Diese wertvollen Flächen müssen wir bewahren und, in vielen Fällen, wieder reparieren.

AUSBEUTUNG DER NATUR STOPPEN

Wenn wir die Vielfalt unserer Natur erhalten wollen, müssen wir sorgsamer mit ihr umgehen. Das gilt für unsere Wälder ebenso wie für unsere Äcker und Gewässer. Die EU hat die notwendigen Hebel, mit denen wir die unachtsame Ausbeutung der Natur stoppen können. Diese müssen wir nutzen, um Schäden durch Überdüngung, maßlose Abholzung oder Überfischung zu verhindern.

SAUBERE NATUR OHNE MÜLL

Wir wollen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder Europas schöne Natur genießen können. Dafür müssen wir unsere Berge, Täler, Flüsse und Meere vor der zunehmenden Vermüllung bewahren. Mit Mehrwegverpackungen, Pfandsystemen und wiederverwendbaren Produkten machen wir nicht recycelbares Plastik zum Auslaufmodell – und halten unsere Natur sauber davon.

EINE GESUNDE LANDWIRTSCHAFT FÜR EIN GESUNDES LEBEN

NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÜR TRANSPARENZ AUF DEINEM TELLER



Gesundes Essen gibt es nur mit einer gesunden Landwirtschaft, die auf eine gesunde Umwelt achtet. Die industrielle Landwirtschaft, die heute in Europa vorherrscht, hat genau das aus dem Auge verloren. Überdüngung und Ackergifte machen unsere Böden kaputt. Pestizide töten Bienen, führen zu Artensterben und sind schädlich für unsere Gesundheit. Massentierhaltung und intensive Landnutzung auf Kosten von unberührter Natur zerstören das Klima. Und das rächt sich unmittelbar. Wir müssen die Landwirtschaft zum Klimaschützer machen.

Denn die Klimakrise ist auch eine große Bedrohung für die Land- und Forstwirtschaft. Immer häufigere Dürren und extreme Unwetter führen zu Ernteausfällen und bedrohen damit unsere Ernährungssicherheit. Immer tiefer greifende Anpassungen an die veränderten Bedingungen wie Hitzestress und Wassermangel werden notwendig. Das erzeugt Abhängigkeiten.

Große Konzerne wollen den Markt für Saatgut, Dünger, Futter und Pestizide alleine kontrollieren. So entstehen Monopole, die unsere Sortenvielfalt bedrohen. Auch der Preisdruck wird immer stärker spürbar, vor allem für unsere kleinen bäuerlichen Betriebe, die auf Nachhaltigkeit und Bio-Qualität setzen. Intransparente Handelsabkommen und ungerechte Subventionen verschärfen dieses Problem, wie auch die europaweiten Proteste von Bäuerinnen und Bauern zeigen.

Gemeinsam kann Europa die Kehrtwende schaffen. Zurück zu einer Landwirtschaft, die gesund für Mensch, Umwelt und Klima ist. Wir Grüne werden dieses Umdenken konsequent vorantreiben.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wollen Europa auf eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft umstellen. Und das betrifft die gesamte Nahrungskette: angefangen beim Samenkorn bis hin zu den Lebensmitteln, die auf deinen Teller kommen. Dazu braucht es Sortenvielfalt ohne Gentechnik und Patente, gesunde Böden, eine hohe Wasserqualität und gute Arbeitsbedingungen. Das garantiert gesundes Essen und eine intakte Natur für dich.

BESSERE BEDINGUNGEN FÜR EIN BESSERES LEBEN

Eine nachhaltige, biologische Landwirtschaft ist gut für Klima, Umwelt, Natur und Gesellschaft. Kleine regionale Betriebe, die ihre Produkte direkt vor Ort vermarkten, bringen Leben in den ländlichen Raum. Sie stoßen auch deutlich weniger klimaschädliche Treibhausgase aus und können durch die regionale Produktion Tiertransporte stark reduzieren. Eine artgerechte Haltung von Kühen, Schweinen und Geflügel steigert das Tierwohl und ist gesünder für uns als eine Massentierhaltung, in der massenweise Antibiotika eingesetzt werden. Das verbessert das Leben für alle Seiten – und macht die Lebensmittel auf deinem Teller sicher.

KEIN GIFT MEHR AUF UNSEREN FELDERN

Gefährliche Pestizide wie Glyphosat oder Neonicotinoide sind Gift für uns. Sie zerstören unsere Böden und gefährden unsere Gesundheit. Und sie bedrohen das Überleben von Bienen und Insekten, die die Pflanzen bestäuben, die uns ernähren. Kurz: Diese Pestizide gefährden unsere eigenen Lebensgrundlagen. Wir lassen nicht locker, bis ihr Einsatz in der EU ein für alle Mal ein Ende hat. Der Verzicht auf Pestizide bewahrt unsere gesunden Böden, rettet Bienen und sichert die Artenvielfalt.

VOLLE WAHLFREIHEIT FÜR DICH

Jeder Mensch soll frei entscheiden können, ob gentechnisch veränderte Produkte auf den eigenen Teller kommen oder nicht. Wir lehnen den Vorschlag der EU-Kommission zur Deregulierung von gentechnisch veränderten Organismen entschieden ab. Stattdessen braucht es eine klare Zulassungs- und Kennzeichnungspflicht – und die Möglichkeit, dass wir entscheiden können, dass Österreich weiterhin gentechnikfrei produziert. Dafür sind österreichische Lebensmittel weltweit bekannt und ein Exportschlager, und das soll auch so bleiben. Außerdem öffnet gentechnisch verändertes Saatgut Tür und Tor für Patente, die hohe Profite in die Kassa von Großkonzerne spülen, die unsere Landwirtschaft von ihren Produkten abhängig machen, die unsere Sortenvielfalt und Ernährungssicherheit bedrohen und zum Einsatz von noch mehr Pestiziden führen. Wir Grüne sind deine starke Stimme dafür, dass du dich auch weiterhin für natürliche, gesunde Lebensmittel entscheiden kannst.

KLASSE STATT MASSE FÖRDERN

Die EU fördert in der Gemeinsamen Agrarpolitik heute vor allem industrialisierte Großunternehmen, die Massenware produzieren und in die ganze Welt exportieren – auf Kosten von kleinen bäuerlichen Betrieben, die es immer schwerer haben. Das wollen wir umkehren: Statt einer pauschalen Flächenförderung, die nur der großen Agrar-Industrie hilft, wollen wir Nachhaltigkeit, Bioqualität, Tierwohl und faire Arbeitsbedingungen fördern. Denn das wirkt sich positiv auf unsere Umwelt, Gesundheit und Gesellschaft aus.

SOZIAL GERECHTE LANDWIRTSCHAFT

Die Arbeit der vielen Menschen, die täglich frische Lebensmittel auf unseren Teller bringen, ist die Grundlage unserer Existenz. Es muss selbstverständlich sein, dass diese Menschen durch faire Preise Einkommen erhalten, die auch ihre Existenz sichern. Denn niedrige Einkaufspeise für den Großhandel steigern nur die Gewinne von Supermarktketten, die ihre Monopolstellung ausnutzen, um Preise bei Landwirt:innen zu drücken.

KREISLAUFWIRTSCHAFT AM HOF

Kreislaufwirtschaft spart Ressourcen und macht unabhängig – auch in der Landwirtschaft. Der nachhaltige Weg führt über kleine und mittelgroße Betriebe, die ihren eigenen Dünger selbst am Hof produzieren. Die ihre Tiere mit Futter aus eigenem Anbau ernähren oder sich innerhalb der Region gegenseitig beliefern. Das macht unabhängig von Großkonzernen und von klimaschädlichen Kunstdüngern aus Russland. Und es spart lange Transportwege quer durch Europa.

KURZE LIEFERKETTEN FÜR ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Für eine sichere Versorgung mit gesunden und leistbaren Lebensmitteln brauchen wir kurze Wege und selbstbestimmte Arbeitsbedingungen. Unser Ziel ist es, Europa unabhängiger von Importen aus anderen Erdteilen zu machen. Das garantiert die Ernährungssicherheit auf unserem Kontinent, auch in Krisenzeiten. Und macht Schluss mit unnötigen Transporten mehrmals quer durch die Welt, die eine große Belastung für unser Klima sind. Wir müssen und können die Ausbeutung von Mensch und Natur auch in anderen Erdteilen eindämmen: mit voller Transparenz und fairen Standards in Freihandelsabkommen. Die Landwirtschaft, die uns alle ernährt, darf nicht zum Kollateralschaden internationaler Wirtschaftsbeziehungen gemacht werden.

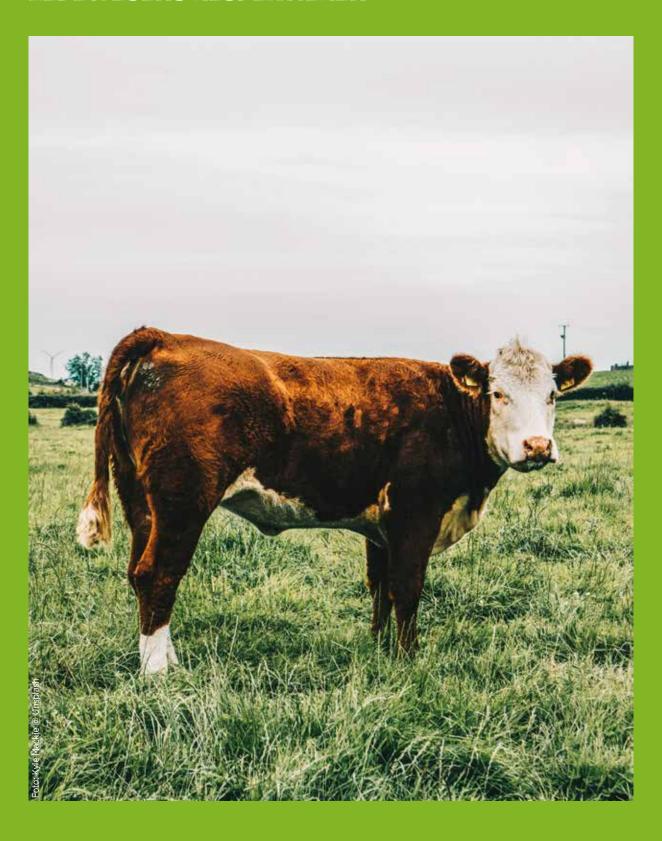
GETREIDE AUF DEN TELLER STATT IN DEN TANK

Getreide ist die wertvolle Basis unserer Nahrung. Wir werden in der EU dafür sorgen, dass Getreide in erster Linie für die Produktion von Lebensmitteln eingesetzt wird – und nicht als Kraftstoff, für den es bessere Alternativen gibt. So machen wir Europa effizienter und sicherer satt.

ROBUSTE MISCHWÄLDER STATT ANFÄLLIGER MONOKULTUREN

Wälder sind unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die Klimakrise und das Artensterben. Gesunde Wälder helfen, ${\rm CO_2}$ aus der Atmosphäre zu absorbieren und den Wasserkreislauf zu regulieren. Sie schützen vor Bodenerosion und sind Lebensraum einer riesigen Zahl an Pflanzen, Tieren und Insekten. Damit der Wald aber diese Leistungen erbringen kann, müssen wir Nutzwälder umbauen zu naturnahen, widerstandsfähigen Mischwäldern. Dies gilt insbesondere für die vielen großen Monokulturflächen Europas, die zwar schnell wachsen und damit schnell Ertrag bringen, aber besonders anfällig sind für Schädlinge. Langfristig hilft der Umstieg auf Mischwälder so den Forstwirt:innen, dem Klima und der Artenvielfalt. Die letzten europäischen Urwälder müssen wir endlich konsequent schützen.

EIN GUTES LEBEN FÜR MENSCH UND TIER DIE WÜRDE JEDES EINZELNEN LEBEWESENS RESPEKTIEREN



Tiere sind fühlende Lebewesen und haben das Recht auf ein gutes, würdevolles Leben. Der Mensch nutzt Tiere in vielen Lebensbereichen: von der Ernährung über Kleidung bis hin zur medizinischen Forschung. Es ist unsere ethische Verantwortung, dabei die Bedürfnisse der Tiere zu respektieren.

Die globale Agrarindustrie beutet Tiere immer noch für den maximalen Profit aus. Katastrophale Lebens- und Transportbedingungen in der Massentierhaltung sind europaweit nach wie vor die Regel. Schweine werden dicht an dicht in enge Buchten gepfercht, in denen sie sich nicht bewegen können und Schmerzen leiden. Hühner werden für die Fleischproduktion so massig gezüchtet, dass sie sich unter ihrem Gewicht die Knochen brechen. In hygienisch desolaten Haltungsbedingungen auf viel zu engem Raum breiten sich gefährliche Krankheiten aus, Antibiotika werden massenweise verfüttert – mit gefährlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt.

Wir Grüne haben in Österreich wichtige Verbesserungen im Tierschutz durchgesetzt, sowohl für Nutztiere in der Landwirtschaft als auch für Haustiere. Auch auf europäischer Ebene treten wir als treibende Kraft für deutlich höhere Standards für rundum mehr Tierschutz ein.

DA WOLLEN WIR HIN

In Österreich gelten in vielen Bereichen bereits hohe Tierschutzstandards. Mit unserem gemeinsamen Einsatz wollen wir nun die gesamte Europäische Union zu einer Tierschutz-Union machen, die weltweit neue Tierwohl-Standards setzt. Es geht um viel mehr als nur die Vermeidung von Leid, Stress, Angst, Schmerzen, Verletzungen oder Krankheiten. Unser Ziel ist ein Europa, das allen Tieren eine gute Lebensqualität ermöglicht. In einem Umfeld, in dem sie ihre natürlichen Verhaltensweisen ausleben können.

EIN LEBEN IN WÜRDE FÜR JEDES TIER

Tiere sind keine Ware, sondern fühlende Lebewesen. Die Würde jedes einzelnen Tiers muss respektiert werden. Deshalb setzen wir uns für einen konsequenten Ausstieg aus der grausamen Massentierhaltung ein. Stattdessen muss Europa die kleinbäuerliche, ökologische und biologische Landwirtschaft unterstützen. Das wollen wir in den Landwirtschafts-Förderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik verankern. So kommen wir zu einer flächengebundenen Tierhaltung, die Tierzahlen reduziert, um den Ressourcenverbrauch zu minimieren – und ermöglichen Kühen, Schweinen, Hühnern und Co. ein gutes Leben.

VERBESSERTE REGELN, DIE ÜBERALL EINGEHALTEN WERDEN

Alle Tiere sollen mit ambitionierten und europaweit einheitlich geltenden Gesetzen geschützt werden – und die bestehenden Gesetze müssen konsequent durchgesetzt und kontrolliert werden. Das gilt für die tiergerechte Haltung ebenso wie für eine Zucht ohne Qualen und verbesserte Standards bei Transport und Schlachtung. Zusätzliche Anstrengungen brauchen wir auch für ein Verbot von Pelzproduktion und -handel, bei der Einschränkung von Tierversuchen, der Bekämpfung des illegalen Tierhandels und beim Stopp des Imports von geschützten Tierarten.

GESUNDHEIT VON MENSCH, TIER UND UMWELT SCHÜTZEN

Wir setzen uns für den One Health-Ansatz ein, der die Gesundheit von Mensch und Tier zusammendenkt. Durch den maßlosen Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung werden gefährliche Keime resistent gegen die einzigen wirksamen Medikamente – und das ist eine ernsthafte Gefahr, auch für Menschen. Strengere Vorgaben und weniger Massentierhaltung bedeuten auch weniger Antibiotika, die an Tiere verfüttert werden.

VOLLE TRANSPARENZ FÜR DICH

Du sollst genau wissen, welche Lebensmittel auf deinen Teller kommen. Ähnlich wie die Herkunft von Eiern soll künftig auch die Haltung von Tieren gekennzeichnet werden. Mit zusätzlichen Informationen darüber, ob sie mit gentechnisch verändertem Futter ernährt wurden oder nicht. All das sollst du auf einen Blick erkennen können, um selbst zu entscheiden, welche Produkte du auswählst. Egal, ob im Supermarkt oder im Gasthaus.

STRENGE REGELN FÜR TRANSPORTE

Transporte sind immer mit Stress und einer hohen Belastung für Tiere verbunden. Wir treten daher für eine kürzere maximale Transportdauer ein, sowie für mehr Platz und Schutz vor Verletzungen, verpflichtende Kühlung, ausreichend Wasser und regelmäßige Fütterung. Die Einhaltung soll einheitlich und lückenlos kontrolliert werden, durch eine Digitalisierung und GPS-Tracking. Schiffstransporte sollen abgeschafft werden. Außerdem setzen wir uns für regionale Kreisläufe zur Vermeidung von langen Tiertransporten ein.

HOHE STANDARDS, DIE WELTWEIT GELTEN

Die hohen Tierschutz-Standards, die wir in der EU verankern wollen, sollen auch bei Importen aus Drittstaaten gelten. Sogenannte Spiegelklauseln, die importierte Erzeugnisse heimischen Produktionsstandards unterwerfen, sollen das schwarz auf weiß in internationalen Handelsverträgen festschreiben.



EIN EUROPA, DAS ZUSAMMENHÄLT FREIHEIT, DEMOKRATIE UND RECHTSSTAATLICHKEIT



Russlands verbrecherischer Eroberungskrieg mitten in Europa ist nicht nur ein brutaler Angriff auf die Menschen in der Ukraine, der nach wie vor abertausende Todesopfer fordert, maßlose Zerstörung verursacht und Menschen jeden Alters in unermessliches Leid stürzt. Russlands völkerrechtswidriger Angriff trifft auch die eigene Bevölkerung, in der Hunderttausende ihr Leben verlieren, verletzt vom Schlachtfeld zurückkommen oder in Straflager gesperrt werden, wenn sie sich friedlich gegen den Krieg stellen. Es ist auch ein Angriff Putins auf ganz Europa, auf unsere Werte, unsere Freiheit und unsere Demokratie. Wie entlarvend für die Rechten und vor allem für die Rechtsextremen ist ihr Verständnis für, ja ihre Zusammenarbeit mit Putin? Ein erschütternder Beweis ist der Freundschafts-Vertrag, den die FPÖ mit Putins Partei abgeschlossen hat – und das bereits 2016, also zwei Jahre nach der Annexion der Krim. Die FPÖ und Putin treffen sich in ihrem Hass gegen Vielfalt, gegen gesellschaftspolitische Freiheiten, gegen die Gleichstellung von Frauen und gegen die Idee der Europäischen Union.

All das zeigt: Die EU ist als Projekt für den Frieden, für Freiheit, Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte von außen und innen bedroht. Wir dürfen nicht den Fehler machen, sie einfach als gegeben zu sehen. Ihre Feinde arbeiten hart an ihrer Schwächung. Was uns schützt, ist unser Zusammenhalt. Wir leben Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und verteidigen sie gemeinsam.

Europas Sicherheit ist heute mit vielfältigen Bedrohungen und Konflikten in unmittelbarer Nähe konfrontiert, zusätzlich zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Nach dem brutalen Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 herrscht Krieg in Nahost, der weiter zu eskalieren droht. Aber auch der Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien um Bergkarabach und schwelende Spannungen am Westbalkan sind eine Gefahr für unsere Sicherheit.

Gleichzeitig bedroht der Aufstieg rechtsextremer Kräfte in Europa unsere liberale Demokratie von innen heraus. Mit Hass, Hetze und Korruption spalten rechtsextreme Nationalisten die Gesellschaft und wollen europäischen Zusammenhalt, Frieden und die Grundfesten unserer Demokratie von innen aushöhlen und zerstören. In Orbáns Ungarn sehen wir, wohin es führt, wenn diese Kräfte an die Macht kommen: zu einem massiven Abbau von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsvielfalt – und zu einem Verlust von Wohlstand und Zukunftsperspektiven.

Die Herausforderungen sind groß und komplex – wir Grüne sind überzeugt davon, dass nur eine EU, die zusammenhält, auch dagegenhalten kann. Wir kämpfen für ein Europa, das zusammenarbeitet, um den Rechtsstaat und die Demokratie, die Umwelt und die Natur, das Miteinander und die Gerechtigkeit zu schützen und zu stärken.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir können die aktuellen weltpolitischen Herausforderungen nur gemeinsam in einem starken Europa stemmen. Um eine gute Zukunft für alle Menschen zu gestalten, müssen wir auf unsere europäischen Grundwerte bauen, die uns stark gemacht haben. Sie sind das Fundament für Frieden und Sicherheit, für Zusammenhalt und Solidarität, für Menschlichkeit und Empathie, für Demokratie, Freiheit und Wohlstand.

KEIN GELD IN DIE KRIEGSKASSEN VON DIKTATOREN – RAUS AUS RUSSISCHEM GAS

Raus aus Öl und Gas – das ist auch entscheidend für Europas Sicherheit. Mit dem gemeinsamen Umstieg auf saubere, sichere und leistbare Energie machen wir uns unabhängig von schmutzigen fossilen Importen, die Despoten wie Putin als Waffe und Druckmittel gegen uns einsetzen. Nur so drehen wir diktatorischen Regimen endgültig den Geldhahn zu, anstatt weiterhin Milliarden in ihre Kriegskassen zu spülen – und Europa damit selbst in Gefahr zu bringen.

SCHUTZ UND HILFE

Der Abbau von Ungleichheiten, die Stärkung der Demokratie und der Schutz der Umwelt sind nachhaltige Wege, um die Ursachen gewaltsamer Bedrohungen anzugehen und widerstandsfähige Gesellschaften aufzubauen. Europa muss sich viel aktiver auf die Suche nach friedlichen Lösungen für bewaffnete Konflikte, sowohl in unserer Nachbarschaft als auch darüber hinaus, beteiligen. Wir wollen verstärkt in Konfliktprävention, Friedenssicherung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Klimaschutz investieren.

STARKE GEMEINSAME STIMME

Dringender denn je braucht Europa jetzt eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik auf Basis qualifizierter Mehrheitsentscheidungen. Im Zentrum dieser Politik müssen die konsequente Förderung der Friedensbemühungen, der unbedingte Schutz von Menschenrechten, die Stärkung des multilateralen Dialogs, die unmissverständliche Ächtung von Krieg und das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) stehen, die allen Menschen ein Leben in Sicherheit und Würde ermöglichen. Nur mit einer starken, gemeinsamen Stimme kann Europa hier entscheidend mitgestalten.

FREIHEIT GEMEINSAM VERTEIDIGEN

Auch im Bereich der Verteidigung muss die EU verstärkt zusammenarbeiten, militärische Synergien nutzen und gemeinsam ein defensives Verteidigungssystem aufbauen, um Sicherheit zu gewährleisten. Wer versucht, staatliche Grenzen mit militärischer Gewalt zu verändern, muss mit unserem gemeinsamen, konsequenten und umfassenden Widerstand rechnen.

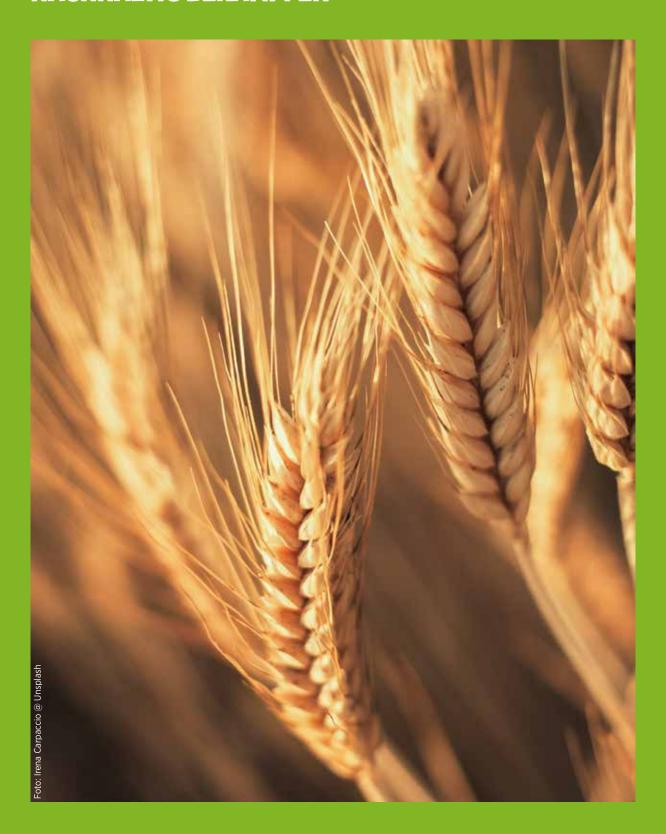
KRIEGSVERBRECHER ZUR VERANTWORTUNG ZIEHEN

Europa darf nicht wegschauen, wenn unschuldige Menschen zum Opfer grauenhafter Gewalt werden. Wir müssen die Verantwortlichen für völkerrechtswidrige Angriffskriege, Genozide, Kriegsverbrechen und jegliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor den Internationalen Strafgerichtshof bringen, um die Menschenrechte zu verteidigen und für Gerechtigkeit zu sorgen. Dafür müssen die internationalen Strafverfolgungsbehörden und Gerichte ausreichend finanziert und unterstützt werden.

NEUTRALITÄT MIT KLARER HALTUNG

Österreich ist militärisch neutral. Politisch steht die Republik Österreich eindeutig auf der Seite des Völkerrechts, der Demokratie und der Menschenrechte und des Rechtes auf Selbstverteidigung. Je größer der Beitrag, den wir im Rahmen der Neutralität gemeinsam in der Europäischen Union leisten, desto höher unsere Sicherheit und der Schutz der Souveränität unseres Landes. Deshalb setzen wir uns für eine aktive Teilnahme an der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ein und unterstützen beispielsweise die Ukraine durch konstruktive Enthaltung. Wir nehmen unsere Verantwortung auch in zahlreichen friedenssichernden Auslandsmissionen wahr. Gemeinsam mit den anderen neutralen EU-Mitgliedstaaten wollen wird Garant dafür sein, dass europäische Außen- und Sicherheitspolitik mehr ist als die Umsetzung von Nato-Beschlüssen.

NACHHALTIGE HILFE FÜR EINE BESSERE ZUKUNFT HUNGER UND HUMANITÄRE KRISEN NACHHALTIG BEKÄMPFEN



Europa darf den Rest der Welt gerade jetzt nicht im Stich lassen. Die zunehmenden Wetterextremereignisse, Naturkatastrophen und humanitären Notlagen machen eine nachhaltige, verlässliche Hilfe dringender nötig denn je. Es gilt, aus den Fehlern, aber auch von den Best Practice Beispielen der Vergangenheit zu lernen und die noch immer sehr nationalstaatlich strukturierte Entwicklungszusammenarbeit europäisch zu koordinieren. So können wir schneller, umfassender und effizienter handeln und helfen, für die Menschen in der Ukraine, in Gaza, im Sudan oder in anderen Regionen, die von politischen, militärischen oder naturkatastrophenbedingten Krisen betroffen sind.

Russland aber auch China nützen die internationale Zusammenarbeit, um Abhängigkeiten zu schaffen und Macht zu gewinnen. Ihr Angebot sind Geld oder Waffen – und dafür fordern sie langfristigen Einfluss sowie Stillschweigen bei Menschenrechtsverletzungen und politischer Unterdrückung.

Die EU muss das anders machen. Sie muss faire Partnerschaften anbieten, die soziale, wirtschaftliche, klimapolitische und demokratiepolitische Aspekte verknüpfen und damit anderen Ländern nachhaltig helfen und diese unabhängig machen.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir Grüne machen uns für eine EU stark, die ein verlässlicher Partner für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auf der ganzen Welt ist. Das ist nicht nur unsere menschliche Verpflichtung und politische Überzeugung, sondern schützt auch uns selbst vor den Auswirkungen weltweiter Krisen.

GEZIELTER FORTSCHRITT DURCH MEHR TRANSPARENZ

Saubere Politik heißt volle Transparenz – auch in der Entwicklungszusammenarbeit. Hilfsgelder müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Und wir müssen den Erfolg von Projekten verstärkt beobachten und auswerten, um Verbesserungen zu ermöglichen. Ein klarer Transparenzmechanismus hilft uns, gezielt für fairen Fortschritt auf der Welt zu sorgen.

HUNGER NACHHALTIG BEKÄMPFEN

Kein Mensch sollte Hunger leiden müssen. Ernährungssicherheit ist ein Menschenrecht. Wir setzen uns dafür ein, dass es weltweit durchgesetzt wird. Durch fairen Handel und eine Entwicklungszusammenarbeit, die Länder verstärkt bei einer nachhaltigen Landwirtschaft unterstützt, die sie dauerhaft ernährt – und nicht nur durch die Lieferung von Nahrungsmitteln, die neue Abhängigkeiten schafft.

LEBENSBEDINGUNGEN VERBESSERN

Nachhaltige Entwicklungspolitik hat das Ziel, dass Menschen auf der ganzen Welt ein besseres Leben in einer intakten Umwelt führen können. Indem wir Armut verringern, Umwelt schützen und Demokratie fördern, schaffen wir mehr Gerechtigkeit, stärken das Zusammenleben und beugen so Konflikten vor. Entwicklungspolitik ist somit auch Friedenspolitik. Daher treten wir dafür ein, dass die Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit aufgestockt und gezielter eingesetzt werden, um die Lebensbedingungen in den betroffenen Ländern wirksam zu verbessern – sozial und ökologisch. Gerade die ärmsten Staaten brauchen unsere Hilfe, vor allem bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen, damit die Menschen in Zukunft nicht vor Klimakatastrophen, Hunger, Ressourcenkonflikten oder Krieg fliehen müssen.

SELBSTBESTIMMUNG VOR ORT STÄRKEN

Helfen, um Menschen unabhängig von Hilfe zu machen: Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe bedeutet, Menschen beim Aufbau eines selbstbestimmten, guten Lebens zu unterstützen. Dafür müssen wir gerade Frauen aktiv stärken sowie lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, die wesentlich beim Aufbau von nachhaltigen Wirtschaftskreisläufen und sozialen Netzen sind.

KLARE ZIELE FESTLEGEN

Wir müssen klare Ziele für die Entwicklungsgelder aus der EU festlegen: Die Unterstützung muss bei jenen Menschen ankommen, die sie am dringendsten brauchen. Und sie muss dazu beitragen, dass die nachhaltigen Entwicklungsziele und unsere gemeinsamen Klimaziele aus dem Pariser Abkommen erreicht werden. Besonders die Umstellung auf eine umweltund klimafreundliche Wirtschaft und die Widerstandsfähigkeit gegen die Auswirkungen der Klimakrise müssen dabei gestärkt werden.

ENTWICKLUNG NICHT IM WEG STEHEN

Ausbeuterische Handelsverträge statt Fair-Trade-Abkommen, undurchsichtige Steueroasen statt Transparenz: Noch immer dominieren egoistische wirtschaftliche Interessen und drohen, viel zu oft die wertvolle Arbeit der Entwicklungszusammenarbeit wieder zunichte zu machen. Das müssen wir ändern: Alle politischen Maßnahmen, die die EU setzt, sollen die wichtigen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele unterstützen und fördern. Es ist unsere Pflicht und Verantwortung, nicht wegzuschauen und die Menschen und Regionen in der Nachbarschaft, aber auch darüber hinaus, zu unterstützen.

GEMEINSAM PARTNERSCHAFTEN AUFBAUEN

Beim Aufbau von fairen Partnerschaften wollen wir uns intensiver mit den anderen EU-Mitgliedstaaten abstimmen. Wir unterstützen einen starken "Team Europe"-Ansatz, der eine Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft und quer über die unterschiedlichsten Politikbereiche hinweg festigt und das Bild Europas als wirtschaftlicher und politischer Partner:innen stärkt. Das sorgt für eine bessere Koordinierung und Kohärenz, bei der alle Beteiligten Mitverantwortung übernehmen. Und es gibt unserer gemeinsamen Arbeit mehr Sichtbarkeit und Durchschlagskraft.

RAUS AUS SCHMUTZIGEN GESCHÄFTEN MIT DIKTATUREN EUROPA UNABHÄNGIG VON DIKTATUREN MACHEN



Zahlreiche europäische Staaten und gerade auch Österreich haben sich lange Zeit immer abhängiger von Russland und seinen Gaslieferungen gemacht. Politiker:innen von SPÖ, ÖVP und FPÖ haben sich als Einfädler langfristiger Verträge mit Russland zu profilieren versucht. Was manche damals für "billige" Energie gehalten haben, führte uns in eine Abhängigkeit, macht heute alles teurer und hinterlässt einen fragwürdigen Eindruck bei unseren europäischen Partner:innen.

Für uns Grüne ist klar: Europa muss sich jetzt mit vereinten Kräften unabhängiger von autoritären Staaten und gefährlichen Diktaturen machen.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wollen ein Europa, das unabhängig von den Machtspielen gefährlicher Diktatoren ist. Denn wir wollen uns auf ein Leben in Freiheit, auf eine warme Wohnung, auf eine sichere Stromversorgung und leistbare Preise im Alltag verlassen können. Diesen Weg wollen wir gemeinsam gehen, damit unsere Kinder wieder in einer sicheren Welt aufwachsen können.

SAUBERE ENERGIE SELBST ERZEUGEN

Der Umstieg auf saubere Energie aus erneuerbaren Quellen macht Europa unabhängig, frei und sicher. Deshalb müssen wir ihn mit vereinten Kräften vorantreiben! Der Ausstieg aus Öl und Gas ist auch ein Ausstieg aus schmutzigen Geschäften mit Diktaturen – und führt letztlich dauerhaft zu günstigeren Preisen für uns alle. Denn im Gegensatz zu Putin schicken uns Sonne, Wind und Wasser keine Rechnung und drohen nicht, uns den Strom und die Heizung abzudrehen. Deshalb ist weiter massiv in heimische erneuerbare Energieträger zu investieren anstatt viele Milliarden an die Diktaturen und Kriegstreiber zu überweisen.

AUSBEUTUNG WELTWEIT BEKÄMPFEN

Für die Herstellung der Produkte und Rohstoffe, die wir importieren, müssen verpflichtend soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden. Das setzen wir durch partnerschaftliche Kooperationen und transparente Lieferketten um. Dazu gehört, rohstoffreicheren Regionen zu helfen, die UN-Nachhaltigkeitsziele und internationale Menschenrechtsstandards durchzusetzen.

KEINE SCHMUTZIGEN WAFFENGESCHÄFTE

Europa darf keine Gewinne aus schmutzigen Waffendeals mit Diktatoren machen. Wer Rüstungs- und Überwachungstechnologie an skrupellose Despoten verkauft, bringt damit uns alle in Gefahr. Wir brauchen daher strengere Richtlinien für den Waffenexport und müssen diese Regeln strikter durchsetzen. Außerdem setzen wir uns für ein generelles Verbot von Atomwaffen und Kampfrobotern ein, die für das eigenmächtige Töten von Menschen programmiert sind.

MENSCHLICHKEIT UND ORDNUNG

EIN MENSCHLICHER UND KLUGER UMGANG MIT FLUCHT UND MIGRATION



Wir leben in herausfordernden Zeiten. Brutale Kriege und ihre zerstörerischen Folgen, Unterdrückung, Verfolgung, systematische Menschenrechtsverletzungen und bitterste Armut, aber auch Naturkatastrophen als Folge der Klimakrise: All diese verheerenden Bedingungen treiben Menschen in die Flucht. Es sind die akuten Bedrohungen für Leib und Leben, Not, Hunger oder eine Zukunft ohne Perspektive, die sie zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Derzeit gibt es in der EU zu wenige sichere Fluchtwege – z.B. durch Resettlement- und Aufnahmeprogramme oder humanitäre Visa. Reguläre Fluchtwege sind aber die beste Lösung, um jenen Menschen auf geordnetem Weg Schutz zu gewähren, die ihn am dringendsten brauchen – und gleichzeitig Menschenhandel und Schlepperei effektiv zu bekämpfen.

An den Außengrenzen der EU sind immer wieder menschenunwürdige Zustände festzustellen. NGOs und internationale Organisationen berichten von Fällen, in denen Flüchtende brutal verletzt und rechtswidrig über Grenzen zurückgeschoben werden. Doch diese Push-Backs sind illegal und es darf nicht sein, dass Menschenrechte mit Füßen getreten werden und Kinder auf der Flucht sterben – während jene Menschen, die etwas gegen dieses Leid tun, wie z.B. die Seenotretter:innen, für ihre Hilfe sogar noch kriminalisiert werden.

Gleichzeitig brauchen wir in der EU dringend Verstärkung. Viele Branchen wie Pflege, Gastronomie oder Tourismus suchen händeringend nach Personal. Eine geburtenstarke Generation geht in Pension und hinterlässt offene Stellen, für die es nicht genug junge Menschen in Europa gibt. Es ist daher nötig, dass neue Arbeitskräfte auf legalem und sicherem Weg zuwandern und ihre Qualifikationen einsetzen können. Die nationalen Regeln hierfür sind jedoch unnötig streng und stellen Auflagen, die nur für die wenigsten Menschen zu erfüllen sind.

Eine hetzerische, fremdenfeindliche Politik, wie sie mittlerweile über die Rechtsextremen hinaus gefordert und allzu oft von rechtskonservativen Kräften umgesetzt wird, schadet uns allen und schwächt Europa. Sie bedroht unsere Gesundheitsversorgung, weil es mit einer kompletten Abschottung schon bald viel zu wenige Menschen geben wird, die unsere Liebsten pflegen und versorgen. Sie schadet dem Wirtschaftsstandort, wenn Hotels zusperren müssen und innovative Betriebe ihre Aufträge nicht mehr erfüllen können. Und das zerstört unseren eigenen Wohlstand, der uns ein gutes Leben in sozialer Sicherheit ermöglicht. Nicht zuletzt haben uns die Kriege des 20. Jahrhunderts zudem eindrücklich gelehrt, dass Ausgrenzung und Menschenrechtsverletzungen nicht bei den vermeintlich "anderen" aufhören, sondern das gesellschaftliche Miteinander an sich zerstören.

Die EU muss dringend den Weg zu einer menschlichen und klugen Migrations- und Asylpolitik einschlagen. Gemeinsam, koordiniert und solidarisch. Einen Versuch in diese Richtung stellt der Asyl- und Migrationspakt dar. Er bietet die erstmalige Chance auf mehr Einheitlichkeit im Umgang mit Flüchtenden in Europa. Gleichzeitig sehen wir aber Defizite und haben unsere Kritik aus menschenrechtlicher Perspektive klar formuliert. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass Europa die richtigen Entscheidungen mit Hirn und Herz trifft.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir Grüne stehen für eine Politik, die bei Flucht genauso wie bei freiwilliger Migration auf Menschlichkeit und Ordnung setzt. Mit klaren und fairen Regeln, wie unsere unverhandelbaren Menschenrechte, die für alle gelten. Und mit klugen Entscheidungen, die Europa stärker machen. So geben wir vielen Menschen die Chance auf ein gutes Leben in Sicherheit. Und wir legen den Grundstein für ein gutes Zusammenleben und eine aussichtsreiche Zukunft für uns alle.

SOLIDARISCHER ZUSAMMENHALT IN DER EU

Die EU kann nur mit vereinten Kräften an einer rechtebasierten und lösungsorientierten Flüchtlingspolitik arbeiten. Dabei müssen alle Mitgliedstaaten Verantwortung übernehmen – mit einem dauerhaften, verlässlichen und verbindlichen Solidaritätsmechanismus. Das bedeutet unter anderem eine faire und geregelte Verteilung von Schutzsuchenden. Und es setzt ordentliche Aufnahmebedingungen in allen Mitgliedstaaten voraus, nicht nur in Ländern wie Österreich und Deutschland, die aktuell und in den letzten zehn Jahren deutlich mehr Verantwortung in der Aufnahme von Flüchtenden übernommen haben als viele andere. Das müssen wir deutlicher fordern, bis hin zur Diskussion über Sanktionen gegen jene Mitgliedstaaten, die sich nicht daran halten, wie Ungarn oder die Slowakei. Es braucht einen verstärkten Schutz für Kinder und besonders gefährdete Gruppen. Und ordentliche, faire Asylverfahren mit einer unabhängigen Rechtsberatung in allen Mitgliedstaaten.

INTEGRATION AB TAG 1

Wir Grüne stehen für Integration ab Tag 1 durch frühzeitige Sprachförderung und verbesserte Anerkennung von Qualifikationen, die Menschen im Ausland erworben haben. Wir sind überzeugt, dass Flüchtlingspolitik mit Hirn und Herz auch bedeutet, Flüchtenden so bald wie möglich und unter Einhaltung der bestehenden sozial- und arbeitsrechtlichen Standards einen effektiven Arbeitsmarktzugang zu ermöglichen. So können wir sie dazu ermächtigen, möglichst schnell für ihren eigenen Unterhalt sorgen zu können, anstatt über Jahre hindurch auf öffentliche Unterstützung angewiesen zu sein. Denn davon haben wir alle mehr.

BLEIBERECHTSMÖGLICHKEITEN AUSBAUEN

In einem rechtsstaatlichen Verfahren ist klar: Wird der Asylantrag nach einem fairen Verfahren abgelehnt, müssen die Menschen Österreich wieder verlassen. Fest steht auch: Unser Wirtschafts- und Pensionssystem braucht Zuwanderung. Deshalb brauchen wir auch pragmatische Lösungen in der EU. Zum Beispiel mit einem sogenannten "Spurwechsel": Bereits in Europa arbeitende Fachkräfte, nach denen wir aufgrund ihrer Ausbildung oder ihres Berufs händeringend suchen, sollen so in Zukunft nicht mehr abgeschoben werden.

AKTIV UM FACHKRÄFTE BEMÜHEN

Rechtspopulisten wollen Menschen mit Schikanen vor der Zuwanderung abschrecken. In Wahrheit müssen wir uns aktiv um qualifizierte Fach- und Arbeitskräfte bemühen. Denn sie werden, wie alle Expert:innen und Studien belegen, dringend gebraucht. Dafür schlagen wir gemeinsame Rahmenbedingungen vor: eine erleichterte Anerkennung von Bildungsabschlüssen, die in Drittstaaten erworben wurden. Einen ausgebauten EU-Talentpool, der Betriebe mit Arbeitssuchenden aus Drittländern zusammenbringt. Weniger Bürokratie und die Möglichkeit, Anträge unkompliziert auch digital zu stellen. Eine moderne Migrationsregelung ist ein Vorteil für Europa und macht Platz frei im Asylsystem für all jene, die dringend Hilfe in akuten Notlagen brauchen.

MENSCHLICHKEIT UND KONTROLLE AN DEN AUSSENGRENZEN

Es ist beschämend, welche gewaltsamen und unmenschlichen Szenen sich vor Europas Toren ereignen. Wir müssen für die unbedingte Einhaltung aller Menschenrechte an den EU-Außengrenzen und die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen sorgen. Auch das ist eine Aufgabe, die wir als EU nur gemeinsam bewältigen können. Es braucht menschenrechts-

konforme Regeln für Grenzkontrollen durch eine rechtsstaatliche Weiterentwicklung mit einer verstärkten parlamentarischen Kontrolle der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex. Wir dürfen nicht wegschauen, wenn Menschen im Mittelmeer ertrinken. Statt Hilfsorganisationen mit Strafen zu bedrohen, müssen wir die Seenotrettung – und alle, die Menschenleben retten – stärker unterstützen und die Verantwortung Europasunterstreichen, Menschen in Not zu helfen.

SCHENGEN-VERSPRECHEN EINHALTEN

Wir Grüne setzen uns für den unmittelbaren Schengen-Vollbeitritt von Rumänien und Bulgarien ein. Sie haben, wie die Kommission bestätigt hat, ihre Aufgaben erfüllt und es ist für alle Seiten von Vorteil, die beiden Unionsmitglieder auch im Schengen-Raum des freien Personen- und Warenverkehrs voll dabei zu haben. Denn Schengen heißt genau das: Konsequente Kontrollen der Außengrenzen, aber auch den Abbau der Grenzen innerhalb Europas. Deshalb dürfen Binnengrenzkontrollen nicht zur Regel werden und nur in Ausnahmefällen für eine begrenzte Zeit wiedereingeführt werden. So verteidigen wir die versprochenen Freiheiten innerhalb der Union.

FLUCHTURSACHEN STATT MENSCHEN BEKÄMPFEN

Das alte Denken, das Menschen mit Härte und Gewalt vor der Flucht aus ihrer Heimat abhalten will, ist nicht nur unmenschlich – es ist auch falsch. Wir müssen vielmehr die Ursachen bekämpfen, die Menschen zur Flucht zwingen: Krieg, Not und Umweltzerstörung. Dazu muss die EU die Herkunftsländer stärker dabei unterstützen, für bessere Lebensbedingungen zu sorgen. Durch humanitäre Hilfe, über die Entwicklungszusammenarbeit, aber auch über politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

FRIEDLICHES MITEINANDER FÖRDERN

Gemeinsam müssen wir unsere Freiheit verteidigen und für ein friedliches Miteinander eintreten. Das bedeutet: Keine Toleranz für Intoleranz. In unserer Gesellschaft darf kein Platz sein für Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus, Hass gegen LGBTIQ+-Personen, Rassismus oder jede andere Form von Diskriminierung. Daran müssen sich alle ungeachtet ihrer Herkunft halten und bei Nichteinhaltung mit adäquaten Konsequenzen des Rechtsstaates rechnen. Statt zu spalten und Menschen gegeneinander auszuspielen, müssen wir stärken, was uns verbindet. Zum Beispiel durch die frühzeitige Förderung von Spracherwerb und Selbsterhaltungsfähigkeit und über andere Initiativen für ein gutes Miteinander.

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

RECHTSSTAATLICHKEIT IN EUROPA SICHERN UND DURCHSETZEN



Die Demokratie und ihre Errungenschaften wurden hart erkämpft und sind jetzt wieder akut bedroht. Demokratie funktioniert nur, wenn das System der "Checks and Balances" funktioniert und sich Regierungen an bestehende Gesetze halten. Dieses Prinzip der Rechtsstaatlichkeit ist in Europa zunehmend in Gefahr. Wie weit das führen kann, sehen wir heute schon in Orbáns Ungarn: Die Gewaltentrennung ist eingeschränkt, freien Journalismus gibt es kaum mehr, die Opposition ist in ihren Handlungsmöglichkeiten beschränkt und kritische Stimmen werden zurückgedrängt oder verlassen das Land. Die (einfluss-)reichsten Personen in Wirtschaft und Politik kommen aus dem engsten Netzwerk von Viktor Orbán, Ungarn nimmt bei der Korruption den traurigen 1. Platz in der EU ein. Die Rechte von Frauen und Minderheiten stehen unter Beschuss, insbesondere LGBTIQ+-Personen werden massiv diskriminiert und bedroht.

Egal ob FPÖ, AfD oder Rassemblement National: Rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien in ganz Europa erklären Orbán und seinen Umbau im Land ganz offen zu ihrem Vorbild. Auch sie träumen davon, die freien Medien zu zerschlagen und Menschen in ihren Grundrechten einzuschränken. Wer in einem freien Europa leben möchte, darf das nicht zulassen.

Wir Grüne haben gehandelt: Auf Basis unserer Initiative wurde ein Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Als Folge wurden EU-Fördergelder auf Eis gelegt. Doch das reicht nicht aus. Statt sich an die Regeln der Rechtsstaatlichkeit zu halten, setzt Orbán sein Veto ein, um wichtige Entscheidungen zu blockieren und so ganz Europa zu erpressen. Die EU braucht neue und schärfere Möglichkeiten, um dieses gefährliche Spiel zu beenden und die Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedsländern zu schützen.

DA WOLLEN WIR HIN

Alle Menschen in Europa müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Rechte eingehalten und ihre Freiheiten geschützt werden. Eine EU, die zusammenhält, kann sicherstellen, dass das in allen Mitgliedstaaten gilt. Wir wollen in er EU für stärkere Instrumente sorgen, um die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zu sichern und wirksam durchzusetzen. Darüber hinaus brauchen wir eine laute europäische Öffentlichkeit, die kritische Stimmen in der Zivilgesellschaft wie in den Medien in jenen Ländern unterstützt, in denen Angriffe auf die Institutionen drohen, wie derzeit in der Slowakei.

HINSCHAUEN, WIE'S UM DIE DEMOKRATIE STEHT

Die EU muss den Zustand der Rechtsstaatlichkeit, der Presse- und Meinungsfreiheit und der Grundrechte in allen Mitgliedstaaten genau im Auge behalten und ihre Einhaltung kontrollieren. Rechtsstaatscheck und Rechtsstaatsdialog müssen mehr Gewicht bekommen. Um Korruption zu verhindern, braucht es auch die institutionelle Kontrolle von EU-Geldern und eine starke europäische Staatsanwaltschaft.

RASCHES EINGREIFEN BEI VERSTÖSSEN

Wo die Demokratie bedroht ist, muss die EU rasch eingreifen können. Dazu braucht es einen stärkeren und verbindlichen Rechtsstaatsmechanismus. Sobald ein Mitgliedsstaat die Europäischen Werte missachtet, muss es zu einem entsprechenden Verfahren kommen, das z.B. durch eine Abstimmung mit einer "Einstimmigkeit minus eins" auch wirksam ist. Angemessene Sanktionen sollen jede Verletzung der Rechte und Freiheiten der Menschen in Europa bereits im Ansatz bekämpfen. Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden, als Voraussetzung sollen Mitgliedstaaten sich zur Kooperation mit der Europäischen Staatsanwaltschaft verpflichten.

MENSCHEN VOR VERFOLGUNG SCHÜTZEN

Ganz besonders muss die EU jene Menschen vor Diskriminierung und Verfolgung schützen, deren Rechte am stärksten in Gefahr sind. Das sind zum Beispiel: Aktivist:innen, die sich für Menschenrechte, Klimaschutz, Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft einsetzen. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihres Glaubens oder ihrer Herkunft bedroht werden. Kritische Stimmen wie Journalist:innen oder Whistleblower:innen, die Missstände im Interesse der Allgemeinheit aufdecken. Hier braucht es auch einen besseren Schutz vor Einschüchterungsklagen (SLAPP-Klagen), national und grenzüberschreitend.

GRUNDRECHTE MÜSSEN ÜBERALL GELTEN

Die EU-Grundrechtecharta legt genau fest, welche Regeln unabdingbar einzuhalten und zu schützen sind. Verbindlich gilt das aber bisher nur für das Handeln der EU selbst. Wir wollen, dass auch die einzelnen Mitgliedstaaten nach diesen unumstößlichen Regeln handeln müssen und das auch einklagbar wird. Wenn eine nationale Regierung die Grundrechte ihrer Bürger:innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer Ebene belangt werden können.

AUFSTEHEN FÜR FREIHEIT, VIELFALT UND GLEICHSTELLUNG

MENSCHENRECHTE GEGEN HASS UND HETZE VERTEIDIGEN



Unsere liberale Demokratie ist in Gefahr. Hass und Hetze werden immer lauter. Im Netz, an den Schulen, auf der Straße und am Stammtisch. Rassistische und antidemokratische Parolen werden immer extremer und spielen Menschen gegeneinander aus. Rechtsextreme Kräfte verbreiten gezielt Desinformation, um Ängste zu schüren und unsere Gesellschaft zu spalten. Lügenpropaganda, Fake News und Trollfabriken greifen in unsere freien Wahlen ein. Diktatorische Regime wie Russland haben dabei auch von außerhalb Europas ihre Hände im Spiel.

Autoritäre Politik greift die Rechte von Frauen, LGBTIQ+-Personen sowie von sprachlichen, ethnischen und religiösen Minderheiten an. Das verstärkt ein Klima des Hasses und der Angst. Wie schnell vergiftete Sprache zu handfester Gewalt wird, sehen wir am besorgniserregenden Anstieg von antisemitischen, rassistischen, homo- und transphoben Angriffen in Europa.

Wir müssen aufstehen und uns entschieden gegen diese gefährlichen Entwicklungen stellen. Denn sonst laufen wir Gefahr, dass uns die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte wieder einholen.

DA WOLLEN WIR HIN

Gemeinsam ist Europa stärker als der Hass, der uns auseinanderdividieren will. Wir wollen eine mutige EU, die sich nicht von Hetze einschüchtern lässt und die für die Freiheit, Vielfalt und Gleichstellung in allen Mitgliedstaaten einsteht. Zusammen können wir sicherstellen, dass Europa sich nicht zurück in die düsteren 1930er Jahre entwickelt, sondern nach vorne in lebenswerte 2030er und weiter.

SICHERHEIT FÜR ALLE MENSCHEN

Jeder Mensch soll sich in Europa sicher fühlen können. Wir wollen eine EU, die alle Menschen wirksam und konsequent vor Diskriminierung schützt – egal, woher sie kommen, wie sie leben, wen sie lieben, welcher Geschlechtsidentität sie sich zugehörig fühlen oder woran sie glauben. Das ist der Grundstein unserer Freiheit und eines guten Miteinanders.

AKTIVER SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG

Viele Menschen sehen sich heute noch mit Diskriminierung konfrontiert. Tag für Tag in allen möglichen Lebensbereichen. Rechtsextreme verbreiten Hass und Hetze, gezielt auch antimuslimischen Rassismus. Wir gehen entschieden gegen jegliche Form von Intoleranz, und Hass vor. Um für echte Gleichstellung zu sorgen, setzen wir uns für einen umfassenden EU-Aktionsplan gegen Diskriminierung und Rassismus ein. Mit konkreten Maßnahmen, die gezielt umgesetzt werden und direkt zu positiven Veränderungen führen.

NIE WIEDER IST JETZT

Europa hat schon einmal erlebt, wie Hass und Gewalt zur Massenvernichtung im Nationalsozialismus geführt haben. Angeführt von Führern und Verführern. Nie wieder dürfen sich diese dunkelsten Kapitel unserer Geschichte wiederholen. Nie wieder, das ist jetzt: Der Antisemitismus auf der ganzen Welt nimmt dramatisch zu. Wir müssen dagegen aufstehen und die Sicherheit der jüdischen Gemeinden in allen Mitgliedstaaten gewährleisten. Hass und Gewalt dürfen in Europa keinen Platz haben!

KEIN RÜCKSCHRITT IN DIE VERGANGENHEIT

Die Ehe für alle, die Selbstbestimmung von Frauen über ihren eigenen Körper, der Schutz der Meinungsfreiheit und vieles mehr: Die Grundrechte und Freiheiten, die wir heute in Europa haben, mussten über viele Generationen hart erkämpft werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie wieder in Frage gestellt und zurückgenommen werden. Der Blick auf Orbáns Ungarn zeigt, wie schnell das passieren kann.

VOLLE GLEICHSTELLUNG STATT ZURÜCK AN DEN HERD

Während Rechtspopulisten Frauen am liebsten zurück an den Herd verbannen würden, kämpfen wir weiter für die volle Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Das bedeutet unter anderem: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine faire Verteilung von Betreuungs- und Pflegeaufgaben und ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern in den entscheidenden Positionen in Wirtschaft und Politik. Wir Grüne werden die treibende Kraft für eine wirksame europäische Gleichstellungsstrategie sein.

UNABHÄNGIGE INFORMATION, DER DU VERTRAUEN KANNST

GESICHERTE INFORMATION DURCH FREIE MEDIEN STÄRKEN, DIGITALE CHANCEN SICHER NUTZEN



SCHAUT'S AUS

Unabhängige und verlässliche Information ist eine Stütze unserer Demokratie. Wo autoritäre Kräfte regieren, werden freie Medien schnell ausgeschaltet, um die eigene Macht einzubetonieren. Kritische Stimmen werden stumm gemacht, nur noch regierungsfreundliche Nachrichten dürfen verbreitet werden. Lügenpropaganda, Fake News statt Fakten stehen am Programm.

Vor allem im Internet wird gezielte Desinformation zu einer immer größeren Gefahr. Künstliche Intelligenz erschafft täuschend echt wirkende Videos, Bilder und Tonspuren von vermeintlich realen Ereignissen, die so nie stattgefunden haben. Original und Fälschung lassen sich mit freiem Auge oft nicht mehr unterscheiden.

Die EU kann und muss an vielen Punkten ansetzen, um faktenbasierte und vielfältige Information auch in Zukunft zu sichern. Denn wir brauchen freie Medien, die die Politik kommentieren und kontrollieren.

DA WOLLEN WIR HIN

Du sollst dir auch in Zukunft deine eigene freie Meinung bilden können. Mit faktenbasierten Informationen, auf die du dich verlassen kannst. Aus einer Vielfalt an Quellen, die unterschiedliche Meinungen und eine lebendige Diskussion in der Gesellschaft zulassen. Ohne Manipulation durch Lügen und einseitige Propaganda, die unhinterfragt verbreitet werden. Gemeinsam können wir auch in der EU sicherstellen, dass die Meinungsvielfalt erhalten bleibt, öffentlichrechtliche Medien finanziell abgesichert und digitale Möglichkeiten nicht missbraucht werden können, sondern sinnvoll eingesetzt werden.

KRITISCHE STIMMEN SCHÜTZEN

Russland führt nicht nur einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Putin – aber auch seine engsten Partner wie Lukaschenko in Belarus – unterdrückt auch die Menschen im eigenen Land brutal. Wer sich ihrem Regime entgegenstellt, wird mit aller Gewalt verfolgt. Besonders gefährdet sind Journalist:innen und Aktivist:innen, die sich für Frieden, Demokratie und Meinungsfreiheit einsetzen. Sie müssen in ihrer Heimat um ihr Leben fürchten. Für uns steht fest: Die EU muss diese Menschen gezielt aufnehmen und sie mit aller Kraft schützen und unterstützen, damit sie ihre Arbeit in Sicherheit fortsetzen können. Auch die wenigen verbliebenen freien Medien im russischen bzw. belarussischen Untergrund müssen wir stärken, damit sie die Zensur überwinden und die Bevölkerung mit unabhängiger Information versorgen können. Sonst bleibt Putins Lügen- und Kriegspropaganda im eigenen Land unbeantwortet und der Widerstand gegen sein Regime verstummt. Als EU dürfen wir nicht wegschauen und müssen kritische Stimmen und die unterdrückte Opposition in autoritären Regimen unterstützen.

SCHUTZ VOR MANIPULATION

Hinter Fake News stecken oft autoritäre Regime wie z.B. Russland, die sich mit Desinformation gezielt in Europa einmischen. Ganze Troll-Fabriken fluten das Netz mit diesen Inhalten, um die Gesellschaft zu spalten und die EU zu schwächen. Putin verbreitet so seine Kriegspropaganda, rechte Kanäle übernehmen sie ungefiltert und tragen sie überall hin. Die EU muss sich besser gegen diese Einmischungen von außen verteidigen und die Kapazitäten für die Bekämpfung von Fake News ausbauen – z.B. durch Kennzeichnungspflichten für sogenannte Social Bots und Verbot von Deepfakes mit harten Strafandrohungen, aber gleichzeitig durch intensive Aufklärungsarbeit insbesondere an Schulen.

KRITISCHE STIMMEN STÄRKEN

Kritische Journalist:innen werden immer öfter zum Ziel von rechten Angriffen und Verleumdungskampagnen. Investigative Medien und Whistleblower:innen, die Missstände aufdecken wollen, werden eingeschüchtert und massiv unter Druck gesetzt. Wir müssen diese kritischen Stimmen schützen und den Angriff der Rechtsextremen auf freie Medien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unterbinden. Auch durch eine Förderung und den Schutz von Exilmedien, die in ihrer eigenen Heimat stumm gemacht wurden. Denn all diese kritischen Stimmen stellen sicher, dass wir als Öffentlichkeit erfahren, wenn Unrecht passiert oder autoritäre Regierungen unsere Rechte gefährden.

FREIER ZUGANG ZU OFFENEM INTERNET

Autoritäre Regierungen schränken Internetdienste oft radikal ein, um Meinungsfreiheit auszuschalten. Wir setzen uns für deinen freien Zugang zu einem offenen Internet in ganz Europa ein. Der Schlüssel dazu ist eine intakte Netzneutralität, die Daten unabhängig von Herkunft, Inhalt, Anwendung, Absender:in oder Empfänger:in behandelt. So haben alle Nutzer:innen die gleichen Chancen und ihre Ideen können sich im Netz frei entfalten.

LÜGEN KEINE PLATTFORM GEBEN

Staatliche Propagandaplattformen wie z.B. Russia Today verbreiten gezielt Desinformation auf der ganzen Welt. Wir treten dafür ein, dass Sanktionen gegen solche Kanäle konsequent durchgesetzt werden. Grundlage für eine effektive Bekämpfung sollen europaweite Lagebilder sein, die systematische Desinformation genau im Auge behalten. Gefährliche Lügen dürfen keine Bühne mehr bekommen, auf der sie ungefiltert und ohne Gegenrede weiterverbreitet werden können.

WISSEN, WAS DIR DAS NETZ ZEIGT

In sozialen Netzwerken treffen Algorithmen die wichtige Entscheidung, welche Inhalte dir angezeigt werden und welche nicht. Wir wollen, dass du den vollen Durchblick hast. Algorithmen und ihre Funktionsweise müssen öffentlich kontrollierbar werden und frei von Diskriminierung sein.

EUROPA SOLL VORANGEHEN

Die digitale Entwicklung wird immer schneller. Das bringt viele Chancen, birgt aber auch die Gefahr von Missbrauch. Klare Gesetze können einen sicheren Rahmen bilden, Europa und Staaten auf der ganzen Welt hinken dabei heute oft hinterher. Gemeinsam wollen wir die EU zu einer Vorreiterin bei der Gestaltung internationaler Regeln machen und gezielt in die Forschung und eine hochentwickelte, europäische Internettechnologie investieren. So erlangen und behalten wir alle die Souveränität über unsere eigenen Daten.

DEMOKRATISCHE RECHTE VOR TOTALER ÜBERWACHUNG SCHÜTZEN

Deine personenbezogenen Daten gehören weder Staaten noch Firmen, sondern nur dir selbst. Überall und auch im Netz: Privatheit soll als unteilbares Element der Würde des Menschen anerkannt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir durch eine vollständige digitale Überwachung den Kern unserer Demokratie aufs Spiel setzen: unsere Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Privatsphäre, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb lehnen wir eine Vorratsdatenspeicherung oder Überwachungsprojekte wie Fluggastdaten entschieden ab

INTELLIGENTER UMGANG MIT KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz braucht klare Regeln, die Fortschritt fördern und Missbrauch verhindern. Der EU Artificial Intelligence Act ist hier auch im globalen Vergleich ein Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen die Potenziale für die Forschung und Medizin nützen und gleichzeitig die Gefahren – von großflächigen Cyberattacken oder strukturellen Benachteiligungen von gesellschaftlichen Gruppen bis hin zu Gewaltaufrufen – durch Regulierung und Veröffentlichungspflichten der Quellcodes verhindern.

EIN NETZ, IN DEM GESETZE GELTEN

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Wir brauchen europaweit strenge Gesetze gegen Hass im Netz. Es darf nicht sein, dass Täter:innen ihre Opfer in der virtuellen Welt aufs Schlimmste attackieren, weil sie sich hier sicher fühlen und keine Konsequenzen fürchten. Was in der "echten Welt" verboten ist, darf auch im Internet nicht erlaubt sein. Gegen Netzwerke, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten, müssen wir verstärkt gemeinsam vorgehen – auch durch mehr Ressourcen bei Polizei, Staatsanwaltschaften bzw. Europol. Auch die Opferberatung müssen wir massiv ausbauen. Mit der raschen Umsetzung des Digitale Dienste-Gesetzes und des Digitale Märkte-Gesetzes schaffen wir die Grundlage, um Hassrede mit klaren Regeln, starken Nutzer:innen-Rechten und voller Transparenz entgegenzutreten. Die Union muss alle Register ziehen, um auch gegen die großen Konzerne vorzugehen.

FAIRER WETTBEWERB IM JOURNALISMUS

Werbeeinnahmen wandern immer stärker zu digitalen Plattformen und sozialen Netzwerken. Das geht auf Kosten von klassischen Medien wie Zeitungen, Radio oder Fernsehen. Unabhängige Medien geraten so immer mehr unter finanziellen Druck. Wir wollen den Wettbewerb für journalistische Angebote – besonders im Netz – verbessern und dafür geeignete Regeln in der EU ausarbeiten.

ZUSAMMENHALTEN GEGEN HASS GEMEINSAM DIE RECHTSEXTREME WELLE BRECHEN



Die Rechtspopulist:innen sind in ganz Europa auf dem Vormarsch. Ihre Parolen werden immer extremer und sie sprechen ganz offen über ihre Pläne: von Massendeportationen, der Zerschlagung freier Medien oder der Rücknahme von lang erkämpften Freiheiten.

Rechtsextreme unterstützen Putin. Sie stellen sich damit auf die Seite eines skrupellosen Kriegstreibers. Sie übernehmen Putins Lügenpropaganda und rechtfertigen seinen brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sie machen Stimmung gegen die Sanktionen, die Russlands Kriegsmaschinerie bremsen sollen. Gleichzeitig treten sie gegen die Lieferungen jener Waffen ein, mit denen die Ukraine sich selbst verteidigt.

Putin unterstützt aber auch die Rechtsextremen in Europa. Von Le Pen über die AfD bis hin zur FPÖ, die mit Putins Partei sogar einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat. Vor allem in den neuen Medien mischen sich russische Troll-Fabriken aktiv in unsere Wahlen ein und manipulieren zugunsten der Rechtsextremen, die Putins Interessen in Europa vertreten.

In Orbán hat Putin einen potenziellen Verbündeten gegen die EU. Orbán legt sich quer, wo Europa gegen den Aggressor Russland Widerstand leisten muss. Er öffnet Ungarns Markt für China, während seine eigene Wirtschaft niedergeht, immer mehr Betriebe zusperren müssen und die Jungen scharenweise das Land verlassen. Das alles sind gefährliche Entwicklungen, denen wir uns gemeinsam entgegenstellen müssen.

DA WOLLEN WIR HIN

Wenn Europa zusammenhält, sind wir stark. Das gilt seit den Anfängen der Europäischen Einigung: Nach dem Grauen des Zweiten Weltkriegs haben verfeindete Staaten ihren Hass überwunden, sind zusammengerückt und wurden zu Partner:innen. Das sichert bis heute ein Leben in Frieden, Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent, und es macht Europa zu einer wichtigen Stimme in der Weltpolitik. Wir haben immer wieder bewiesen, dass wir stärker sind als der Hass, der uns spalten will. Je lauter die Hetze wird, desto wichtiger der Zusammenhalt. Mit den besseren Antworten werden wir gemeinsam eine demokratische und stabile Zukunft für Europa gestalten.

GEEINTES EUROPA STATT KLEINSTAATEREI

Ein Rückfall in die alte Kleinstaaterei würde uns in jeder Hinsicht schwächen: unsere Sicherheit, unsere Freiheit, unseren sozialen Zusammenhalt, unsere Wirtschaft und unsere historische Mission, den Klimakollaps abzuwenden. Das alles geht gemeinsam besser. Als kleines Land würde Österreich alle negativen Auswirkungen, die ansonsten drohen, besonders stark spüren. Wir Grüne sind deine starke Stimme für ein gemeinsames Europa.

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN STATT MIT DIKTATOREN PACKELN

Rechtsextreme in Europa geben Putin Rückendeckung und handeln in seinem Interesse. Für uns ist klar: Wir stehen auf der Seite der Demokratie. Die europäische Solidarität mit der Ukraine ist ungebrochen – denn sie verteidigt auch unsere Freiheit und unsere Sicherheit und unsere Werte. Wenn Putin aufhört, ist der Krieg vorbei. Wenn die Ukraine aufhört, ist sie ausgelöscht. Wir unterstützen weiterhin die Sanktionen gegen Putins brutalen Krieg und gegen andere autoritäre Regime auf der Welt.

UNION GEGEN KORRUPTION EINE SAUBERE POLITIK IN GANZ EUROPA



Das Vertrauen in die Politik ist in ganz Europa angeschlagen. Viel Vertrauen wurde durch das Fehlverhalten Einzelner und die damit verbundenen politischen Skandale verspielt.

Ein besonders negatives Beispiel zeigt sehr gut, wo es in der EU im Argen liegt: Europaabgeordnete haben sich von Katar bestechen lassen. Diese Korruption ist Gift für unsere Demokratie. Wir müssen mit strengen Regeln dafür sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt und es nicht mehr so weit kommen kann.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wollen eine saubere Politik, die sich von niemandem kaufen lässt. Eine saubere Politik, die dich und die Interessen der Allgemeinheit vertritt. Die Grundlage dafür ist Transparenz. Wenn Entscheidungen auf offener Bühne für alle nachvollziehbar getroffen werden, kann nicht hinter verschlossenen Türen gepackelt werden. Wir wollen bessere Werkzeuge auf EU-Ebene, um Korruption entschieden und wirksam zu bekämpfen.

NULL TOLERANZ FÜR KORRUPTION

Korruption ist Gift für die Demokratie. Sie zerstört das Vertrauen der Menschen in die Politik und richtet großen wirtschaftlichen Schaden an. Wir Grüne fordern daher: Null Toleranz für Korruption in der EU! Gerade vor dem Hintergrund des Korruptionsskandals einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 unterstützen wir die Ausweitung der Strafbarkeit der Bestechung und Bestechlichkeit von Abgeordneten. Wir setzen uns dafür ein, dass ein unabhängiges Ethikgremium für alle EU-Institutionen nicht nur Empfehlungen abgibt, sondern im Kampf gegen Korruption und Betrug oder bei Interessenskonflikten ihre Kontrolle effektiv durchsetzen kann.

Darüber hinaus sollen Mitgliedstaaten keine EU-Fördermittel mehr erhalten, solange sie sich nicht an die Regeln der Rechtsstaatlichkeit halten. Konsequente Vertragsverletzungsverfahren sollen dafür sorgen, dass EU-Recht auch überall eingehalten wird. Das alles wollen wir sicherstellen, damit du dich in der EU auf eine saubere Politik verlassen kannst, die für deine Interessen arbeitet.

ÖFFENTLICHE KONTROLLE AUSBAUEN

Wir brauchen volle Transparenz in der EU, die nachvollziehbar und kontrollierbar macht, wie Entscheidungen getroffen werden. Dazu gehört u.a. eine verpflichtende Dokumentation, wer an die Entscheidungsträger:innen in den EU-Institutionen herantritt. Damit soll verhindert werden, dass es zu illegaler Einflussnahme oder geheimen Absprachen kommt.

VOLLE TRANSPARENZ SCHAFFEN

Im Transparenz-Register sind Organisationen und Lobbyist:innen aufgeführt, die Einfluss auf die Arbeit der EU nehmen wollen. So wird sichtbar, wer welche Interessen verfolgt und welche finanziellen Mittel dafür eingesetzt werden. Hier bestehen noch Lücken, die wir schließen müssen. Wir brauchen eine Reform des Registers mit strengeren Vorschriften für eine lückenlose Transparenz.

UNABHÄNGIGE UND UMFASSENDE PRÜFUNG

Die Ethikstelle, auf die man sich nun zwischen Rat und Europäischem Parlament geeinigt hat, ist leider nicht stark genug. Sie müsste Ermittlungskompetenzen bekommen und nicht nur beratend tätig sein, um alle Eirichtungen, Organe und Agenturen der EU auf Herz und Nieren prüfen zu können und um sicherzustellen, dass überall sauber gearbeitet wird. Dafür braucht es auch die ausreichenden Mittel und genügend Personal.

HINWEISGEBER:INNEN SCHÜTZEN

Wer Missstände in einer EU-Institution aufdeckt, muss sich darauf verlassen können, am Ende nicht selbst Probleme zu bekommen. Dafür müssen wir den Schutz für Whistleblower:innen verbessern. So kommen Korruptionsversuche schneller ans Licht und führt zu Konsequenzen für die Täter:innen, nicht für Hinweisgeber:innen.

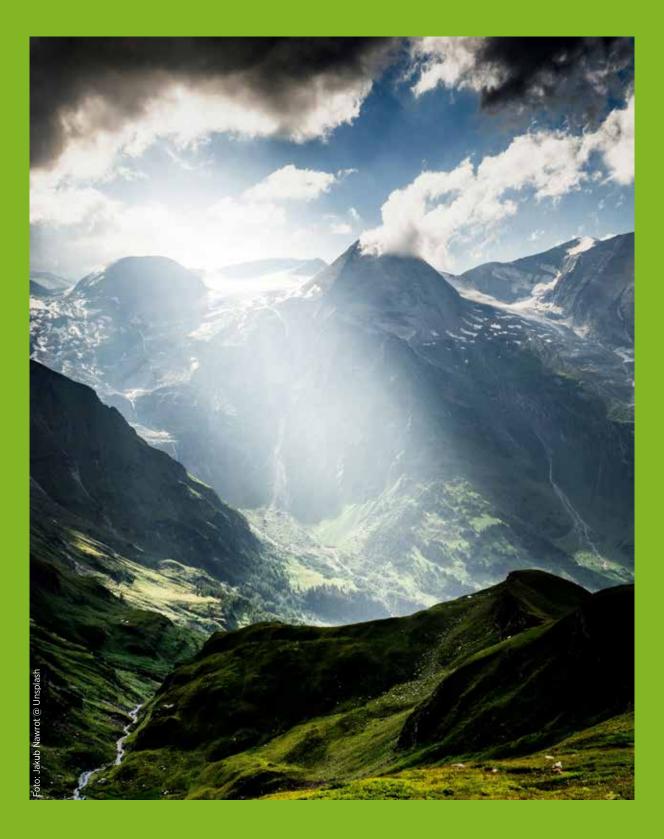
INTERESSENSKONFLIKTE VERHINDERN

Abgeordnete oder hochrangige Mitarbeiter:innen von EU-Institutionen sollen nicht mehr nahtlos in die Privatwirtschaft wechseln dürfen. Denn so etwas ergibt nicht nur eine schiefe Optik, es öffnet auch Tür und Tor für Machtmissbrauch. Mit vernünftigen Cooling Off-Perioden können wir das verhindern.

STRENGE REGELN, DIE ÜBERALL GELTEN

Wir Grüne haben in Österreich ein neues Korruptionsstrafrecht durchgesetzt, das in vielen Bereichen zu den strengsten in ganz Europa zählt. Wir haben z.B. Mandatskauf und Vorab-Korruption unter Strafe gestellt – mit harten Sanktionen bereits bei versuchter Bestechung. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass Korruptionsdelikte in der ganzen EU einheitlich strafbar werden. Und wir müssen die Richtlinie der Europäischen Kommission mit strengeren Vorschriften zur Bekämpfung von Korruption umsetzen. So sorgen wir für eine saubere Politik, die sich Vertrauen auch verdient

EINE EU, DIE PERSPEKTIVEN ERÖFFNET EINE EU-ERWEITERUNG MIT VERNÜNFTIGEN SPIELREGELN



Der EU-Beitritt ist eine wichtige Perspektive auf eine sichere, gemeinsame Zukunft in Europa. Gespräche mit potenziellen Mitgliedstaaten werden laufend geführt. Aber die Fortschritte halten sich oft in Grenzen. Und das liegt an beiden Seiten: Einerseits handeln nationale Regierungen der Kandidatenländer zum Teil zögerlich oder widersprüchlich bei der Umsetzung von vereinbarten Voraussetzungen. Andererseits hält die EU ihre Zusagen für positive Entwicklungen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und dem Schutz von Menschenrechten nicht immer zuverlässig ein.

In den betroffenen Ländern sorgt das verständlicherweise für Frustrationen. Wir müssen klarmachen, dass die EU eine verlässliche Partnerin für potenzielle Beitrittsländer ist und ihre Zukunft in einem gemeinsamen und stabilen Europa liegt.

DA WOLLEN WIR HIN

Persönliche Freiheit, gesellschaftliche Vielfalt, sozialer Zusammenhalt, Respekt vor Mensch und Natur – all das soll Europa lebenswert für alle Menschen machen, die auf unserem Kontinent zu Hause sind. Dafür brauchen wir ein geeintes Europa, das gemeinsam an diesen Werten festhält und daran arbeitet. Die EU muss ihre Hand zu jenen Ländern ausstrecken, die uns dabei stärken und diese Perspektive für sich selbst schaffen wollen. Und wir müssen die EU dazu befähigen, zu wachsen und trotzdem effizient zu handeln.

EUROPÄISCHE EINHEIT AUSWEITEN

Die Europäische Union ist unvollständig, solange nicht auch die Staaten des Westbalkans und Länder wie die Republik Moldau, die Ukraine und Georgien ein Teil von ihr sind. Mit der Zuerkennung des Kandidatenstatus hat die EU einen ersten wichtigen Schritt in einem langen Beitrittsprozess gesetzt.

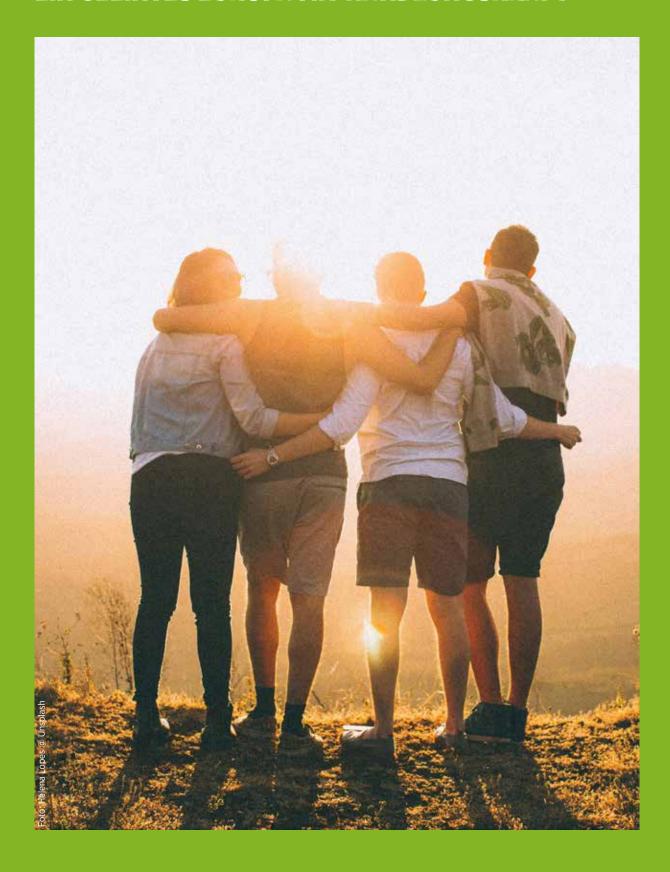
AUFNAHME DER LÄNDER DES WESTBALKANS VORANTREIBEN

Wir müssen den Fortschritt beim Aufnahmeprozess der Länder des Westbalkans zielgerichtet vorantreiben. Zuerst muss ausgewertet werden, bei welchen Voraussetzungen diese Länder noch Nachholbedarf haben. Dann müssen gemeinsam Blockaden aus dem Weg geräumt und Meilensteine festgelegt werden – inklusive Zieldaten, bis wann sie umgesetzt werden sollen – mit verbindlichen Vereinbarungen für alle Seiten.

EU FIT FÜRS WACHSEN MACHEN

Wir müssen die EU fit für eine Erweiterung machen. Bereits mit 27 Mitgliedern stoßen ihre politischen Strukturen ans Limit – und das schränkt die EU in vielen Bereichen ein. Daher müssen wir in einer ehrlichen Erweiterungsdebatte auch über eine europäische Demokratiereform diskutieren, mit der wir der EU mehr Handlungskraft geben. Das betrifft auch die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU auf Bereiche wie die Außenpolitik, um Blockaden von einzelnen Staaten zu verhindern.

EUROPÄISCHE DEMOKRATIE AUSBAUEN EIN GEEINTES EUROPA MIT HANDLUNGSKRAFT



Die Europäische Union, wie wir sie heute kennen, ist historisch gewachsen. Und das macht sich auch an den Zahnrädchen bemerkbar, die sie am Laufen und zusammenhalten: ihren politischen Strukturen. Einerseits bremst das Europas Handlungsfähigkeit ein. Andererseits gilt es, die EU noch stärker demokratisch zu verankern.

Die Schwachstellen liegen auf der Hand: Die EU-Kommission wird nicht unmittelbar gewählt, ihre Mitglieder werden von den nationalen Regierungen nominiert. Im Europäischen Rat dominieren nationale Interessen anstatt gemeinsamer Ziele. Das Europaparlament hat kein Initiativrecht und kann dadurch von sich aus keine neuen Gesetze vorschlagen. Nationale Regierungen schieben die Verantwortung für unangenehme Entscheidungen nach Brüssel ab, gleichzeitig beanspruchen sie positive Schritte in der Europapolitik allein für sich.

Mit diesen Mängeln steht Europa sich selbst im Weg. Wenn wir die EU stärken wollen, müssen wir auch ihre politischen Strukturen verbessern.

DA WOLLEN WIR HIN

Für uns ist klar: Wir müssen die EU auf stärkere demokratische Beine stellen. So stellen wir sicher, dass Europa gemeinsam besser vorwärtskommt. Und du kannst stärker mitbestimmen bei wichtigen Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden.



JUGENDLICHE SOLLEN MITBESTIMMEN

Wir Grüne kämpfen dafür, dass Jugendliche sich in der Europapolitik stärker wiederfinden, sie stärker mitbestimmen und mitgestalten können! Denn es geht um ihre Zukunft – und das muss sich auch in unserer europäischen Demokratie widerspiegeln. Gesetze sind verpflichtend daraufhin zu prüfen, welche Folgen sie für nachfolgende Generationen haben. Junge Menschen müssen bei wichtigen Entscheidungen direkt einbezogen werden. Dafür sollen die bestehenden Dialog- und Beteiligungsformate gemeinsam mit Jugendlichen und Expert:innen auf ihre Schwachstellen hin überprüft und öffentlich diskutiert werden – um ganz konkrete Verbesserungen in einem neuen Format umzusetzen, und zwar noch in der kommenden Legislaturperiode. Unsere Ziele sind: Mehr Repräsentativität, eine größere Tiefe der Beteiligung und eine stärkere Transparenz. Wir wollen das gesellschaftliche Engagement von Jugendorganisationen mit mehr EU-Geldern unterstützen, die politische Bildung und den interkulturellen Austausch über alle Grenzen Europas hinweg und auch im digitalen Raum ausbauen. Und wir wollen von europäischer Ebene aus alle Mitgliedstaaten davon überzeugen, dass alle Jugendlichen in der EU bei Europawahlen ab 16 Jahren wählen können, wie das in Österreich schon selbstverständlich ist.

VOLLWERTIGE EUROPÄISCHE DEMOKRATIE

Wir Grüne stehen für eine vollwertige europäische Demokratie. Das bedeutet: Ein Europäisches Parlament, das alle Gesetzgebungs-, Kontroll- und Budgetrechte besitzt, eine zweite Kammer, in der die nationalen Regierungen vertreten sind, und eine demokratisch legitimierte Exekutive. Das gibt Europa mehr Handlungsfähigkeit und rückt die gemeinsamen Interessen in den Vordergrund.

GEMEINSAME KANDIDAT:INNEN IN GANZ EUROPA

Bei der Wahl zum EU-Parlament sollen sich künftig die Wahllisten aus europäischen wie nationalen Kandidat:innen-Listen zusammensetzen. So rücken wir bei den wichtigen EU-Wahlen die gemeinsamen europäischen Ziele stärker in den Vordergrund, die heute oft im innenpolitischen Klein-Klein der einzelnen Mitgliedstaaten untergehen.

KOMMISSION STELLT SICH ZUR WAHL

Die europäischen Spitzenkandidat:innen sollen sich auch um die Führung der EU-Kommission bewerben. Dadurch kannst du und jede:r Wähler:in bei der Zusammensetzung der europäischen Exekutive, der Kommission, direkt mitbestimmen.

DIREKTE MITSPRACHE FÜR DICH

Wir wollen, dass sich Europas Bürger:innen in den wichtigen Entscheidungen in Europa wiederfinden. Sowohl durch einfach zugängliche europäische Bürger:innen-Initiativen, als auch durch europaweite Volksbefragungen, die einer doppelten Mehrheit bedürfen. Wichtige gemeinsame Schritte könnten so durch eine doppelte Mehrheit abgesichert werden – die Mehrheit der Bürger:innen und die Mehrheit der Mitgliedsländer.

NACHHALTIGE PRODUKTE UND EUROPAWEITER SCHUTZ FÜR DEINE RECHTE

DIE RECHTE VON VERBRAUCHER:INNEN IN GANZ EUROPA STÄRKEN



Unser gemeinsamer Markt macht Europa stark. Das hat auch für dich viele Vorteile. Waren aus der EU können in jedem Mitgliedsland frei verkauft werden und zollfrei alle Grenzen überqueren. Wir wollen, dass auch du als Verbraucher:in über alle Grenzen hinweg leichter zu deinen Rechten und Ansprüchen kommst.

Mit einem verbesserten Rechtsschutz können wir die EU zu einer Union der starken Bürger:innen machen. Damit machen wir europäische Waren attraktiver und schützen Umwelt, Gesundheit und persönliche Freiheiten. Die EU darf die entscheidenden Entwicklungen im Konsument:innenschutz nicht verschlafen. Sie soll auch in Zukunft ein weltweites Vorbild sein, nicht zuletzt durch Grüne Initiativen wie das Recht auf Reparatur.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wollen, dass deine Rechte als Verbraucher:in rundum besser geschützt sind. Einfach für dich und ohne Einschränkungen in ganz Europa. Du sollst unkompliziert und transparent Informationen zu Produkten und Dienstleistungen bekommen, damit du die Entscheidungen treffen kannst, die am besten für dich sind. Und du sollst dich darauf verlassen können, dass Produkte länger halten und Wegwerfware vom Markt verschwindet. Das ist gut für dein Geldbörsel und für unsere Umwelt.

RECHTSSCHUTZ OHNE GRENZEN

Gewährleistung, Reparatur und mehr: Du sollst alle deine Rechte, die dir beim Kauf von Produkten oder bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen zustehen, überall in Europa durchsetzen können. Die EU muss dafür reibungslose Lösungen bei grenzüberschreitenden Problemen von Verbraucher:innen sicherstellen.

SCHUTZ VOR GEFAHREN

Die Menschen in Europa müssen vor gesundheitlichen und finanziellen Gefahren möglichst gut geschützt werden. Immer wichtiger wird auch der Schutz vor manipulativen Techniken, Kostenfallen und anderem Betrug im Internet. Wir wollen dafür sorgen, dass die EU mit verbesserten Regelungen, vor allem für den Online-Handel, eine weltweite Vorreiterrolle einnimmt.

KONZERNE GEMEINSAM IN DIE PFLICHT NEHMEN

Du sollst deine Rechte gegenüber großen Unternehmen einfacher und wirksam geltend machen können. Auch im Zusammenschluss mit anderen Menschen, die mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Möglichkeit für Sammelklagen weiter besteht und nicht indirekt durch strenge Regeln bei der Prozessfinanzierung ausgehebelt werden kann.

AUF EINEN BLICK SEHEN, WAS AUF DEINEN TELLER KOMMT

Dein Recht auf volle Transparenz auf deinem Teller soll europaweit Realität werden. Dafür brauchen wir eine umfassende, übersichtliche und verständliche Kennzeichnung, insbesondere von Herkunft und Haltung bei tierischen Lebensmitteln. Das ist gut für Mensch, Tier und Umwelt.

DEINE DATEN GEHÖREN DIR

Deine personenbezogenen Daten gehören nur dir! Sie gehören nicht Online-Plattformen oder Suchmaschinen zur Maximierung von Unternehmensgewinnen. Zu einem umfassenden Verbraucher:innenschutz gehört deshalb auch ein durchdachter und europaweiter Datenschutz, auf den du dich verlassen kannst.

NACHHALTIGE UND SICHERE PRODUKTE

Sicher für die Umwelt und sicher für dich: Europäische Produkte dürfen nicht zur Gefahr für deine Gesundheit oder die Natur werden. Das wollen wir mit strengeren Grenzwerten für belastende Inhaltsstoffe sicherstellen. Gesundheitsgefährdende Stoffe müssen verboten werden. In der Werbung muss "Greenwashing" endgültig verboten werden – damit nur klimafreundlich draufstehen darf, wenn es auch wirklich klimafreundlich ist.

EU-WEITE STANDARDS FESTLEGEN

Was bei den Handy-Ladekabeln gelungen ist, soll Europa auch in anderen Bereichen beim Aufbau einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft weiterbringen: verbindliche einheitliche Standards, vor allem bei Laptop, Handy und Co. Das vermeidet viel Müll, verlängert das Leben von Produkten – und erleichtert auch dir das Leben.

VERBINDLICHES ÖKODESIGN

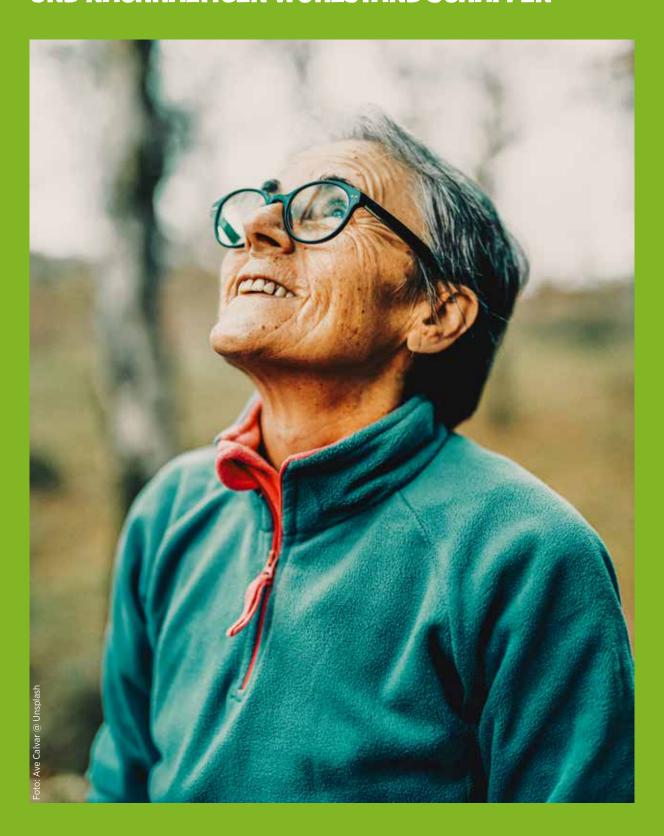
Nachhaltigkeit beginnt in der Designphase eines Produkts. Längere Haltbarkeit, garantierte Reparierbarkeit, Energieeffizienz und ökologische Verträglichkeit müssen von Anfang an mitgedacht werden. Das Ziel dabei: rundum bessere Produkte für dich und unsere Umwelt. Wir wollen Ökodesign zum verbindlichen Standard für möglichst viele Produktgruppen in Europa ausweiten.

DEIN RECHT AUF ZUVERLÄSSIGE MOBILITÄT

Wenn du mit Öffis in Europa unterwegs bist, sollst du dein grenzüberschreitendes Ticket einfach buchen und dich auf zuverlässige Verbindungen verlassen können. Beim Umstieg von Bus auf Zug müssen deine Passagier:innenrechte mitkommen. Wir wollen die Lücken im Verbraucher:innenschutz schließen und deine Rechte auf Entschädigung bei Verschiebungen und Verspätungen weiter ausbauen, auch bei der Bahn. Das ist ein weiterer Beitrag, mit dem wir das klimafreundliche Bahnfahren zur attraktivsten Reiseoption für dich machen wollen.



EIN SOZIALES EUROPA, DAS AN DIE ZUKUNFT DENKT GEMEINSAM ARMUT BEKÄMPFEN UND NACHHALTIGEN WOHLSTAND SCHAFFEN



Die europäische und teilweise sogar die weltweite Wirtschaft ist so eng vernetzt, dass sich Krisen nationalstaatlich nicht nachhaltig lösen lassen. Das haben wir in der Finanzkrise 2008, aber auch 2022 gesehen: Putin hat den Gashahn zugedreht, die Energiepreise sind explodiert, als Folge ist alles teurer geworden. Das hat sich auf die gesamte Weltwirtschaft ausgewirkt. Die Mitgliedsländer der EU wurden dadurch unterschiedlich hart getroffen.

Wir alle spüren die Folgen von weltweiten Krisen. Weil Menschen mit wenig Einkommen davon besonders hart getroffen werden, müssen die Auswirkungen der Krise vor allem für sie zuverlässig abgefedert werden. Grundbedürfnisse wie Wohnen, saubere Energie und Lebensmittel müssen für alle leistbar bleiben. Gleichzeitig sind Maßnahmen zu treffen, die die Wirtschaft unterstützen. Bei der Überwindung der Energiekrise genauso wie beim Erreichen der Klimaziele.

Wirtschaftliche und soziale Probleme sind gemeinsam anzugehen. Nur so können wir verhindern, dass die Volkswirtschaften der einzelnen Länder weiter auseinanderdriften. Denn das hätte Wechselwirkungen auf alle Länder, weil wir uns einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und eine gemeinsame Währung teilen.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir machen uns stark für ein Europa, das gemeinsam soziale Standards und nachhaltigen Wohlstand anstrebt. Ein Europa, das die Menschen wirksam vor Armut schützt, Inklusion und Barrierefreiheit garantiert und das allen in vollem Umfang ermöglicht, am politischen, sozialen und öffentlichen Leben teilzunehmen. Eine moderne Wirtschaft, die auf sicheren Beinen steht und an morgen denkt. Zukunftsfähige Jobs und gute Arbeitsbedingungen, die mehr Gerechtigkeit schaffen. Und eine Gesellschaft, in denen soziale Berufe den Stellenwert haben, den sie verdienen. All das kann eine starke und soziale Union besser verwirklichen als ihre einzelnen Mitglieder.

NICHT BEI UNSERER ZUKUNFT SPAREN

Mit ihren Fiskalregeln gibt die EU ihren Mitgliedstaaten strenge Vorgaben wie Schuldenobergrenzen. Wir müssen sicherstellen, dass nicht an der falschen Stelle gespart wird: Investitionen in die Energiewende und in die sozial gerechte Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft dürfen dem Sparstift nicht zum Opfer fallen! Denn wenn wir nicht investieren, um uns unabhängig von Öl und Gas zu machen, wird das am Ende für alle viel teurer.

PRODUKTION NACH EUROPA ZURÜCKHOLEN

Der europäische Arbeitsmarkt steht unter Druck. Digitalisierung, international geöffnete Märkte und globalisierte Lieferketten verschärfen die Lage. Die Produktion wurde in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr aus Europa ausgelagert, wertvolle Arbeitsplätze gingen dadurch verloren. Wir müssen wesentliche Wertschöpfungsketten – von der Entwicklung über Produktion und Verkauf – wieder in Europa ansiedeln. Ganz besonders gilt das z.B. für die Herstellung von Medikamenten und innovativen Produkten wie Batterien, Solaranlagen oder Computerchips. Unsere Lieferketten müssen diversifizierter und nachhaltiger werden. So sichern wir den Wohlstand, schaffen unzählige zukunftsfähige Jobs und machen Europa krisenfest.

GRÜNE JOBS MIT ZUKUNFT

Mit jeder Investition in den Klimaschutz sichern und schaffen wir zukunftssichere Arbeitsplätze. Neue Sonnenkraftwerke auf den Dächern und klimafreundliche Heizungen bringen uns um vieles weiter. Dadurch schaffen wir moderne Green Jobs wie z.B. Solarinstallateur:in, Heizungstechniker:in, Gebäudetechniker:in, Recycling-Spezialist:in, Windkraft-Techniker:in, Energieberater:in, Abwassertechniker:in, Forstwirt:in, Bauingenieur:in, Agrartechniker:in – und diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

GRÜNE AUSBILDUNGSOFFENSIVE

Für die modernen grünen Jobs der Zukunft müssen wir die Menschen entsprechend ausund weiterbilden. Die EU muss neue Ausbildungsberufe fördern, für die immer mehr Bedarf entsteht. Mit attraktiven Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten geben wir auch Menschen, die heute noch in der fossilen Industrie arbeiten, eine gute und sichere Zukunftsperspektive.

GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN SCHAFFEN

Gute Arbeitsbedingungen, sichere Jobs und anständige Löhne: Das muss in der EU zum Standard für alle Menschen werden. Dafür müssen wir gemeinsam die bestehenden Rechte von Arbeitnehemer:innen verteidigen und gerade auch für Menschen mit Behinderungen weiter ausbauen. EU-Gelder sollen nur dorthin fließen, wo Ausbildungsplätze eingerichtet, Sozialstandards eingehalten und geltende Tarife befolgt werden. Für uns ist klar, dass die klimafreundliche Umstellung unserer Wirtschaft auch sozial gerecht sein muss. Die Sozialpartnerschaft – allen voran die Arbeitnehmer:innen-Organisationen – müssen in jeden Schritt der Planung, Gestaltung und Umsetzung dieses Transformationsprozesses eingebunden sein. Mit gemeinsam erarbeiteten Transformationspfaden und Sozialmaßnahmen in besonders betroffenen Branchen stellen wir sicher, dass niemand bei einer klima- und sozial gerechten Umstellung zurückbleibt.

KLIMAFREUNDLICHE INDUSTRIE

Gut für Umwelt, Mensch und Wirtschaft: Von einer klimafreundlichen Industrie haben alle Seiten was. Wenn wir gemeinsam gezielt die grüne Umstellung vorantreiben, machen wir unsere Industrie stark, wettbewerbsfähig, nachhaltig und umweltfreundlich. Damit schaffen wir unzählige sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze in Österreich und in der ganzen EU – und machen Europa zum weltweiten Vorreiter im Klimaschutz und im Wettbewerb.

AKTIVE FRAUENPOLITIK AM ARBEITSMARKT

Für eine volle Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen machen wir uns für eine feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik innerhalb der EU stark. Wir brauchen faire Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit niemand unfreiwillig in die Teilzeit-Arbeit gedrängt wird. Frauen müssen einen besseren Zugang zu gut bezahlten Berufen bekommen – im technischen Bereich und in Branchen, in denen heute besonders wenige Frauen arbeiten. Zum Beispiel durch einen Bonus aus EU-Förderungen für Unternehmen, die mehr Frauen ausbilden und beschäftigen.

SOZIALE BERUFE AUFWERTEN

Egal ob Pflege und Betreuung, Gesundheitswesen oder Arbeitsmarktservices: Die Sozialwirtschaft ist ein wesentlicher Teil der Produktivkraft unseres Wirtschaftssystems. Sie ist ein wichtiger Jobmotor und hält unsere Gesellschaft zusammen. Anerkennung dafür steht sozialen Berufen auf allen Ebenen zu. Wir wollen, dass die EU daher auch gemeinsam durch einheitliche Ansprüche bei Arbeitsbedingungen und Berufsausbildungen für Verbesserungen in der Sozialwirtschaft sorgt.

ATTRAKTIV FÜR FACHKRÄFTE WERDEN

In der EU werden Fachkräfte an allen Ecken und Enden gebraucht: im Gesundheitswesen, in der Pflege, in innovativen Zukunftsbranchen und vielen anderen Bereichen. Neben einer Ausbildungsoffensive, die wir starten wollen, muss Europa auch attraktiv für hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten werden, die uns verstärken. Bei der Anwerbung stehen wir in Konkurrenz mit Ländern auf der ganzen Welt. Wir setzen uns daher für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein.

MODERNISIERUNG DURCH KLIMASCHUTZ

ALLE UNTERNEHMEN MITNEHMEN BEI KLIMANEUTRALER UMSTELLUNG



Wenn wir auch in Zukunft den Wohlstand in Europa sichern wollen, führt kein Weg an der klimaneutralen Umstellung vorbei. Um unser gemeinsames Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, braucht es Modernisierung und Innovation. Unsere europäische Industrie soll die globale Vorreiterin für nachhaltige CO₂-sparende Produktion werden. Gleichzeitig müssen Wirtschaftskreisläufe wieder regionaler werden. Und wir wollen dafür sorgen, dass ein guter Lebensstil für alle Menschen auch klimafreundlich möglich ist – und du Geld sparst, wenn du CO₂ sparst.

Kleine, mittlere und Ein-Personen-Unternehmen machen 99 % der europäischen Betriebe aus und verursachen 63 % des ${\rm CO_2}$ -Ausstoßes. Und da lässt die EU noch sehr viel Potenzial ungenutzt liegen. Durch ihre stärkere regionale Verwurzelung, ihre Flexibilität und ihre Innovationskraft haben gerade kleine, mittlere und Ein-Personen-Unternehmen ein besonders großes Potenzial, wichtige Veränderungen voranzureiben.

Erste Schritte in die richtige Richtung sind gemacht. Zum Beispiel durch den Plan zum grünen Wandel "Fit for 55", den ausgeweiteten Emissionshandel, die Plastik-Abgabe oder das europäische CO₂-Grenzausgleichssystem. Die Rechtsextremen und Konservativen sind aber drauf und dran, die Fortschritte wieder zurück- und abzudrehen. Wir wollen den grünen Wandel ausbauen und sozial gerecht gestalten.

DA WOLLEN WIR HIN

Europa und seine Unternehmen werden zeigen, dass Klimaneutralität, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sich nicht ausschließen, sondern einander bedingen. Die Mischung aus Innovation und Klimaschutz, die auf Industriebetrieben genauso wie auf Klein- und Kleinstunternehmen aufbaut, macht Europa aus. Durch diese Mischung entstehen Wohlstand und Arbeitsplätze. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle unsere europäischen Unternehmen die geeigneten Rahmenbedingungen vorfinden – von den Innovationsvorreiter:innen bis hin zu den ganz kleinen Betrieben.

Für die großen Industriebetriebe braucht es Planungssicherheit und die nötigen finanziellen Rahmenbedingungen, um die großen Prozessumstellungen so rasch wie möglich starten zu können und unsere Emissionen damit wesentlich zu reduzieren. Wir wollen mehr Flexibilität bei den strengen EU-Richtlinien zu Subventionen, damit unsere Industriebetriebe im internationalen Wettbewerb mithalten können.

WELTSPITZE MIT ECHTER GRÜNER TECHNOLOGIE

Europa hat in der Vergangenheit wichtige Fortschritte verschlafen. In der digitalen Welt wurden wir von amerikanischen Tech-Giganten wie Google, Apple und Co. abgehängt, bei Medizinprodukten sind wir heute abhängig von China. Wir Grüne wollen die EU im Bereich der grünen Zukunftstechnologien, die die Welt für eine klimafreundliche Umstellung braucht, an die Spitze bringen! Dafür fordern wir ein Investitionsprogramm für die Industrie von morgen sowie einen Beihilferahmen für Transformation, um Planungssicherheit zu gewährleisten und Wettbewerbsverzerrungen zwischen EU-Mitgliedstaaten zu verhindern. Für Europa läge eine große Chance darin, die Produkte der Klimawende vollkommen nachhaltig herzustellen. Egal ob Rotorblättern für Windräder, Solarzellen, Autobatterien oder Gebäudeisolierung: Diese Produkte so herstellen zu können, dass dabei wenig Rohstoffe und Energie verbraucht werden, sie eine lange Lebensdauer haben, einfach reparierbar sind und ihre Bauteile durch Recycling im Kreislauf gehalten werden können, würde die Stärken der europäischen Industrie perfekt nutzen. Und in einer Qualität, die sich mit der Weltspitze misst. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass Europa die Notwendigkeit der Modernisierung erkennt und seine Chancen nutzt.

KLEINEREN UNTERNEHMEN DAS LEBEN LEICHTER MACHEN

Kleinere und mittlere Unternehmen sind unser Motor für Innovation. Wir wollen ihnen das Leben leichter machen: Durch weniger Bürokratie und mehr Unterstützung bei der Unternehmensgründung. Wir wollen, dass Gründer:innen in jedem Land alle wichtigen Services bei einer Anlaufstelle bekommen: sowohl umfassende Beratung als auch tatkräftige Begleitung. Auch der Zugang zu Förder- und Investitionsprogrammen der EU muss einfacher werden: direkt von der übersichtlichen Information zum ausgefüllten Antrag in wenigen Klicks. Festgelegte Quoten für kleine und mittlere Unternehmen sollen sicherstellen, dass Fördergelder auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Außerdem soll die Förderlandschaft in der EU vereinheitlicht und stärker mit nationalen Förderungen verzahnt werden.

INNOVATIVE BETRIEBE ALS VORREITERINNEN STÄRKEN

Viele kleine, mittlere und Ein-Personen-Unternehmen agieren heute schon nachhaltig und zukunftsweisend. In dieser Rolle müssen wir sie bestärken, fördern und ihre Erfahrung als Vorbild in der Umstellung zu einer klimaneutralen Wirtschaft nutzen. Betriebe, die heute noch konventionell wirtschaften, sollen bei ihrer Umstellung auf allen Ebenen unterstützt und ermutigt werden: durch finanzielle Anreize, leicht zugängliche Förderungen, strategische Kooperationen und mit dem Wissen jener Betriebe, die diesen Weg schon erfolgreich gegangen sind.

GRÜNE INDUSTRIE IM INTERNATIONALEN WETTBEWERB STÄRKEN

Neben den kleinen und mittleren Betrieben sorgen die Industriebetriebe in Europa für Wohlstand, Innovation und Jobs. Viele Industriebetriebe haben die Anforderungen der Klimawende erkannt und planen, ihre Prozesse im großen Stil innovativ und klimaneutral umzustellen. In den USA und China schreiten die industriepolitischen Maßnahmen zur Förderung grüner, nachhaltiger Produktionen und Produkte rapide voran.

Wir wollen diesen Wohlstand auch in Zukunft in Europa sichern und nicht zu einem Importkontinent werden. Um grüne Produktion zu ermöglichen, braucht es eine gemeinsame Europäische Industriepolitik, die den Unternehmen rasch Zugang zu Förderungen verschafft und das Beihilferecht den Anforderungen des internationalen Wettbewerbs anpasst.

Bestehende Instrumente wie der EU-Innovationsfonds sollen noch stärker dazu genutzt werden, große Projekte zum Ausstieg aus Kohlenstoff voranzutreiben. Ebenso wollen wir, dass die grünen Produkte in Europa produziert werden. Deswegen setzen wir uns für verpflichtende Beschaffungsquoten bei öffentlichen Aufträgen ein.

EUROPA WIRTSCHAFTLICHE SOUVERÄNITÄT ZURÜCKGEBEN

Die Coronakrise hat sehr gut veranschaulicht, wie stark Europa in Abhängigkeit geraten ist. Egal ob im Bereich der Medikamente, Halbleiter oder der künstlichen Intelligenz. Es gibt ein neues Bewusstsein dafür, wie wichtig Souveränität und Innovation sind, um im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. Es braucht eine gemeinsame, aktive europäische Industriepolitik, um strategisch wichtige Felder zu koordinieren und Innovation weiter voranzutreiben. In den Bereichen, wo wir momentan zurückliegen und es bereits gemeinsame Projekte wie z.B. die "Important Projects of Common European Interest" (IPCEI) gibt, muss weitergearbeitet werden.

Grüne Innovationen und grüne Märkte werden in Zukunft massiv dazu beitragen, dass Europa krisenfest wird. Zusätzlich zur strategischen Koordination fordern wir eine langfristige Finanzierung und geeignete, langfristig gesicherte Rahmenbedingungen, um Planungssicherheit zu ermöglichen.

CO₂ SPEICHERN UND NUTZEN

In den meisten Bereichen können wir mit klimafreundlicher Technologie den Ausstoß von ${\rm CO_2}$ vermeiden. Das ist aber nicht überall vollständig möglich, z.B. bei der Herstellung von Zement. Hier müssen wir auf die Speicherung und Nutzung von ${\rm CO_2}$ setzen (Carbon Capture Use and Storage, CCUS). Die EU soll beim Aufbau von gemeinsamen ${\rm CO_2}$ -Speichern zusammenarbeiten.

GRÜNEN WASSERSTOFF SINNVOLL EINSETZEN

Grüner Wasserstoff aus erneuerbaren Energien ist ein besonders wertvoller Energieträger. Er kann Energie speichern und transportieren. Und er kann schmutzige Energie aus Gas und Öl dort ersetzen, wo eine Umstellung auf einen Betrieb mit Strom keine Option ist. Wir müssen gemeinsam ein Netz aufbauen, in dem Wasserstoff durch ganz Europa transportiert werden kann. Auch die bestehenden Erdgas-Pipelines und Gasspeicher können dafür umgerüstet und neu genutzt werden. So machen wir Europa zu einer leistungsfähigen Infrastruktur-Union.

EIN EUROPA, DAS FAIR HANDELT

GERECHTE BEDINGUNGEN FÜR DEN HANDEL IN DER EU UND MIT DER GANZEN WELT



Die EU betreibt Handel mit Ländern auf der ganzen Welt. Die Grundlage dafür sind Handelsabkommen, mit denen die eigenen Wirtschafts- und Handelsinteressen gefördert werden sollten. Die sogenannten Freihandelsabkommen stehen oft im Zentrum von Kritik – und das aus gutem Grund: "Frei" sind sie nämlich vor allem von Umwelt- und Sozialstandards. Dadurch werden diese auch in Europa selbst in Frage gestellt, denn billige, alles andere als nachhaltige Importe gefährden die heimische Landwirtschaft und Industrie.

Die Handelspolitik der EU gegenüber Entwicklungsländern verfolgt oft kurzsichtig und einseitig die wirtschaftlichen Interessen einiger europäischer Unternehmen. Mit schlimmen Auswirkungen auf die Wirtschaft unserer Handelspartner:innen: Durch den Abbau von Zöllen setzen Billigimporte aus der EU Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern unter Druck. Weltweite Krisen werden dadurch noch verschärft. Die EU braucht mehr Weitblick in ihrer internationalen Handelspolitik.

DA WOLLEN WIR HIN

Eine EU, die fair handelt, handelt im Interesse von uns allen. Sie kann Standards für Umweltschutz und gute Arbeitsbedingungen setzen und durch klare Regeln mit Handelspartner:innen auch in anderen Teilen der Welt zur Durchsetzung bringen. Und sie kann sich damit selbst krisenfest und unabhängig machen. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass die EU diese Chancen nützt – mit einem Handel, der nicht um jeden Preis den schnellsten und größten Profit machen möchte, sondern vor allem eine gute Zukunft anstrebt. Dafür müssen wir soziale und ökologische Standards für die EU-Handelspolitik und damit auch für unsere Partnerländer festschreiben – durch Handelsverträge und ein effektives und effizient umgesetztes Lieferkettengesetz.

FAIR TRADE STATT FREE TRADE

Die Europäische Union ist einer der attraktivsten Märkte der Welt. Nutzen wir diese gemeinsame Stärke und koppeln wir den Zugang zu unserem Markt an faire Arbeitsbedingungen und Umweltschutz-Standards. Entwickeln wir unsere Handelsverträge weiter, von Free Trade-Abkommen zu Fair Trade-Abkommen.

TRANSPARENTE UND NACHHALTIGE LIEFERKETTEN

Für die Gewinnung von Rohstoffen werden leider oft Mensch und Natur in verschiedensten Teilen der Welt ausgebeutet. Menschenrechte werden verletzt, die Umwelt zerstört und Konflikte dadurch aufgeheizt. Wir wollen daher transparente Lieferketten, die durch Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten sicherstellen, dass soziale und ökologische Mindeststandards von unseren großen Unternehmen bzw. in der Herstellung unserer Produkte eingehalten werden. Das jüngst beschlossene europäische Lieferkettengesetz ist trotz seiner, auf den letzten Metern von den Mitgliedsstaaten durchgesetzten, Abschwächungen ein Durchbruch auf dem Weg zu transparenten und nachhaltigen Lieferketten.

Ein faires Lieferkettengesetz muss der heimischen Produktion den Vorrang geben, wenn sie den Bedarf decken kann – und sie nicht in einen unfairen Wettbewerb mit Konkurrenz bringen, die mit Niedrigstlöhnen und Zwangsarbeit wirtschaftet und keine Rücksicht auf Umwelt und Klima nimmt. Das ist gerade für die unzähligen kleinen, mittleren und Ein-Personen-Unternehmen in Europa wichtig, die bereits jetzt Verantwortung für die Auswirkungen ihrer Lieferketten übernehmen. Wer nachhaltig und sozial gerecht wirtschaftet, darf keinen Nachteil gegenüber jenen Großkonzernen haben, für die der maximale Profit über allem steht.

HANDEL AUF AUGENHÖHE

Die gegenwärtige Handelspolitik der EU gegenüber Entwicklungsländern ist noch zu stark von rein wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Weil Zölle wegfallen, werden Industrie, Handwerk und Landwirtschaft, die in Entwicklungsländern heimisch sind, durch Billigimporte aus der EU bedroht. Wir wollen diese Abkommen überarbeiten und zu echten Entwicklungspartnerschaften ausbauen. Die Entwicklungsländer müssen dabei unterstützt werden, ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können.

DEMOKRATISCHE SPIELREGELN

Demokratie und Transparenz: Das muss auch bei allen Verhandlungen und Plänen für EU-Handelsabkommen gelten. Geheimpapiere und Abmachungen hinter verschlossenen Türen sind nicht zu akzeptieren. Für die Einhaltung von Standards und Vereinbarungen brauchen wir einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof, vor dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch die leidtragenden Menschen. Sie sollen dort gegen die Verletzung ihrer Menschenrechte und den Bruch von sozialen oder umweltrelevanten Verpflichtungen durch transnationale Unternehmen vorgehen können.

EUROPÄISCHEN BINNENMARKT FAIR GESTALTEN

Wir gestalten die Regeln für den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt so, dass nicht nur auf den Profit geschaut wird, sondern auch übergeordnete Ziele erreicht werden: Demokratie, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie die Schaffung von fair bezahlte Arbeitsplätze. Wir wollen den Binnenmarkt auch nutzen, um Europa krisenfester und unabhängiger von Rohstoffimporten zu machen. Wir brauchen eine gemeinsame, europäische – und keine konkurrierende, nationalstaatliche – Wettbewerbspolitik. Dadurch wollen wir sicherstellen, dass sich keine zu starke Marktmacht auf Kosten der anderen entwickelt und der unfaire Wettlauf um Subventionen zwischen den EU-Ländern ein Ende hat. Wir brauchen Finanzierungsinstrumente, die auch weniger reichen Ländern die notwendigen Investitionen ermöglichen, die sie für ihre klimafreundliche Umstellung und ihre Wettbewerbsfähigkeit brauchen.

DAMIT ALLE IHREN FAIREN BEITRAG LEISTEN STEUERGERECHTIGKEIT IN EUROPA DURCHSETZEN



Ohne Steuern könnten wir unsere Gesellschaft nicht am Laufen halten. Steuern finanzieren Schulen, Öffis, Gesundheitswesen und viele andere öffentliche Ausgaben, die uns allen zugutekommen.

Im europäischen Steuersystem gibt es ungerechte Schieflagen. Große internationale Konzerne nutzen gesetzliche Lücken aus, um weniger Steuern zu zahlen und Rekordgewinne in Niedrigststeuerländer zu verschieben. Sie können ihre Produkte zwar überall in Europa verkaufen, dürfen aber gleichzeitig in dem Land mit den niedrigsten Steuern ihren Gewinn versteuern.

Einige Mitgliedstaaten haben es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht, Großunternehmen mit niedrigen Steuersätzen anzulocken. Sie wollen sich damit einen Vorteil gegenüber anderen Mitgliedsländern verschaffen. Aber das ist ein kurzsichtiges Spiel, bei dem in Wahrheit alle EU-Länder verlieren: Wenn die Steuersätze immer weiter sinken, gehen immer mehr staatliche Einnahmen verloren. Das schwächt den Sozialstaat, weil dieses Geld für wichtige Ausgaben fehlt. Und es führt dazu, dass kleinere Unternehmen und Bürger:innen, die ehrliche Steuerbeiträge zahlen, am Ende draufzahlen.

Wir müssen dieser Ungerechtigkeit mit fairen Regeln in der EU ein Ende setzen. Bei der Einführung der globalen Mindeststeuer ist die EU die weltweite Vorreiterin. Das ist ein riesiger Fortschritt und soll bewirken, dass sich große Konzerne nicht mehr aus ihrer Verantwortung stehlen können. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass diese Regelung auch konsequent umgesetzt wird, ohne ungerechte Hintertürchen.

DA WOLLEN WIR HIN

Eine solidarische EU muss auch gemeinsam für Steuergerechtigkeit sorgen: Allen Ländern nützt es, das gemeinsame Ziel über den kurzfristigen Vorteil gegenüber anderen Mitgliedstaaten zu stellen. Damit das gelingt, soll auch für steuerpolitische Fragen in Zukunft statt Einstimmigkeit eine qualifizierte Mehrheit ausreichen. Weil es eben nicht sein kann, dass ein, zwei Länder die EU zum eigenen Vorteil an sinnvollen Lösungen hindern. So machen wir Schluss mit unfairen Wettbewerbsverzerrungen und stärken unsere innovativen heimischen Betriebe. Großkonzerne leisten durch ihre Steuern ihren fairen Beitrag – gerade auch für Zukunftsprojekte, von denen sie selbst stark profitieren, wie vom so wichtigen Ausbau der europäischen Infrastruktur.

GEWINNE VERSTEUERN, WO SIE GEMACHT WERDEN

Was für den kleinen Handwerksbetrieb ums Eck gilt, soll auch für große Unternehmen Pflicht werden: Steuern sollen dort gezahlt werden, wo der Gewinn erwirtschaftet wird. Das Steuerbeitragssystem soll grundlegend neu ausgerichtet werden, Steuertricksereien und Steuerdumping müssen effektiv bekämpft werden. Die EU muss auch den Missbrauch durch Briefkastenfirmen abstellen. Konzerne dürfen sich nicht aus ihrer Steuerpflicht stehlen.

SCHLUSS MIT STEUEROASEN

Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht ändern, damit die EU-Kommission den zerstörerischen Wettbewerb um den niedrigsten Steuersatz beenden kann, den einzelne Mitgliedstaaten auf Kosten aller anderer Länder betreiben. Eine "Schwarze Liste" der Steueroasen mit klaren Kriterien und Konsequenzen soll für Gerechtigkeit sorgen: Banken, Kanzleien oder Unternehmen, die dagegen verstoßen und trotzdem Geschäfte in diesen Ländern machen, sind zu sanktionieren. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Steuerbehörden muss wesentlich verbessert werden. Steuerflucht darf sich nicht mehr auszahlen.

FINANZKONTROLLE AUCH IM NETZ

Wir fordern ein eigenständiges europäisches Kartellamt, das auch die europäische Digitalaufsicht übernimmt. So wollen wir die Marktmacht der großen Digitalkonzerne gemeinsam kontrollieren und begrenzen, damit es auch hier einen fairen Wettbewerb gibt. Wir wollen eine faire Möglichkeit in der EU schaffen, um digitale Dienste und Krypto-Währungen zu besteuern.

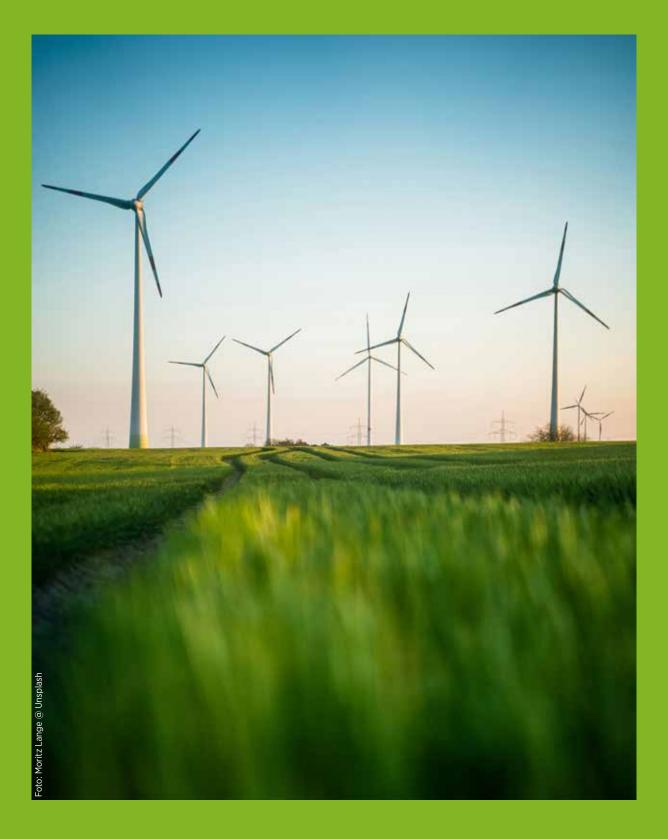
FINANZMÄRKTE ZÜGELN

Der kurzfristige Handel mit Finanzprodukten und hochriskante Spekulationen können großen Schaden anrichten. Wir wollen die immer wilderen Experimente auf unseren Finanzmärkten einbremsen – durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese vermindert gefährliche Spekulationen, schafft neue Einnahmen für das EU-Budget und gibt uns dringend notwendige Spielräume für Investitionen in unsere Zukunft, von denen wir alle etwas haben.

ZUFALLSGEWINNE NUTZEN

Energiekonzerne müssen in der EU bereits heute ihre Zufallsgewinne fair versteuern, die die Energiekrise ohne eigenes Zutun in ihre Kassen gespült hat. Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass Österreich den von der EU vorgegebenen Rahmen bestmöglich ausschöpft – und finanzieren damit eine ganze Reihe Entlastungen, die der gesamten Bevölkerung zugutekommen. Dieses Modell der Zufallsgewinne soll die EU auch auf andere Bereiche ausweiten. Auch hier müssen wir schlau vorgehen: Wenn Unternehmen diese Übergewinne in den Ausbau der erneuerbaren Energie reinvestieren, sollen sie dafür eine Gutschrift erhalten. Auch so stellen wir sicher, dass dieses Geld dem Klimaschutz und dadurch uns allen zugutekommt.

EINE EU MIT MEHR HANDLUNGSKRAFT NEUE EINNAHMEQUELLEN UND GEMEINSAME INVESTITIONEN



Es ist klar, dass eine effiziente und zukunftsgewandte Politik auch von entsprechend dotierten, nachhaltigen Budgets abhängig ist. Das betrifft die Unterstützung für die Ukraine, die notwendige sozial-ökologische Transformation, den Kampf gegen die Inflation oder auch gegen die Verbreitung von Fake News, sowie die personelle Ausstattung von Behörden zur Kontrolle von Künstlicher Intelligenz. Da immer noch rund zwei Drittel der Einnahmen für den EU-Haushalt aus den nationalen Haushalten der EU-Länder stammen, bemisst sich das Budget der EU nicht an ihren tatsächlichen Herausforderungen, sondern an den Verhandlungsergebnissen von 27 Regierungen, deren erste Priorität in vielen Fällen nicht das gemeinsame Europa, sondern das jeweils eigene Land ist.

Der ewige Streit zwischen vermeintlichen "Nettozahlern" und "Nettoempfängern" treibt einen Keil zwischen die Mitgliedsländer. Nationale Eigeninteressen bekommen dadurch mehr Gewicht als unsere gemeinsamen Ziele, die uns verbinden.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wollen, dass die EU mehr Budget und damit mehr politischen Gestaltungraum bekommt. Damit ist sie gerade bei den brennenden Zukunftsentscheidungen handlungsfähiger und weit effizienter, als es 27 Mitgliedstaaten etwa durch parallele Investitionen wären. Erste Schritte wurden in den vergangenen Jahren gesetzt, wie z.B. der CO₂-Grenzausgleich, die Plastikabgabe oder die Ausweitung des Emissionshandels. Aber wir müssen bei den sogenannten "Eigenmitteln" weiter an den richtigen Schrauben drehen, um der EU mehr Handlungsfähigkeit zu geben und gleichzeitig wichtige ökologische Lenkungseffekte zu erzielen.

Wir Grüne haben eine Reihe von Vorschlägen, um die gemeinsamen Ziele der EU auf sichere finanzielle Beine zu stellen. Dazu zählen: Der Souveränitätsfonds, den die EU-Kommission für die Finanzierung der grünen und digitalen Transformation ins Spiel gebracht hat. Neue Eigenmittel, die die EU selbst einheben und einsetzen kann. Und das Verhandeln neuer Mittel aus dem EU-Haushalt im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), die gezielt in wichtige Zukunftsinvestitionen fließen. Es braucht also eine umfassende Umstrukturierung des europäischen Budget- und Steuersystems.

NEUE EIGENMITTEL FÜR DIE EU

Unsere Vorschläge für faire neue Einnahmequellen sind eine Finanztransaktionssteuer auf Spekulationen, neue gemeinsame Steuervorschriften für multinationale Unternehmen und eine EU-Kerosinsteuer, die auch wichtig für den Klimaschutz ist. Gemeinsame europäische Anleihen haben sich ebenfalls bewährt, um die EU dafür zu stärken, die großen Herausforderungen konsequent anzupacken.

HANDLUNGSSPIELRAUM FÜR ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Unser gemeinsames EU-Budget muss auch für unsere gemeinsamen Ziele eingesetzt werden. Deshalb wollen wir der EU mehr Handlungsspielraum bei Zukunftsinvestitionen geben, bei denen wir zusammen anpacken müssen. Zum Beispiel bei der Umstellung auf eine klimaneutrale Industrie oder für den Ausbau von Schienen, Stromnetzen und grünen Energiesystemen, die unseren Kontinent zu einer Infrastruktur-Union verbinden. Diese Flexibilität und langfristige Planbarkeit erreichen wir durch ein mutiges und starkes Investitionsprogramm im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 – 2034, der in der kommenden Legislaturperiode verhandelt und beschlossen wird.

SOZIALER ZUSAMMENHALT, DER EUROPA STARK MACHT GEMEINSAM DIE SOZIALE SICHERHEIT AUSBAUEN



Ein starker sozialer Zusammenhalt stellt sicher, dass wir in Europa in Demokratie, Frieden und Sicherheit leben können. Voraussetzung dafür ist ein funktionierender Sozialstaat. Er ist ein wirksames Mittel gegen Armut und hat zum Ziel, dass alle Menschen ein gutes Leben haben.

Ein sicheres soziales Netz ist aber keine Selbstverständlichkeit. Gerade jetzt sind wir gemeinsam gefordert, unseren Sozialstaat zu schützen und ihn weiter auszubauen. Denn die Krisen der vergangenen Jahre haben überall den finanziellen Druck auf das Budget erhöht: in der EU, in den einzelnen Mitgliedsländern und ihren Regionen. Die strengen Fiskalregeln der EU drohen, den Spielraum für diese wichtigen Investitionen bei Sozialleistungen, Gesundheit oder Pflege weiter einzuschränken.

Für uns Grüne steht fest: Wir dürfen nicht bei unserer Zukunft sparen, sondern müssen in sie investieren – in den Klimaschutz und in unseren Sozialstaat, der uns zusammenhält.

DA WOLLEN WIR HIN

Die Europäische Union wird oft als reine Wirtschaftsunion wahrgenommen, obwohl sie eine Sozialunionseinsollte. Wir wollen die soziale Dimensionstärken. Ein moderner Sozialstaat schützt die Menschen auf unserem Kontinent vor Armut, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung. Wir alle brauchen ihn, denn er ist die Grundlage für unseren gemeinsamen Wohlstand. Er gibt Millionen von Menschen in Europa Arbeit und trägt so zu einer positiven Entwicklung unserer Wirtschaft und unseres Arbeitsmarkts bei. Auch darauf beruhen unser gesellschaftlicher Zusammenhalt und unsere soziale Marktwirtschaft. Wir wollen dieses europäische Erfolgsmodell weiterentwickeln zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft.

SOZIALES EUROPA STÄRKEN

Wir Grüne wollen das soziale Europa auf allen Ebenen stärken. Dafür müssen wir soziale Sicherungssysteme, Mindestlöhne sowie die Arbeits- und Sozialrechte in der EU auf einem hohen Niveau absichern und weiter ausbauen. Damit du nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis in jedem Mitgliedsstaat ohne bürokratische Hürden arbeiten und leben kannst, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der nationalen Sozialversicherungssysteme ein. Zusätzliche Verbesserungen braucht es ganz besonders für Beschäftigte in "atypischen" Arbeitsverhältnissen, z.B. Neue Selbstständige oder Plattform-Arbeiter:innen. Wir brauchen in allen Bereichen der Sozialpolitik europaweite Standards, die nirgends in der EU unterlaufen werden dürfen. Statt EU-Empfehlungen brauchen wir verbindliche EU-Gesetze.

Das Sozialschutzniveau muss in allen Mitgliedstaaten steigen – denn sonst betreiben Unternehmen innerhalb der EU weiterhin Lohn- und Sozialdumping, das auch den Menschen in Österreich schadet, weil Unternehmen in Länder abwandern, in denen es keine Mindestlöhne oder Kollektivverträge gibt.

IN ZUSAMMENHALT INVESTIEREN

Ausgaben für unseren Sozialstaat oder das Gesundheitswesen sind Investitionen in unsere Zukunft, die sich sozial und wirtschaftlich lohnen. Wer hier kurzsichtig den Sparstift ansetzt, verursacht schnell viel größere Kosten – durch Unterversorgung, niedrige Erwerbsquoten und steigende Armut, die unsere Lebensqualität und unseren Zusammenhalt bedroht. Die Sozialwirtschaft ist auch ein wichtiger Wirtschaftsmotor, der die EU wettbewerbsfähig macht. Wir brauchen zukünftig die richtigen Spielregeln in der EU, um unseren sozialen Zusammenhalt zu stärken. Zum Beispiel mit einer "Goldenen Investitionsregel", die Zukunftsinvestitionen in Soziales und Klimaschutz aus den Schuldenkriterien der Fiskalregeln herausnimmt. So können wir den Wohlstand in Europa nachhaltig sozial und wirtschaftlich absichern.

GEZIELTE VERSTÄRKUNG FÜR UNSER SOZIALSYSTEM

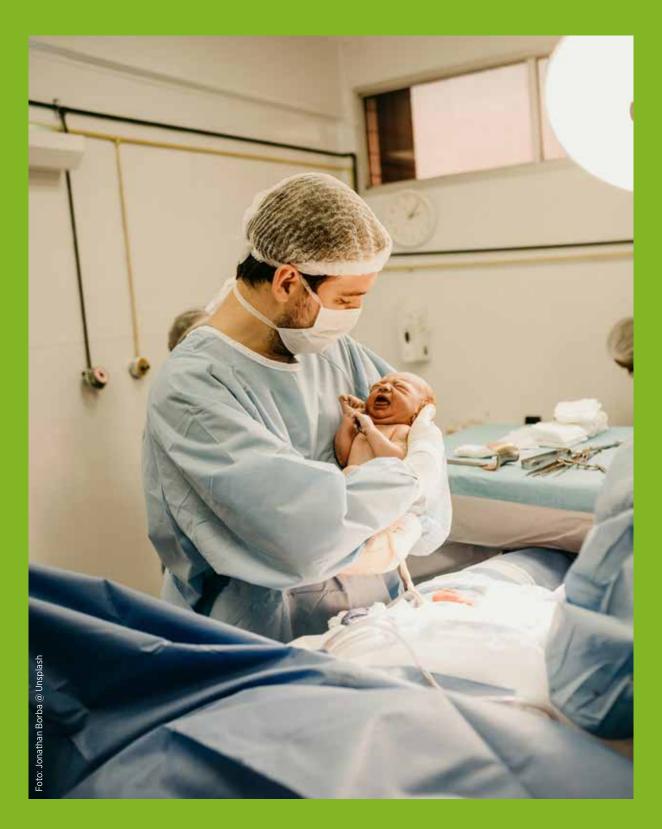
Die EU setzt sich das gemeinsame Ziel, die Pensions-, Gesundheits- und Pflegesysteme besser abzusichern, zu stärken. Für die Umsetzung dieses Zieles brauchen wir auch Fachkräfte aus Drittländern, die regulär zuwandern können. Überdies wird es ohne sie schlicht nicht genug Menschen geben, die sich um unsere Liebsten kümmern, wenn sie medizinische Betreuung brauchen oder ihren Alltag nicht mehr alleine bewältigen können.

LEISTBARES WOHNEN FÜR ALLE

Wohnen muss für alle Menschen leistbar sein und damit das Grundrecht aus der Charta verwirklicht werden. Wir brauchen einen gemeinsamen europäischen Ansatz für die öffentliche Wohnungspolitik, um alle Mieter:innen wirksam vor Ausbeutung zu schützen. Die EU muss die Finanzierung für den gemeinnützigen Wohnungsbau langfristig fortsetzen – auch nach Auslaufen des derzeitigen Resilienz- und Konjunkturfonds. Gemeinsam können wir den sozialen, erschwinglichen und energiesparsamen Wohnraum in ganz Europa massiv ausbauen.

GEMEINSAM FÜR EIN GESUNDES EUROPA

MEHR ZUSAMMENARBEIT IN DER EUROPÄISCHEN GESUNDHEITSPOLITIK



Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben gezeigt: Wir können globale Herausforderungen nur mit globalen Antworten bestehen. Die Europäische Union hat in der Krise rasch Verantwortung übernommen, obwohl Gesundheitspolitik keine EU-Kompetenz ist. Nur durch die gemeinsame Beschaffung konnte sichergestellt werden, dass Impfstoffe, Medikamente und Schutzausrüstung in allen Ländern zur Verfügung stehen.

Aber wir stehen weiter vor Problemen im Gesundheitswesen, die wir nur gemeinsam bewältigen können: Es gibt Lieferengpässe bei Arzneimitteln, mit denen alle europäischen Länder zu kämpfen haben. Pflegeheime und Spitäler leiden unter Personalnot. Und die Entwicklung in der EU droht immer mehr in Richtung einer Zwei-Klassen-Medizin zu gehen, die sich viele Menschen ganz einfach nicht leisten können. Dem müssen wir entgegenwirken: Gesundheit darf keine Frage des Einkommens sein. Wir kämpfen für eine starke, gemeinsame EU, die deine Gesundheit schützt.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wollen in der EU eine starke gemeinsame Gesundheitspolitik entwickeln. Gemeinsam können wir uns besser für künftige Krisen rüsten. Und gemeinsam können wir einen fairen Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung für alle Menschen sicherstellen. In einer verbesserten innereuropäischen Zusammenarbeit liegt eine große Chance für ein gesundes Europa. Wir Grüne wollen dafür sorgen, dass die EU diese Chance nutzt. Damit du dich darauf verlassen kannst, dass du überall rundum medizinisch versorgt wirst.



LEISTBARE MEDIKAMENTE IN GANZ EUROPA

Wir Grüne wollen sicherstellen, dass du immer Zugang zu wirksamen und leistbaren Medikamenten hast! Und zwar überall in der EU und durch die starke Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten. Lieferengpässe können vermieden werden, indem wir die Produktion wichtiger Medikamente wieder in die EU verlagern und uns unabhängig von Importen machen – wie das bereits bei der Herstellung von Penicillin in Tirol gelungen ist. Durch den gemeinsamen Einkauf von Medikamenten in der EU werden alle Mitgliedstaaten sicher versorgt – und das zu einem besseren Preis als durch ein Wettbieten um die Lieferungen der Pharma-Konzerne. Wenn ein Unternehmen ein neues Medikament in Europa zulassen will, muss dieses Medikament auch allen europäischen Sozialversicherungen angeboten werden – damit du es auch garantiert leistbar auf Rezept in deiner Apotheke bekommst.

VERSORGUNG GEMEINSAM SICHERN UND VERBESSERN

Als Europäische Union sind wir immer dann stark, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Auch in der Gesundheitspolitik brauchen wir faire Regeln, die diese Zusammenarbeit stärken. Zum Beispiel beim sicheren Zugriff auf Gesundheitsdaten, der über die Grenzen hinweg eine gute Versorgung von Patient:innen ermöglicht und gleichzeitig ihre sensiblen Daten schützt. Oder für eine lückenlose Versorgung mit Medikamenten. Eine gemeinsame Beschaffung gerade von neuen, hochpreisigen Medikamenten macht innovative Therapien für alle zugänglich – und beendet den Wettkampf europäischer Staaten um die verfügbaren Kontingente, der nur den Konzernen nutzt und die Preise für alle in die Höhe treibt. Um krisenfest zu werden und Lieferengpässen nachhaltig vorzubeugen, müssen wir die Produktion wichtiger Arzneimittel wieder nach Europa zurückbringen.

MENSCHEN IN DEN MITTELPUNKT STELLEN

Der Kampf um Profit und Marktmacht von Pharmakonzernen wird am Ende immer auf dem Rücken von Patient:innen ausgetragen. Wir Grüne fordern, dass die EU in ihrer gemeinsamen Gesundheitspolitik die Interessen der Bevölkerung und nicht der Lobbyist:innen in den Mittelpunkt stellt. Fördergelder müssen an Bedingungen geknüpft werden – egal, ob für die Ansiedlung von Pharmaunternehmen oder bei der Erforschung von Krankheiten. Wir brauchen volle Transparenz bei der gemeinsamen Beschaffung von Medikamenten und Impfstoffen, bei der Vergabe von Fördergeldern und bei der Nutzung von Gesundheitsdaten in der EU. So stärken wir auch das Vertrauen der Menschen in das Gesundheitswesen.

VORSORGE IST BESSER ALS NACHSORGE

Den Menschen helfen, gesund zu bleiben – das muss das wichtigste Ziel der Gesundheitspolitik in Europa werden. Vorsorge muss den Vorrang bekommen, weil sie viel Leid verhindern kann. Zum Beispiel mit wirksamen Impfungen – gegen sogenannte "Kinderkrankheiten" wie die Masern, gegen Influenza oder gegen HPV-Infektionen, mit denen schwere Folgeerkrankungen wie Krebs verhindert werden können. Auch bei Medizinprodukten und Therapien muss vorausschauender gedacht werden: Durch eine gemeinsame Kontrolle, die sofort auf Mängel und potenzielle Gefahren reagiert, machen wir die EU für alle Patient:innen noch sicherer.

GESUNDHEIT VON FRAUEN IN DEN FOKUS

Frauen sind nach wie vor medizinisch schlechter versorgt als Männer. Egal ob bei Medikamenten, Forschung oder Therapien: Der Fokus liegt immer noch auf den Männern. Frauen bekommen dadurch oft nicht die Behandlung, die sie brauchen. Weil sie z.B. bei einem Herzinfarkt meist andere Symptome haben als Männer, werden Symptome bei Frauen oft übersehen. Medikamente wirken nicht gleich gut, weil sie für Männer entwickelt und getestet wurden. Und Frauenkrankheiten wie Endometriose sind viel zu schlecht erforscht und dadurch schlecht behandelbar. In Österreich haben wir mit dem ersten Frauengesundheitsbericht seit 10 Jahren die Voraussetzung geschaffen, um diesen Gender-Gap in der Medizin endlich zu schließen. Auf EU-Ebene muss besonders im Bereich der Forschung mehr Augenmerk auf Frauengesundheit gelegt werden.

GEMEINSAM PERSONALLÜCKEN SCHLIESSEN

Nur die vielen engagierten Menschen, die sich mit vollem Einsatz um uns und unsere Liebsten kümmern, halten unser Gesundheits-, Pflege- und Sozialsystem am Laufen. Ganz Europa braucht mehr Fachkräfte in diesen Bereichen. Wenn die Mitgliedstaaten sich in einem Wettbewerb gegenseitig Personal aus der Hand reißen, werden wir nicht weiterkommen. Eine starke Gesundheits-Union muss diese Herausforderung gemeinsam anpacken. Mit einheitlichen Ansprüchen an die Pflege, fairen Arbeitsbedingungen mit guten Löhnen und einer Ausbildungsoffensive im Pflege- und Sozialsektor. In Österreich haben wir Grüne schon wichtige Reformen umgesetzt, um diesen Weg zu gehen – gemeinsam können wir auch Europas Gesundheits- und Pflegesystem auf sichere Beine stellen.

ZUKUNFT AUF BILDUNG UND WISSENSCHAFT AUFBAUEN

EUROPA VORWÄRTSBRINGEN DURCH BILDUNG, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG



Wissenschaft und Forschung sind die Grundlage für den Fortschritt in Europa. Wir brauchen ihre Erkenntnisse z.B. im Kampf gegen die Klimakrise und für die notwendigen Veränderungen hin zu einer gerechten Gesellschaft. Sie liefern neue Technologien für die grüne Transformation. Nur durch sie ist Europa weltweit vorne dabei, wenn es um Innovation jeder Art geht, die den Menschen ein besseres Leben ermöglicht.

Durch gezielte Desinformation und Fake News macht sich leider auch eine zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit in Europa breit. Unbestrittene wissenschaftliche Fakten werden in Frage gestellt, Vertreter:innen von Verschwörungsmythen fordern im Namen einer vermeintlichen "Ausgewogenheit" ihren Platz in der öffentlichen Diskussion. Sie schüren Ängste und verbreiten Unwahrheiten, die zu einer Gefahr für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und sogar die Gesundheit von Menschen werden können (Stichwort: Pferdeentwurmungsmittel statt Schutzimpfung).

Wir stehen für ein Europa, das die Forschung und das Vertrauen der Menschen in die Wissenschaft stärkt.

DA WOLLEN WIR HIN

Europa nimmt eine klare Haltung ein: für eine starke, unabhängige Forschung und Wissenschaft, die nach neuen Erkenntnissen strebt und diese auch für die Gesellschaft nutzbar macht. Dabei setzen wir so früh wie möglich an: in den Schulen und Bildungseinrichtungen, die unsere Kinder bestmöglich auf ihr Leben vorbereiten und einen Wissensdrang in ihnen wecken. Gleichzeitig muss die Forschung, besonders in Zukunftsbereichen, in Europa weiter gestärkt werden. So entziehen wir der Wissenschaftsfeindlichkeit, die Europa in allen gesellschaftlichen Bereichen zurückzuwerfen droht, ihren Nährboden – und können uns mutig vorwärts in eine gute Zukunft entwickeln.

WEGE IN DIE WISSENSCHAFT EBNEN

Wir müssen uns aktiv darum bemühen, dass junge Menschen sich für eine Karriere in der Wissenschaft, Forschung und anderen innovativen Bereichen entscheiden, und ihnen sinnvolle Laufbahnen ermöglichen. Das beginnt bei einem fairen Zugang zu den Hochschulen für alle jungen Menschen – unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern. Europa muss hier gemeinsam vorgehen. Wir müssen junge Talente in der Forschung effizient fördern, die EU-weiten Programme für den Forschungsnachwuchs massiv ausbauen und dabei vor allem auch auf Geschlechtergerechtigkeit achten. Die Initiative "Europäische Hochschulen" verbindet Einrichtungen in der EU, um die vielfältigen Stärken gemeinsam zu nutzen und die Mobilität von Studierenden zu fördern – auch dieses Programm müssen wir ausbauen. Mit guten Arbeitsbedingungen, planbaren Karrierewegen und einer aktiven Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion geben wir jungen Wissenschafter:innen eine langfristige Berufsperspektive. Damit sie für den Fortschritt sorgen können, der uns alle weiterbringt.

SCHWERPUNKT: ZUKUNFT

Wir wollen, dass die EU verstärkt in jene Forschungsbereiche investiert, die wichtig für eine gute Zukunft sind: die Umstellung auf eine klimafreundliche Gesellschaft – von der Energieversorgung über Wirtschaft und Industrie bis hin zu Verkehr und anderen Lebensbereichen – und wie wir diese Transformation sozial gerecht für alle gestalten. Auch für den gesellschaftlichen Wandel muss die Forschung innerhalb der EU ausgebaut und gestärkt werden. Das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der EU "Horizon Europe" läuft bis 2027. Es muss bereits jetzt begonnen werden, das folgende Rahmenprogramm zu erarbeiten und hier Schwerpunkte zu setzen.

BESTMÖGLICHER START FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Wir Grüne setzen uns europaweit für ein sozial gerechtes, inklusives, diverses und effizientes Schul- und Ausbildungssystem ein. Dafür gilt es, den Austausch über Ländergrenzen hinweg zu suchen, von "Best Practice"-Beispielen zu lernen und begleitende Forschung zu gewährleisten.

Dabei setzen wir früh an: in den Schulen. Dort sollen sie lernen, wie sie Fake News von gesichertem Wissen unterscheiden können und was Wissenschaft und Forschung für ihr tägliches Leben bringen: Ohne Forschung kein Handy, kein Laptop, kein Gaming, kein Social Media.

INTERNATIONALES BILDUNGSJAHR FÜR ALLE

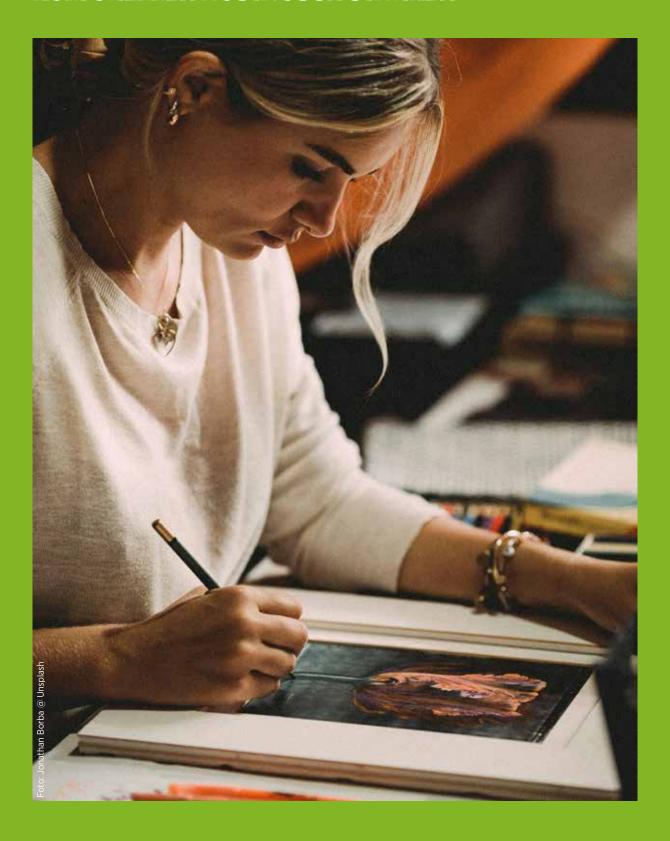
Wir wollen die Menschen in Europa zusammenbringen und miteinander verbinden: Jeder junge Mensch soll die Chance auf ein internationales Bildungsjahr bekommen. Dafür fordern wir eine deutliche Erhöhung der europäischen Mittel für den Austausch von Schüler:innen, Lehrlingen und Studierenden in einem ausgebauten Erasmus+-Programm. Mit einer sozialen Staffelung der Erasmus-Unterstützung sorgen wir für einen breiten Zugang, bauen ungerechte Hürden ab und eröffnen jungen Menschen neue Chancen.

SICHERER ORT FÜR WISSENSCHAFT IM EXIL

Die EU soll Wissenschafter:innen und Lehrenden, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr Land verlassen müssen, verlässlich Schutz und einen sicheren Zufluchtsort bieten. So stellen wir sicher, dass sie ihre Forschung und Lehre frei fortführen und weiterhin für unseren gemeinsamen Fortschritt arbeiten können.

EUROPA VERBINDEN DURCH KUNST UND KULTUR

FREIHEIT DER KUNST SCHÜTZEN, KULTURELLEN AUSTAUSCH STÄRKEN



Kunst und Kultur sind unverzichtbar für unsere europäische Demokratie. Sie bringen Menschen über alle Grenzen hinweg zusammen, bereichern unseren Alltag, fördern Kreativität und das eigenständige Denken. Sie sorgen für einen lebendigen Austausch und können zu einem positiven Wandel beitragen. Als freie, kritische Stimmen können sie Machtstrukturen hinterfragen und gesellschaftliche Entwicklungen beobachten.

Die Freiheit der Kunst wird in Europa immer wieder bedroht. Vor allem in Ländern wie Ungarn, wo Künstler:innen wortwörtlich keine Bühne mehr haben – denn Orbán hat freie Theater geschlossen und instrumentalisiert die Kulturszene für seine Zwecke. Aber auch in Melonis Italien sind Kunstinstitutionen nicht mehr vor staatlichen Eingriffen und budgetären Kahlschlägen sicher.

Was Europa ausmacht, ist unsere künstlerische und kulturelle Vielfalt. Die EU-Grundrechte schützen auch die Freiheit der Kunst und ihre Vielfalt.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wollen eine starke gemeinsame Kunst- und Kulturpolitik in der EU. Denn Kunst und Kultur sind kein "teurer Luxus" – ganz im Gegenteil: Wir können uns ein Europa ohne eine vielfältige und lebendige Kulturlandschaft nicht leisten. Sie ist wertvoll für unsere Demokratie, abseits aller kommerziellen Interessen – aber hat auch wirtschaftliche und arbeitsmarktspezifische Aspekte. Wir Grüne wollen die unabhängigen Kunst- und Kulturszenen in Europa enger miteinander verbinden und weiter stärken – denn sie machen auch uns als Gesellschaft stark.

GEMEINSAM IN KULTUR INVESTIEREN

Während andere hier an erster Stelle sparen wollen, setzen wir Grüne uns dafür ein, dass die EU stärker in Kunst und Kultur investiert. Dabei wollen wir ganz besonders auch den Kulturaustausch innerhalb Europas und mit der ganzen Welt fördern.

VIELFALT UND FREIHEIT SICHERN

Wir stehen für eine lebendige Kunst- und Kulturpolitik, die auf Vielfalt setzt, kritischen Stimmen eine Bühne gibt, Innovationen und Experimente fördert, eine breite gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und die Freiheit der Kunst vor politischen Angriffen und Vereinnahmungsversuchen verteidigt. Ganz besonders müssen wir die sprachlichen Rechte von Minderheiten in ganz Europa schützen und dafür sorgen, dass auch die LGBTIQ+-Community vor allem in der Popkultur sicher ist vor rechtsextremer Gewalt und Verbotsfantasien, die in Orbáns Ungarn bereits bittere Realität sind. All das sind unabdingbare Voraussetzungen, damit sich die Demokratie in Europa positiv weiterentwickeln kann.

Das Programm "Kreatives Europa" umfasst Investitionen in Maßnahmen, mit denen die kulturelle Vielfalt gestärkt werden soll. Dies muss ausgebaut und höher finanziert werden und explizit auch für innovative und experimentelle Kunst- und Kulturprojekte offenstehen.

MENSCHEN VERBINDEN

Wir wollen die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler:innen und Kulturveranstalter:innen in ganz Europa ermöglichen. Besonders dort, wo kritische Künstler:innen zunehmend unter Druck stehen. Das Austausch-Programm Erasmus soll dafür auch für Menschen ausgeweitet werden, die in künstlerischen und kreativen Berufen tätig sind. Für Künstler:innen und Kreative, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen sicheren Zufluchtsort bieten. Mit Unterstützung der EU sollen sie ihre künstlerische und kulturelle Arbeit in einem geschützten Umfeld fortsetzen können.

EUROPÄISCHEN FILM NACHHALTIG FÖRDERN

Wir Grüne haben in Österreich eine völlig neue Filmförderung eingeführt und damit für Aufwind in der heimischen Filmlandschaft gesorgt. Das ist nicht nur gut für die vielen Beschäftigten in der Branche, sondern auch für die Umwelt, weil es zusätzliches Geld für eine nachhaltige Produktion gibt. Auch Initiativen für mehr Geschlechtergerechtigkeit werden speziell gefördert. Ein solches Modell braucht es auch EU-weit: Damit sichern wir eine hohe künstlerische Qualität und stärken Vertrieb und Nachhaltigkeit des europäischen Films.

BEITRAG ZUM KLIMASCHUTZ

Gerade in der Architektur und der Gestaltung unserer Städte und Gemeinden gibt es viel Spielraum, um unser Klima aktiv zu schützen und die Lebensqualität für alle Bewohner:innen zu verbessern. Wir wollen den interdisziplinären Ansatz für klimaneutrales Bauen und Gestalten weiter stärken, damit Kultur hier einen noch größeren Beitrag leisten kann. Hier gilt es auch, den Denkmalschutz europaweit zu stärken und das kulturelle Erbe klimafit zu machen.

UNABHÄNGIGE KULTURWIRTSCHAFT SCHÜTZEN

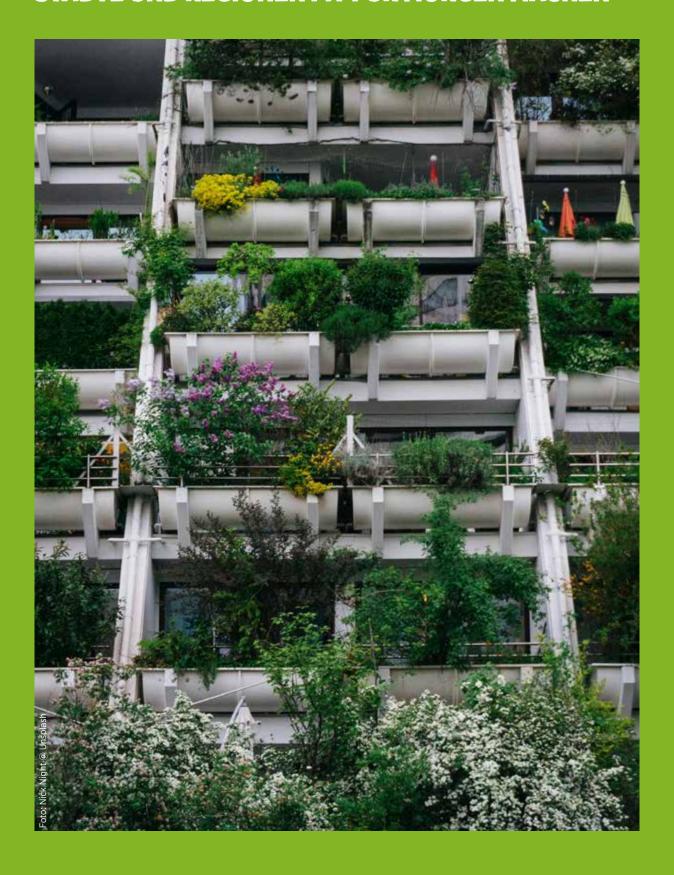
Künstlerische Innovationen gehen von Künstler:innen und Künstler:innen-Gemeinschaften aus. Die Kreativwirtschaft besteht aus kleinen oder mittelgroßen Unternehmen, die Filme und Serien, virtuelle Welten und Games gestalten, Musik über alle Genregrenzen produzieren und veröffentlichen. Diese innovativen Unternehmen müssen wir fördern und gegen die dominante Marktmacht der großen internationalen Plattformen stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass diese kulturellen Institutionen auch weiterhin in internationalen Handelsabkommen ausgenommen und dadurch geschützt werden. Zusätzlich setzen wir uns für die Einführung der sogenannten "Investment Obligation" ein, die es durch Besteuerung der internationalen Plattformen ermöglicht, heimische und europäische Produktionen im Medien- und Musiksektor zu finanzieren.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ, DIE KÜNSTLERISCHE LEISTUNG RESPEKTIERT

Künstliche Intelligenz darf nicht zum rechtsfreien Raum werden. Das gilt auch in der Kunst, wo computererzeugte Texte, Bilder und Sounds immer stärker in Konkurrenz zu menschlichen Urheber:innen treten, deren Material die künstliche Intelligenz überhaupt erst "füttert" – und das oft ungewollt. Für uns ist klar: Künstler:innen sollen die Verwendung ihres geistigen Eigentums auf Grundlage des bestehenden Urheber- und Verwertungsrechts verweigern können und ihr Recht auf faire Bezahlung durchsetzen können.

EIN GUTES LEBEN BEI DIR DAHEIM

STÄDTE UND REGIONEN FIT FÜR MORGEN MACHEN



Die grundlegenden Entscheidungen für eine gute Zukunft in Europa treffen wir gemeinsam in der EU. Für die reibungslose Umsetzung bei dir daheim braucht es aber auch eine starke Regionalpolitik. Sie hält das Leben in den Städten und Gemeinden am Laufen, sichert deine Versorgung mit Energie und Wasser, betreibt Kindergärten, Schulen, kulturelle Einrichtungen, Sportstätten und vieles mehr.

Die verantwortlichen Regionen und Kommunen stoßen dabei oft an ihre finanziellen Grenzen. Finanzschwache Regionen sind zusätzlich von Abwanderung betroffen, was die strukturellen Herausforderungen noch verschärft. Die Kluft zwischen Stadt, "Speckgürtel" und Land wird so immer größer.

Die EU kann hier mit gezielten Förderungen viel bewirken. Aber das funktioniert heute oft noch viel zu kompliziert, die bestehenden Regeln stehen einer wirksamen Unterstützung der Regionen mitunter im Weg. Das müssen wir ändern.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir wollen starke Regionen, die von der EU gezielt und nachhaltig gefördert sind und viel Gestaltungsspielraum haben. Projekte sollen gemeinsam mit den betroffenen Bürger:innen erarbeitet werden. Die EU muss sicherstellen, dass innovative Projekte auch im Waldviertel oder im Murtal eine faire Chance auf Realisierung haben.

REGIONEN NACHHALTIG FÖRDERN

Wir wollen, dass Regionen mehr Geld für ihre wichtigen Zukunftsinvestitionen in die Hand bekommen: für Klimaschutz, die Bekämpfung von Armut und eine bessere Lebensqualität für die Menschen. Der Zugang zu diesen Geldern muss einfacher werden, bürokratische Hürden müssen fallen. In den Mittelpunkt stellen wir jene Regionen, die heute mit den größten Nachteilen zu kämpfen haben: ländliche Gebiete mit einer schlecht ausgebauten Infrastruktur oder Regionen, die von einer veralteten Industrie abhängig sind, dringend modernisiert werden müssen. Mit nachhaltigen Investitionen können wir die Abwanderung junger Menschen – vor allem auch junger Frauen – stoppen und neue Perspektiven auf eine lebenswerte Zukunft schaffen.

BESTBIETER-PRINZIP ZUR REGEL MACHEN

Bei der Vergabe von Aufträgen sollen soziale und ökologische Kriterien den Vorrang bekommen – weg vom Billigstbieter, hin zum Bestbieter-Prinzip. Bereits ausgelagerte Dienste sollen auch wieder in die Kontrolle der Regionen zurückkommen können. Denn wichtige öffentliche Aufgaben dürfen nicht nur so billig wie möglich sein – sie müssen zur Zufriedenheit der Menschen erfüllt werden, die sie in Anspruch nehmen.

KEIN GESCHÄFT MIT TRINKWASSER

Für uns Grüne steht fest: Jeder Mensch muss Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. An diesem Recht darf nicht gerüttelt werden. Die Wasserversorgung darf kein Geschäft werden, das sich den Interessen der Marktwirtschaft unterwirft. Sie darf nicht an Unternehmen verkauft werden, sondern muss sicher in der Hand der Regionen bleiben.

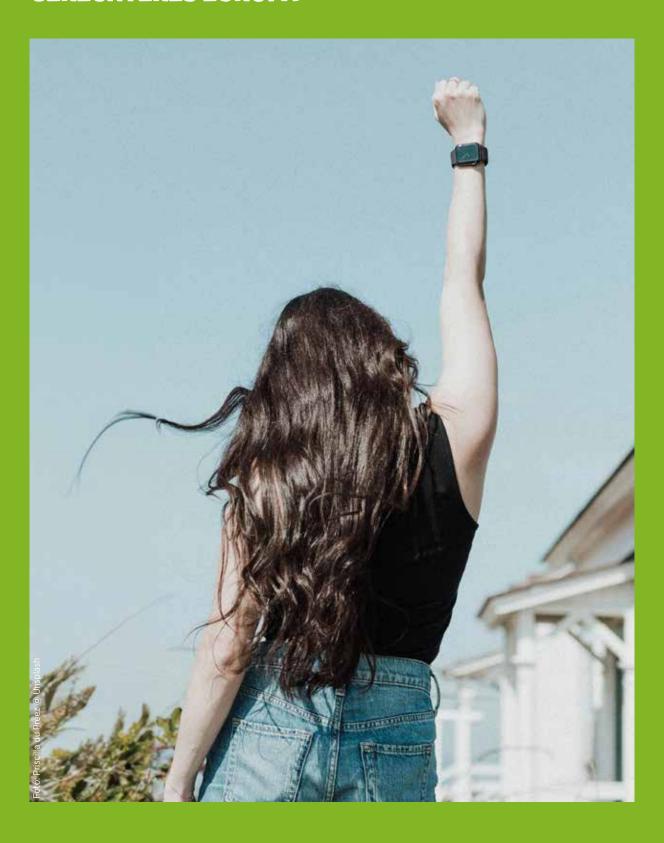
MEHR MITSPRACHE FÜR LEBENDIGE DEMOKRATIE

Wir stehen für eine lebendige europäische Politik mit deutlich mehr Mitspracherechten für die Kommunen und Regionen – vor allem für die Menschen, die in ihnen wohnen. Voraussetzung ist, dass die Menschen vor Ort besser über die Maßnahmen der EU-Regionalpolitik informiert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass du eine starke Stimme bei Projekten hast, die dich unmittelbar betreffen.

ENERGIE NACHHALTIG VOR ORT ERZEUGEN

Wenn wir saubere Energie zunehmend vor Ort und direkt bei den Menschen daheim erzeugen, ist das auch für die Wirtschaft in den Regionen gut. Wir Grüne achten darauf, dass dabei so wenig Fläche verbraucht wird wie möglich. Das schaffen wir durch Mehrfachnutzungen, z.B. mit Sonnenstrom-Anlagen, die bereits betonierte Parkplätze überdachen oder unter denen Schafe grasen oder Apfelbäume gedeihen. Mit gezielten Förderungen für den schlauen Ausbau von Erneuerbarer Energie stellen wir sicher, dass die Menschen vor Ort direkt davon profitieren.

FÜR VOLLE GLEICHSTELLUNG KÄMPFEN FEMINISTISCHE POLITIK FÜR EIN GERECHTERES EUROPA



Europa ist meilenweit von einer echten Geschlechtergerechtigkeit entfernt, in der Frauen in allen Lebensbereichen gleichgestellt sind. Frauen bekommen nach wie vor weniger Gehalt als Männer – und das für die gleiche Arbeit. Frauen übernehmen den Großteil der unbezahlten Betreuungs- und Pflegearbeit in der Familie – ausreichende Kindergartenplätze fehlen, ganz besonders am Land. Erschreckend viele Frauen erleben körperliche, sexuelle oder sexualisierte Gewalt – jede dritte Frau in Österreich ist im Lauf ihres Lebens betroffen.

Statt Boden bei längst überfälligen Fortschritten gutzumachen, droht uns jetzt sogar ein Rückfall um Jahrzehnte: Elementare Frauenrechte, die über Generationen hart erkämpft werden mussten, sind heute wieder in Gefahr – in Ländern mit rechtsextremen Regierungen wurden sie bereits in kürzester Zeit massiv eingeschränkt. In ganz Europa wollen Rechtspopulist:innen Frauen Freiheiten nehmen und sie am liebsten wieder zurück an den Herd verbannen – mit rückschrittlichen Herdprämien und anderen anti-feministischen Maßnahmen setzen sie es vielerorts bereits in die Tat um.

Wir stehen vor einer Richtungsentscheidung: Wenn wir nicht gemeinsam entschieden für die Gleichberechtigung aller Menschen eintreten, werden ultrakonservative und rechtsextreme Kräfte Europa zurück in eine längst überwundene Vergangenheit katapultieren, in der Frauen unterdrückt und in ihrer Freiheit eingeschränkt werden.

DA WOLLEN WIR HIN

Wir Grüne werden die laute feministische Stimme in Europa sein. Gerade jetzt, wo der Gegenwind in vielen Ländern stärker wird, lassen wir uns nicht von unserem Ziel abbringen: Völlige Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Gemeinsam kann Europa viel bewegen. Machen wir die EU zu einer Union der Gleichstellung.

FÜR FRAUENRECHTE WELTWEIT EINSTEHEN

Die EU-Mitgliedstaaten sind dazu verpflichtet, die Grundrechte aller Menschen zu schützen und für Gleichheit zu sorgen. Jede Form von Diskriminierung ist ein Verstoß gegen diese Grundrechte, gegen den wir entschieden vorgehen müssen. Die EU muss die Teilhabe und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen verteidigen und weiter stärken – in Europa und auf der ganzen Welt. Ganz besonders in Zeiten wie diesen, in denen Frauenrechte weltweit wieder zunehmend angegriffen werden.

FRAUEN WIRKSAM VOR GEWALT SCHÜTZEN

Gewalt gegen Frauen und Mädchen darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Europa muss hier eine Null-Toleranz-Politik verfolgen. Alle europäischen Länder haben die Istanbul-Konvention umzusetzen, die maßgebende Standards im Gewaltschutz setzt. Außerdem müssen wir eine starke gemeinsame Strategie verfolgen und konkrete Maßnahmen setzen, um Frauen vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen und Betroffenen jede nur mögliche Unterstützung beim Start in ein gewaltfreies Leben zu geben.

GLEICHSTELLUNG VORANTREIBEN

Die EU muss die Gleichstellung von Frauen auf allen Ebenen vorantreiben und konkrete Maßnahmen dafür setzen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss zur Selbstverständlichkeit werden. Berufe, die immer noch als "Frauenberufe" geringgeschätzt werden – besonders jene sozialen Berufe, die unsere Gesellschaft tragen und zusammenhalten – brauchen eine nachhaltige Aufwertung durch bessere Arbeitsbedingungen und faire Gehälter. Unbezahlte Care-Arbeit muss partnerschaftlich aufgeteilt bzw. anerkannt werden und darf nicht länger zu finanziellen Nachteilen für Frauen führen. Mit einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis in den Vorständen großer Unternehmen, in der Politik und in Schlüsselpositionen der EU werden Frauen in die wichtigen Entscheidungen für unsere Zukunft eingebunden – und sind als Entscheidungsträgerinnen sichtbar.

GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN UND AUSBAUEN

Wir müssen die Grundrechte, die Frauen über Generationen hart erkämpft haben, gegen jeden reaktionären Angriff schützen und gemeinsam weiter ausbauen. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch muss in der Grundrechte-Charta der EU verankert werden. Informationen zu Verhütung und sexueller Gesundheit müssen in allen Ländern leicht zugänglich sein. Wir müssen Verhütungsmittel gratis und verfügbar für alle machen. Ein sicherer Schwangerschaftsabbruch muss in allen öffentlichen Krankenhäusern legal und kostenlos möglich sein. Nur so bekommen Frauen das volle Recht auf Selbstbestimmung über ihren eigenen Körper.

EINE GUTE ZUKUNFT FÜR UNSERE KINDER GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE KINDER UND JUGENDLICHEN



Die EU hat sich dazu verpflichtet, die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu schützen und zu fördern. Die Kindergarantie soll sicherstellen, dass jedes Kind ein warmes, trockenes Zuhause hat und kostenlosen Zugang zu Bildung, Gesundheitsleistungen und einer guten Ernährung bekommt. Aber es gibt noch viel zu tun, um das lückenlos in die Tat umzusetzen und wirklich faire Chancen für alle jungen Menschen in Europa zu schaffen.

Nach wie vor ist jedes vierte Kind in der EU armutsgefährdet. Das hat schwere Auswirkungen auf Gesundheit, Bildungsweg und Zukunftschancen der Kinder. Wird dieser Kreislauf nicht durchbrochen, werden Armut und soziale Ausgrenzung von Generation zu Generation weitervererbt. Für einen wohlhabenden Kontinent wie Europa ist das eine Schande, die wir nicht hinnehmen dürfen.

Großen Handlungsbedarf gibt es auch noch beim Schutz von Kindern vor Gewalt, der sie zu Hause, in der Schule und zunehmend auch im Internet ausgesetzt sind. Nur jedes vierte Kind gibt an, dass seine Rechte von der gesamten Gesellschaft geachtet werden. All das ist ein dringender Auftrag, noch entschiedener zu handeln.

DA WOLLEN WIR HIN

Junge Menschen sind unsere Zukunft. Kinder und Jugendliche sollen überall in Europa eine Perspektive haben. Die Voraussetzungen dafür hat die EU in der Theorie in ihrer Kinder- und Jugendgarantie bereits definiert. Wir Grüne wollen eine große Offensive für die Zukunft der europäischen Jugend in Gang setzen, mit der wir diese Ziele gemeinsam in die Praxis umsetzen und faire Chancen für alle jungen Menschen schaffen.

CHANCEN FÜR ALLE JUGENDLICHEN SCHAFFEN

Wir müssen die Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam entschieden bekämpfen. Dafür ist es notwendig, neue Perspektiven zu schaffen. Wir setzen uns daher für eine Ausweitung der europäischen Bildungs- und Weiterbildungsprogramme wie Erasmus ein. Der Zugang dazu muss niederschwelliger werden, gerade auch Jugendlichen aus Familien mit wenig Geld müssen diese Chancen offenstehen.

KINDERARMUT BEENDEN

Kein Kind soll in der EU in Armut aufwachsen. Die EU muss ihren gemeinsamen Kampf gegen Kinderarmut noch entschiedener fortführen und die Mitgliedstaaten bei allen Maßnahmen unterstützen. Wir wollen die Kindergarantie auf EU-Ebene gesetzlich verankern, damit auch in der Realität jedes Land sicherstellen muss, dass wirklich jedes Kind freien Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, einer gesunden Ernährung und angemessenen Wohnverhältnissen hat. Mit einer gemeinsamen Anstrengung und einer gezielten finanziellen Unterstützung für betroffene Familien ist das auch zu schaffen.

KINDERRECHTE SCHÜTZEN UND AUSBAUEN

Alle Kinder haben den Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge, die für ihr Wohlergehen notwendig sind. Wir müssen sicherstellen, dass Kinder ihre Rechte kennen und wissen, wo sie Unterstützung bekommen können, um diese Rechte durchzusetzen. Dazu müssen wir die EU-Kinderrechtsstrategie, die bis 2024 angelegt ist, weiterentwickeln und konsequent in ganz Europa umsetzen.

KINDERSCHUTZ GEMEINSAM STÄRKEN

Wir Grüne haben in Österreich ein umfassendes Kinderschutzpaket umgesetzt, das einen Schwerpunkt auf die Prävention legt, damit Kinder gar nicht erst Opfer von Gewalt werden. Diesen Ansatz müssen wir europaweit verfolgen. Gerade im digitalen Bereich müssen alle Mitgliedstaaten noch enger zusammenarbeiten. Der Schutz vor sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet muss auch auf EU-Ebene weiter Priorität haben – mit Maßnahmen, die gleichzeitig den Datenschutz sicherstellen. Gemeinsam als EU müssen wir Kinder und Jugendliche bestmöglich vor allen Formen von Gewalt schützen.



MEHR DAZU AUF

www.gruene.at

